

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 45 / FRÜHJAHR 2015



MIGRATION

Völkerwanderung – die Welt im Umbruch

DIE FAKTEN:

Die Flucht nimmt zu

Khalid Koser

DER WECKRUF:

Helfen statt Fürchten!

António Guterres

DIE ANALYSE:

Grexit? Brexit! Die Briten und die EU

Harry U. Elhardt

DIE GEGENSTIMME:

Das Spiel der Kräfte

Nancy Fraser

D, A: 9 Euro, CH: 14 Franken



4 1964-681909002



urban
intelligent
ohne ideologische
Scheuklappen

agora⁴² Probeabo

Zwei Ausgaben für 16 EUR,
dazu die Jubiläumsausgabe gratis!
www.agora42.de

agora⁴²
Das philosophische Wirtschaftsmagazin

Sie kommen nicht, wie es kürzlich im Parlament in London gesagt wurde, um sich in die „Hängematten unseres Sozialsystems“ zu legen. Solche Formulierungen zeugen entweder von Bösartigkeit oder von beschämender Unkenntnis der Situation – meist wohl von beidem. Sie kommen, die Immigranten, weil sie zuhause kaum mehr zu leben haben. Und weil sie irgendwo – die moderne Kommunikation lässt grüssen – gesehen oder gehört haben, dass es Länder gibt, wo es den Menschen gut geht, wo es Arbeit gibt, wo es die Chance gibt, das eigene Leben mit den eigenen Händen zu verdienen.



Natürlich gibt's auch den Missbrauch, und leider stürzen sich viele Medien genau auf diese Fälle. Aber die Missbräuche sind die Ausnahme. Wie sonst wäre zu erklären, dass es die Migration auch in Richtung USA gibt, wo kein europäisches Sozialsystem für menschenwürdige – provisorische – Aufnahme sorgt? Wie sonst wäre zu erklären, dass es selbst innerhalb von Afrika – von den einen Staaten in andere – starke Migrationsströme gibt?

Die GAZETTE hat bei ihren Leserinnen und Lesern einen hervorragenden Ruf, weil sie hinter die Kulissen blickt, nach Ursachen fragt und auch Prognosen abgibt, soweit dies möglich ist. Auch diesmal haben wir versucht, genau das zu leisten: zum Thema der Migration – der *weltweiten* Migration wohlgemerkt, nicht nur der Immigration in Deutschland und in der Schweiz, die von rechtspopulistischen Kreisen gerne als spezifisch europäisches oder gar als spezifisch deutsches oder schweizerisches Problem bezeichnet wird, damit sie als Argument zum politischen Stimmenfang taugt.

Die GAZETTE hat bei ihren Leserinnen und Lesern einen hervorragenden Ruf, weil sie hinter die Kulissen blickt, nach Ursachen fragt und auch Prognosen abgibt, soweit dies möglich ist. Auch diesmal haben wir versucht, genau das zu leisten: zum Thema der Migration – der *weltweiten* Migration wohlgemerkt, nicht nur der Immigration in Deutschland und in der Schweiz, die von rechtspopulistischen Kreisen gerne als spezifisch europäisches oder gar als spezifisch deutsches oder schweizerisches Problem bezeichnet wird, damit sie als Argument zum politischen Stimmenfang taugt.

Aber wir haben auch die Freude am Leben nicht vergessen – und in diesem Punkt sind wir sehr europäisch geblieben: mit je einem Ausflug in die Vergangenheit Frankreichs und in die Vergangenheit Italiens. Ja, auf die Errungenschaften der Renaissance und der Aufklärung wollen wir nicht verzichten...

Christian Müller
Chefredakteur



Titelfoto: www.gobeyondblog.com.
Die GAZETTE dankt für die Abdrucksgenehmigung.

Titelthema: Migration

- 7 DIE FAKTEN
Die weltweite Migration wird noch zunehmen
Von Khalid Koser
- 14 FLUCHT OHNE ENDE
Sahras Geschichte
Von Sahra Mohamed
- 20 IM GESPRÄCH
Ich bin auch eine besorgte Bürgerin!
Von Hatice Akyün
- 24 RUMÄNIEN
**Für viele ist die Auswanderung
der einzige Weg**
Von Silviu Mihail
- 31 GAZETTE-INTERVIEW
**Wir können es uns leisten, uns um
Flüchtlinge ordentlich zu kümmern**
Von Joachim Wolbergs
- 35 MIGRATION IN MEXIKO
Unterwegs mit dem Todeszug
Eine Ausstellung von Casa-Amnesty
- 51 AUFRUF
**Fürchten Sie Flüchtlinge nicht –
Helfen Sie ihnen**
Von António Guterres

Die EU unter der Lupe

- 55 FRANKREICH
Die stille Duldung des Antisemitismus
Von Jürg Müller-Muralt
- 60 SPANIEN
Und ob sie es können
Von Piero Salabè
- 66 UNITED KINGDOM
Gegen die EU –zum Schutze der Finanzhaie der Londoner City
Von Harry U. Elhardt

Politik und Gesellschaft

- 70 GEGENSTIMME
Das Spiel der Kräfte
Von Nancy Fraser
- 75 HISTORIOGRAPHIE
FERRO ET IGNE, mit Feuer und Schwert
Von Rudolf Walther
- 78 ESSAY
Zu Freundschaft und Demokratie
Von Dominic Hoffacker

Lyrik

- 84 **Eine verliebte Ballade für ein Mädchen namens Yssabeau**
Von François Villon

Kurzgeschichten

- 86 **Novellen aus dem Decamerone**
Von Giovanni Boccaccio

Rezensionen

- 93 Johannes Sachslehner:
Zwei Millionen ham'ma erledigt. Odilo Globocnik. Hitlers Manager des Todes.
Von Stefanie Oswald
- 94 André Holenstein:
Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte
Von Christian Müller
- 96 Klaus Theweleit
Männerphantasien 1 + 2
Von Eva Herold
- 97 Robert Menasse:
Heimat ist die schönste Utopie; Reden (wir) über Europa
Von Christian Müller

GAZETTE-Verlag

- 98 Autoren, Impressum



Seite 31



Seite 35



Seite 51

Ursula

Robert ist sehr
zufrieden mit der
Gazette.

Wie könnten doch
auch Peter ein
Abo schenken. Er hat
ja nächsten Geburtstag!

Abo-Bestellung bei
Jean Bartosch von
Kastner: 08442 9253641

In file

-Hans

DIE FAKTEN

Die weltweite Migration wird noch zunehmen

Die zahlenmäßig zunehmende Einwanderung von Menschen aus ärmeren Ländern führt in Europa zu neuen Volksbewegungen, zu neuen Parteien und gefährdet so auch die EU. Auch die enge Bindung zwischen der Schweiz und der EU droht darob in Brüche zu gehen. Khalid Koser, der sich am Geneva Center for Security Policy in Genf hauptberuflich mit der Migration beschäftigt, weist auf fünf Punkte hin, die beim Thema Migration nicht übersehen werden dürfen.

Von Khalid Koser

In ganz Europa schlagen politische Parteien Kapital daraus, Migranten als Sündenböcke hinzustellen: als Sündenböcke für Arbeitslosigkeit, als Sündenböcke für Überbevölkerung und sogenannten Dichtestress, als Sündenböcke für aufkommenden Extremismus, und anderes mehr. Viele Medien benützen Statistiken zur Migration öfter, um Alarm zu schlagen, als um zu informieren, und sie bringen bewusst mehr negative als positive Geschichten. Das Volksempfinden hat sich gegen die Migration gedreht. Und die öffentliche Debatte hat sich stark polarisiert, es werden oft mehr Emotionen und Vorurteile weitergegeben als Fakten. Entgegen diesem Trend sollen die hier folgenden Ausführungen versuchen, Informationen in die Debatte zu bringen und in die zur Zeit als Krise wahrgenommene Einwanderung auch eine Perspektive zu bringen.

Migration ist nichts Neues

Es wird meist vergessen, dass Migration – früher nannte man das Völkerwanderung – kein neues Phänomen ist, weder in Europa noch sonstwo. Die Geschichte der Migration beginnt mit dem Beginn der Menschheit im Rift Valley in Afrika, von wo sich zwischen etwa 1,5 Millionen und 5000 Jahren vor Beginn unserer Zeitrechnung der Homo erectus und der Homo sapiens zuerst nach Europa und später auch auf andere Kontinente ausgebreitet hat. In der Antike basierten die griechische Kolonisierung des Mittelmeerraumes und auch die Ausweitung des Römischen Reiches auf Migration, und auch außerhalb Europas kam es im Zusammenhang mit dem Mesopotamischen Reich, mit den Inkas, mit der Indus-Kultur und mit der Zhou-Dynastie zu großen Völkerwanderungen. Aber auch später kam es mit den Wikingern und mit den Kreuzzügen ins Heilige Land zu großen Migrationsschüben.

In der neueren Geschichte wurden geschätzt etwa zwölf Millionen Schwarze aus Afrika gewaltsam in die Neue Welt transferiert –

in die Sklaverei. Auch die Ausdehnung Europas war begleitet von vor allem freiwilliger Auswanderung in die Siedlungen, in den Kolonien der europäischen Länder und natürlich nach Amerika. Die nächste große Periode von Migration wurde ausgelöst durch die Entwicklung der Vereinigten Staaten zur industriellen Großmacht. Millionen von Arbeitern zogen ab etwa 1850 bis zur großen Depression von 1930 aus Europa weg in die Vereinigten Staaten. Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen weitere Millionen von Migranten in die nachhaltig wachsenden Nachkriegswirtschaften in Europa, Amerika und Australien. In der gleichen Periode hatte aber auch die Dekolonisierung größere Auswirkung auf die internationale Migration, signifikant vor allem in Indien, wo gleichzeitig mit der Unabhängigkeit im Jahr 1947 die Teilung der Kolonie in die zwei Staaten Indien und Pakistan Millionen von Hindus und Muslime zur Umsiedlung in den säkularen Staat Indien bzw. umgekehrt in den islamischen Staat Pakistan veranlasste. Und zu großen Migrationsströmen kam es natürlich auch durch die Gründung Israels, von Juden Richtung Israel und von Palästinensern aus Israel hinaus.

Um 1970 herum war der Boom in Europa für Migranten vorbei, während er in den USA noch bis in die frühen 1990er Jahre anhielt. Der Maschinenraum der Wirtschaft begann sich mehr und mehr Richtung Asien zu verschieben, wo die Arbeitsmigration immer noch zunimmt.

Die Erwähnung dieser geschichtlichen Beispiele von Migrationschüben soll nicht nur zeigen, dass die Migration kein neues Phänomen ist. Sie soll auch zeigen, dass die Migration einhergeht mit wichtigen globalen Ereignissen: Revolutionen, Kriege, Auf- und Abstieg von Imperien. Und dass sie einhergeht mit anderen signifikanten Veränderungen, mit Wirtschaftswachstum, mit Nationenbildung, mit politischer Transformation. Und dass sie vor allem auch einhergeht mit spezifischen Problemen, mit Konflikten, mit Verfolgungen, mit Vertreibungen. Die Migration ist bedingt durch die Geschichte, auch heute noch.

„Die Migration geht einher mit wichtigen globalen Ereignissen“ .

Migration ist ein globales Phänomen

Neben der historischen Perspektive ist es wichtig, auch das Ausmaß der Migration in Europa in einen globalen Vergleich zu setzen. 2014 schätzte die UNO, dass weltweit 234 Millionen grenzüberschreitende Migranten unterwegs waren. Das heißt: Jeder 33. Bewohner dieser Erde ist auf Wanderung. Von all diesen Migranten lebten etwa 60 Millionen in Europa, 44 Millionen in Asien, 41 Millionen in Nordamerika, 16 Millionen in Afrika und je 6 Millionen in Lateinamerika und Australien. Etwa 15 Prozent der Migranten weltweit, um die 35 Millionen, lebten in den USA. Russland ist das zweitgrößte Aufnahmeland von Migranten, mit ungefähr 13 Millionen. Es folgen Deutschland, die Ukraine und Indien mit je zwischen 6 und 7 Millionen.

Es ist aber auch sehr wichtig zu sehen, woher diese Migranten kommen, vor allem weil in einigen europäischen Ländern die Angst besteht, von Migranten aus dem Süden überrannt zu werden. In Tat und Wahrheit macht die Migration von Süden nach Norden weltweit nur etwa ein Drittel der gesamten Migration aus. Die wichtigsten Migrantenströme sind jene von Mexiko in die USA, von der Türkei nach Deutschland und dann von China, den Philippinen und Indien in die USA. Etwa den selben Anteil an der weltweiten Migration macht die Migration zwischen Ländern des Südens aus, zum Beispiel von Afghanistan nach Pakistan oder von Südasiens in die Golfregion. Und es gibt auch eine signifikante Bewegung von Migranten zwischen den Staaten des Nordens. Der stärkste Migrantenstrom ist der von Deutschland in die USA, gefolgt von der Migration aus dem Vereinigten Königreich (UK) nach Australien, und dann aus Kanada, Korea und aus dem Vereinigten Königreich in die USA.

Diese Zahlen und Fakten zeigen in bemerkenswerter Weise, dass die Migration die ganze Welt betrifft, jeden Kontinent, und mitnichten nur Europa. Und darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass diese Migration ja nicht nur die Migranten selbst betrifft, sondern die Gesellschaften, wohin die Migration geht, aber auch die Gesellschaften, die von den Migranten verlassen werden. Es ist deshalb nicht zu weit herbeigeht, von einem eigentlichen „Zeitalter der Migration“ zu reden.

Migranten wandern aus ganz unterschiedlichen Gründen

Es ist nicht ganz einfach, generell etwas auszusagen, warum sich die Migranten bewegen, oder gar vorauszusagen, wohin sie sich künftig bewegen. Aber die bisherige Forschung bringt doch etwas Licht in die Stimulanten der Migration. Ganz wichtig ist die sich öffnende, zunehmende Kluft in vielen Bereichen: in der Entwicklung, in der Demographie, in der Demokratie. Im großen Ganzen bewegen sich die Migrationsströme von ärmeren in reichere Regionen und in Länder, in welchen die Menschen in Würde leben können. Eine der absolut wichtigsten Ursachen der Migration ist die Suche nach einem Arbeitsplatz. Obwohl da gewichtige Unterschiede bestehen, insgesamt hat die Arbeitslosigkeit in der entwickelten Welt in den letzten Jahren abgenommen. Im Gegensatz dazu hat sie in den Entwicklungsländern aber zugenommen oder ist auf einem hohen Niveau stabil geblieben. Die höchste Arbeitslosenrate in den wichtigen Regionen der Welt findet man im Mittleren Osten und in Nordafrika, bei über 12 Prozent. Ohne Job zu sein ist dabei nicht die einzige Dimension der gegenwärtigen weltweiten Arbeitsplatz-Krise. Viele Menschen sind zwar nicht arbeitslos, aber unterbeschäftigt. Sie arbeiten meist im „informellen“ Bereich, wo eine Anstellung nicht voraussagbar ist. Oft kommen und gehen die Gelegenheiten

„Eine der absolut wichtigsten Ursachen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz“.

zur Arbeit mit den Jahreszeiten, in vielen Fällen sogar wochen- oder tageweise, und die Arbeitsbedingungen sind oft entsetzlich.

Aber Migranten wandern nicht nur, weil sie da, wo sie leben, gerade keine Arbeit finden. Sie wandern auch, weil dort, wohin sie gehen, eine Arbeit nach ihnen ruft. Hochlohnländer werden mehr und mehr charakterisiert durch eine Segmentierung des Arbeitsmarktes. So gibt es Sektoren des Arbeitsmarktes, die von den einheimischen Arbeitskräften gemieden werden, weil sie zum Beispiel schlecht bezahlt sind, wenig Sicherheit bieten und/oder einen schlechten Status signalisieren und so zum Einsatzgebiet für zugewanderte Arbeitskräfte werden. Diese Jobs werden oft als 3D-Jobs beschrieben, dirty, dangerous and difficult (schmutzig, gefährlich und schwierig), meist sind sie eine Kombination aus allen dreien. Sie finden sich vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Pflanzungen, Schwerindustrie, Bau, aber auch Hausarbeit. Nicht zu vergessen ist andererseits auch, dass einige Migranten hochqualifizierte Fachleute sind, auch wenn diese insgesamt nur einen kleineren Teil der Migration ausmachen.

Migration als Folge gesellschaftlicher Veränderungen

Die wachsende Migration wird aber auch durch eine ganze Reihe von sozialen Prozessen gefördert. Einer ist die technische Revolution im Bereich der Kommunikation, die es den Menschen ermöglicht, zu sehen, welche enormen Ungleichheiten auf dieser Welt bestehen, wie das Leben in anderen Teilen der Welt aussieht, und dass es eben möglich ist, auszuwandern und im Ausland einen Job zu finden. Eine andere tiefgreifende Umwälzung hat es im Transportbereich gegeben, die zu einer massiven Verbilligung des Reisens über große Distanzen geführt hat, was wiederum mehr Menschen als früher zu reisen erlaubt. Die meisten Migranten wandern außerdem aus in Länder, in denen sie schon Freunde oder Familienmitglieder haben, die sich dort etabliert und ein transnationales Migrations-Netzwerk aufgebaut haben. Es wird oft erwähnt, dass eine der Hauptursachen der zunehmenden Migration diese Netzwerke sind, die zu einer gewissen Eigendynamik der Migration geführt haben und weiterhin führen.

Schließlich hat es auch eine signifikante Ausdehnung von Rechten und Rechtsansprüchen gegeben, die gewissen Leuten die Überschreitung von Grenzen und das Arbeiten in einem anderen Land mehr erleichtert haben als je zuvor. Die Öffnung von internen Grenzen innerhalb der Europäischen Union zum Beispiel erlaubt in dieser Region die freie Bewegung. Auch das North American Free Trade Agreement (NAFTA) und weitere regionale Wirtschaftsabkommen in der Welt, auch in Afrika und Südamerika, enthalten Erleichterungen für die Bewegungen arbeitssuchender Migranten. Darüber hinaus brauchen einige Kategorien von Leuten, Geschäftsleute, Wissenschaftler und Studenten, Sportler oder auch Leute aus dem

„Auch die technische Revolution in der Kommunikation verstärkt die Migration.“

Unterhaltungsbusiness oft kein Visum mehr zum Reisen oder sie erhalten ein Visum in abgekürztem Verfahren. Mehr Länder denn je zuvor erlauben den Eingewanderten auch, ihre Familie nachzuziehen. Und auf der anderen Seite des Migrationsspektrums, bei den Flüchtlingen, haben die meisten Staaten die UNO-Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet, die den Flüchtlingen außerhalb ihres Landes Schutz und Unterstützung zusichern.

Migranten tragen bei zu Wachstum und Entwicklung

Die meisten Untersuchungen stimmen in der Erkenntnis überein, dass die Migranten an die Wirtschaften der Länder, wo sie sich niederlassen, einen positiven Beitrag leisten. Gründe dafür sind unter anderem die Bereitschaft der Migranten, Tieflohnjobs zu übernehmen, der hohe Einsatzwille, den viele von ihnen an den Tag legen, und die Flexibilität, die mit ihnen in den Arbeitsmarkt kommt. Es wird auch argumentiert, dass Einwanderer zu einem schnelleren „Return on investment“ führen, dass ihr Unternehmertum neue Stellen schafft und dass ihre Arbeit ein Land befähigen kann, in



Dr. Khalid Koser ist Associate Fellow am Geneva Center for Security Policy GCSP und Direktor des Interim Secretariat of the Global Community Engagement and Resilience Fund GCERF, hier anlässlich eines Vortrages am Europa Forum Luzern 2012.

„Das nach Hause geschickte Geld ist für diese Länder sehr wichtig.“

einer Industrie international konkurrenzfähig zu bleiben, das sonst in der Konkurrenzfähigkeit zurückfallen würde. Eine kürzlich erstellte Studie im Vereinigten Königreich errechnete, dass zwischen 2000 und 2011 die europäischen Migranten einen Netto-Beitrag in Höhe von 20 Milliarden US-Dollars zur inländischen Wirtschaft geleistet haben, zusammen mit anderen Nicht-EU-Ländern Osteuropas sogar 25 Milliarden – oder mit anderen Worten: die Migranten haben 25 Milliarden mehr Steuern bezahlt, als sie an Sozialhilfe und anderen Wohlfahrtsgeldern bezogen haben.

Ebenso klar ist, dass Migranten auch zur Minderung der Armut in ihren Heimatländern und zur Entwicklung ihrer Heimatländer beitragen können. Die Weltbank schätzt, dass im Jahr 2013 über 400 Milliarden Dollar von Migranten in ihre Heimatländer überwiesen worden sind. In den Entwicklungsländern sind die Überweisungen der Emigrierten nach den Direktinvestitionen der ausländischen Konzerne die wichtigste Quelle externer Finanzierung des Staates – sie machen annähernd dreimal soviel aus wie die Entwicklungshilfe und die privaten Wohltätigkeitsspenden. Viele Geldüberweisungen haben geholfen, Familien aus der Armut zu führen, Arbeitsplätze zu schaffen, den sozialen Wandel voranzutreiben und sogar die nationalen Wirtschaften in Fahrt zu bringen.

Neben der Geldüberweisung von Emigranten als Einzelpersonen gibt es auch oft Überweisungen von Geld von ganzen Emigranten-Gemeinschaften. Wo in einer Stadt, einer Region oder auch in einem ganzen Land viele Migranten aus dem gleichen Land leben, kommen diese oft in festen Organisationen zusammen. Die Immigranten-Vereine haben ganz verschiedene Formen. Dazu gehören zum Beispiel Berufsorganisationen: Sie bringen zum Beispiel Ärzte, Rechtsanwälte oder Lehrer aus dem gleichen Land zusammen. Und sie basieren oft auch auf gemeinsamen Interessen, sei das nun Sport, Religion, Geschlecht, Arbeit für ein Hilfswerk oder Entwicklung.

Neben dem Überweisen nach Hause von persönlichem oder in der Diaspora kollektiv gesammeltem Geld gibt es den dritten Weg, die Entwicklung des Heimatlandes zu fördern – durch die eigene Rückkehr. Migranten bringen bei ihrer Rückkehr oft zusammengespartes Geld mit, um es zuhause zu investieren, nicht selten in ein kleines Geschäft. Sie können nach Hause kommen mit einem guten Netzwerk von Kontakten im Ausland, das als Basis für ein kleines Handelsgeschäft mit Export/Import-Aktivitäten dienen kann. Sie können auch gute neue Ideen nach Hause bringen, die das unternehmerische Verhalten und generell unternehmerische Aktivitäten auch bei denen anstoßen können, mit denen die Rückkehrer zusammenkommen.

Migration wird nicht enden

Eine letzte Betrachtung der Realitäten besagt: Die Migration wird nicht zu einem Ende kommen. Sie ist Teil der Globalisierung,

und sie schreitet voran als Antwort auf wirtschaftliche, politische und soziale Prozesse. Schaut man in die Zukunft, so sieht man zwei Ursachen, die die Migration wohl sogar beschleunigen werden. Die eine ist die zunehmende demographische Ungleichheit. Im großen Ganzen werden die Einwohner in den höchstentwickelten Ländern immer älter – und die Gesamtbevölkerung nimmt ab. Dagegen ist die Bevölkerung in den mittleren und in Entwicklung befindlichen Ländern viel jünger – und sie wächst. Es wird eine große und wichtige Herausforderung der politischen Entscheider sein, Wege zu finden, wie Angebot und Nachfrage dieser sehr unterschiedlichen Gesellschaften aufeinander abgestimmt werden können.

Der zweite „Motor“ der künftigen Migration ist der Klimawandel. Zwar gibt es da noch große Lücken im Verständnis. Es gibt kaum einen Konsens in der Beurteilung, wie bald schon die Auswirkungen des Klimawandels spürbar sein werden. Es ist möglich, dass viele Menschen sich den Veränderungen des Klimas auch anpassen vermögen, eher, als ihr Land zu verlassen. Es ist auch schwer vorzusagen, ob jene, die sich zu bewegen beginnen, dies nur vorübergehend oder eher für immer tun, über kürzere oder eher weite Distanzen, und so weiter. Trotz allem aber besteht Konsens, dass die Auswirkungen des Klimawandels schon in überschaubarer Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach zu mehr Migration führen werden. Auf diese Migration eine Antwort zu finden und die Betroffenen zu schützen und ihnen zu helfen, wird eine weitere große politische Herausforderung sein.

Schlussfolgerungen

Die Migration in Europa und auch anderswo erweist sich als wichtige Herausforderung. Es gibt eine zu große unregelte Migration. Die Integration der Immigranten gelingt nicht überall; in einzelnen Ansammlungen von Migranten ist die Kriminalität zum Beispiel tatsächlich hoch. Man muss sich diesen Problemen stellen – ohne allerdings die Debatte zur Migration auf eben diesen Punkt zu beschränken. Es braucht mehr Augenmaß! Es braucht offene Augen, um zu erkennen, dass die Migration (erstens) nichts Neues ist, dass die Migration (zweitens) kein regionales, sondern ein globales Phänomen ist, dass es für die Migration (drittens) tausend Ursachen gibt, dass sie (viertens) als Ganzes gesehen unserer Welt zum Nutzen gereicht und dass sie (fünftens) ein integraler und nicht wegzudiskutierender Bestandteil der Globalisierung ist. 

„Die Auswirkungen des Klimawandels führen zu noch mehr Migration.“

FLUCHT OHNE ENDE

Sahas Geschichte

Man sieht sie in den Abendnachrichten: Klapprige Boote, die vor Lampedusa aus Seenot gerettet werden. Vollgepfercht mit zerlumpten, hungrigen, erschöpften Menschen aus afrikanischen Ländern ... ja, schrecklich. Und nun zum Sport... Inès Dümig traf einen dieser Flüchtlinge – eine junge Frau, die sich von Somalia aus in Richtung Europa aufgemacht hatte. Über Italien und Schweden kam Sahra nach Deutschland. Dies ist ihre Geschichte.

Von Sahra Mohamed

Mein Name ist Sahra Mohamed, ich bin 20 Jahre alt und in Mogadischu, Somalia geboren. Ich bin zusammen mit meinen drei Geschwistern und meiner Mutter aufgewachsen, in einem Haus aus Holz, wir alle in einem Zimmer, das ist normal da. Mama hatte einen kleinen Imbiss. Wir Kinder haben zusammen im Sand gespielt, in der Sonne. Spiele, die es hier nicht gibt. Das war schön ... Ich war die Älteste und musste meistens auf die anderen aufpassen, oder putzen, oder meiner Mama im Imbiss helfen. Von Anfang an, weil meine Mama gesagt hat, du musst das lernen und außerdem schaffe ich es nicht allein. Mein Vater war immer ... nicht da. Der hat immer nur Kath* gekaut, das sind so Blätter wie Tabak, die Männer sind danach süchtig. Das kostet viel Geld. Mein Vater war die meiste Zeit in der Stadt. Er hat auch nicht bei uns übernachtet.

Mama und Papa haben sich dann getrennt. Mama hat immer gesagt, ich soll erwachsen werden, alles lernen: wenn du später heiratest, musst du wissen, wie man kocht ... Meine Mutter ist ein starker Mensch. Vier Kinder aufzuziehen in Somalia, das ist wirklich sehr schwierig, da hat man keine Starthilfe, kein Jugendamt oder solche Möglichkeiten, man ist selber verantwortlich.

Zur Schule bin ich nicht gegangen. Wir konnten uns das nicht leisten; Mama hat mir ein bisschen Schreiben und Lesen beigebracht. Oft haben wir gedacht: Wie sollen wir morgen etwas zu Essen bekommen? Bei uns gibt es auch kein fließendes oder heißes Wasser. Das Wasser aus dem

Fluss kann man nicht trinken, wir haben es aus dem Brunnen geholt. Und wenn keine Kunden zum Imbiss kamen, ist meine Mutter ins Zentrum gefahren, zum Hauptbahnhof, dort kommen viele Leute vorbei, und dort sitzen viele Frauen, du setzt dich da hin und dann kommt irgendjemand ... doch wegen des Kriegs konnten wir oft nicht das Haus verlassen, jeden Tag gab es Straßenschlachten, mit all den Waffen und Panzern. Es ist immer heiß und laut ... egal wo man ist.

Als Kind hatte ich oft Angst. Das Leben ist für Mädchen gefährlich, mit den ganzen religiösen Leuten, den Shabaab**. Die kommen zum Beispiel zu dir nach Hause und klopfen und sagen, ich hab deine Tochter gesehen, die finde ich schön und die will ich mitnehmen. Weil sie so stark sind, kann man nichts dagegen tun ... Bei unseren Nachbarn haben sie das Mädchen genommen und in einem Loch begraben, sie haben gesagt: das Mädchen kommt ins Paradies, sie wird gereinigt, und wir gehen auch ins Paradies, weil wir das Mädchen getötet haben. Die sind so bescheuert, die denken so ... Ein anderes Mädchen wurde in ein Loch geworfen und zu Tode gesteinigt, sie haben gesagt: das Mädchen hat mit einem anderen Mann geschlafen. Und wir alle mussten zuschauen. Die sind so dumm, die wissen nicht, wie man mit einem Menschen umgeht. Das war ganz schlimm bei uns im Dorf.

Ich war 14, als ich gegangen bin. Die Idee war, dass ich gehe, weil später, wenn du größer und hübscher bist, sowieso irgendjemand kommt und



dich mitnimmt, und meine Mama könnte nichts dagegen tun. Viele Leute sind zu dieser Zeit gegangen. Und meine Mutter meinte, ich solle mit ihnen gehen; Zukunft gibt es hier sowieso keine ... Als Somali hast du keinen Pass ... du darfst nirgendwo hinreisen. Wir sind in einer Gruppe gegangen, zuerst nach Äthiopien, dort war ich fast sechs Monate. Von Somalia aus ist es nicht schwierig, nach Äthiopien reinzukommen, man fährt einfach mit dem Auto hin, dort braucht man keinen Pass, keine Aufenthaltsgenehmigung. Wir hatten wenig Geld und mussten überleben; wir haben alle zusammen eine kleine Wohnung gemietet, ich habe dort bei einer Familie geputzt.

Danach sind wir in den Sudan. Das ist schwierig, die Schlepper verlangen viel Geld, damit du dort reinkommst. Es gibt viele Betrüger, sie nehmen das Geld und bringen dich nicht über die Grenze. Die normalen Straßen kann man nicht nehmen, weil Menschenschmuggel strafbar ist. Also nehmen sie Straßen, die wenige kennen ... Dort haben sie uns rausgeworfen, mitten in der Nacht, mitten im Nirgendwo. Sie haben gesagt: dort ist der Sudan, dort könnt ihr rübergehen. Dort hat

uns die Polizei festgenommen und ins Gefängnis gesteckt. Zurück in Äthiopien habe ich wieder von vorne angefangen, wieder geputzt ... und nach einiger Zeit wieder einen Schlepper genommen, der uns dann im Sudan rausgelassen hat.

Es war überall so schwierig. Du kommst neu an, verstehst die Sprache nicht, hast kein Geld ... Im Sudan war ich nur ein paar Wochen, dann sind wir gleich nach Libyen. Es waren nur noch wenige Leute dabei vom Anfang, manche sind in Äthiopien geblieben, manche im Sudan. In Libyen haben sich unsere Wege dann getrennt, dort hatte ich niemanden mehr. In Libyen kann man besser Geld verdienen als in Äthiopien, ich habe wieder geputzt. Die Schlepper arbeiten alle zusammen, sie bringen dich zu anderen, die sie kennen, und helfen dir, Arbeit zu finden. Die Sahara zu durchqueren hat fast sechs Wochen gedauert, wir sind mit einem Lkw gefahren, es war so voll, so eng, die Schlepper haben Waffen und Messer. Die Mitreisenden kannte ich aus dem Sudan, aber noch nicht lange ... die meisten waren aus Somalia. Im Sudan gibt es somalische Studenten, für die kann man arbeiten, die sind auch Schlepper ... sie finanzieren ihr Studium damit.

Vom Sudan ging's nach Libyen. Die Sahara war das Schlimmste. Wir sind tagsüber gereist, nachts sieht man die Scheinwerfer, es gibt Polizisten, die selber als Schlepper arbeiten, die kennen die ganze Grenze ... Das Auto war so, so klein, wir waren fast fünfzig Leute, wir mussten übereinander sitzen, es war so eng, ich habe mich verletzt, wir hatten kaum was zum Essen dabei. Bisschen was zum Trinken, den Schleppern ist es egal, ob du jetzt stirbst oder nicht, sie bringen Menschen auch selber um, wenn einer seine Klappe nicht hält, sie haben die Kontrolle hier. Ich habe gedacht, ich kriege keine Luft, es war so furchtbar heiß. Es gab vor uns auf dieser Route Leute, die gestorben sind; wir sind an den Leichen vorbeigefahren. Immer weiter, weiter einfach weiter fahren ... in Somalia sterben ständig Menschen, es ist normal. Viele Frauen werden vergewaltigt. Wir hatten so wenig zu trinken, dass wir sehr aufpassen mussten: einen Schluck und nicht: jetzt hab ich Durst und trinke die ganze Flasche, das geht nicht ...

Wir haben aufeinander aufgepasst. Wenn einer zum Beispiel kein Geld hatte, haben wir für ihn mit gezahlt, wir wussten, wir können ihn nicht alleine lassen, so haben wir Geld gesammelt ... Wir wurden alle wie Erwachsene behandelt, bei uns ist man ab zwölf oder vierzehn erwachsen. Du musst selber wissen was du machen willst ...

Die Schlepper in Libyen hatten auch Wohnungen, sie haben Aufenthalt in Libyen und verdienen mit den Wohnungen Geld. Das Geld für die Wohnung musste jeder selber bezahlen. Am Ende war es schwierig, weil die Polizei schon Bescheid weiß, dass Leute dort sind, die flüchten wollen und nach Italien wollen. In Libyen hab ich wieder geputzt ... Einmal war ich bei einer Familie eingesperrt ... einen Monat, ich habe gekocht und geputzt, durfte nicht raus ... dann bin ich abgehauen, weil das geht nicht. Es gibt Leute, die Geld haben, die helfen den anderen ... Oder die Schlepper haben Arbeit für einen, bis man sich die Weiterreise finanzieren kann ... Ich habe zu einem gesagt, ich kann nicht nach Somalia zurück gehen, kannst du mir helfen? Dann habe ich für den Schlepper nach Italien weniger bezahlt.

Nach Italien zu kommen war sehr schwierig. Das Boot war nicht so gut, die Italiener haben uns gerettet. Es war ein komisches Holzboot. Als wir mitten auf dem Meer waren, am Morgen, ist es

kaputt gegangen, dann haben sie mit einem Funkgerät Hilfe gerufen. Unten am Boot kam Wasser rein. Es gab Menschen, die wollten ins Wasser springen. Ich war so krank und kaputt, es war kalt, ich hatte so furchtbare Angst, ich konnte mich nicht mehr bewegen vor lauter Angst.

Das würde ich nie wieder machen. Aber wir sind auf Lampedusa angekommen. Als wir vor Italien untergegangen sind, und wir um Hilfe gerufen haben, kam ein Hubschrauber, er hat ein Foto gemacht, und dann sind viele kleine Schiffe gekommen und haben uns geholfen. Es war so ein schönes Gefühl, oh Gott, es gibt Hilfe, es gibt jemanden in dieser Welt, der mir helfen kann. Egal ob er weiß ist oder schwarz. Sie haben Schwimmwesten runter geschmissen ... es konnte niemand schwimmen, wir waren 150 Leute im Boot ... Ich denke viel an die Menschen auf dieser Reise, und ich würde sie gerne wieder treffen. Oh Gott, wo sind die jetzt, wo leben sie jetzt? Wie soll ich sie wiederfinden? Jeder geht andere Wege ... Der eine geht nach Italien, der andere nach Schweden, Österreich ... wir hatten ja keine Handys, nix ... Und man braucht in jedem Land eine neue Sim-Karte. Man weiß ja selber nicht, wie lange bleib ich denn hier ...

In Lampedusa waren wir eine Woche in einem Lager. Ein großes Lager, dort wurden wir versorgt ... von dort wurden wir mit Flugzeug nach Sizilien geflogen, dort haben wir Essen bekommen ... ich war so fertig, ich konnte nicht mal meinen Namen sagen. Ich wusste selber nicht mehr, wie ich heiße. Es war einfach zu viel. Das alles ist schon lange her. Ich denke da nicht mehr so oft dran. Jetzt sehe es jetzt als Erfahrung, aber manchmal, wenn ich traurig bin, denke ich, hier habe ich keinen Aufenthalt, und manchmal will ich gar nicht mehr leben, dann denke ich, ich spring runter ... Ich werde das nie im Leben vergessen. Es ist eine Erfahrung, die ich machen musste, und ich war auch nicht die einzige. Ich war auch nicht die Jüngste. Familien mit kleinen Kindern, oder Frauen die schwanger waren ... es gab Jungs, die Geld gesammelt haben ... Als ich in Somalia los bin, wusste ich nur, ich will nach Europa. Ich hab gedacht, Europa wäre das Paradies.



Als ich dann in Italien war, hab ich mich gefragt, warum meine Mama gesagt hat, dort ist alles schön. Es stimmt ja gar nicht. Viele Leute denken, wenn du nach Europa gehst, dann gibt es viel Geld, ohne dass du arbeiten musst. Natürlich bekommt man Hilfe, aber nicht viel Geld. In Somalia haben die Leute die Vorstellung, dass man reich wird, wenn man nach Europa geht. Dass man viel Geld bekommt. Das man arbeiten kann, dass man frei ist, dass man in Frieden leben kann ... ja, Frieden gibt es hier. Aber Italien war kalt; das Lager in Sizilien war etwas außerhalb. Wir mussten immer mit dem Bus fahren, wenn wir etwas kaufen wollten. Im Lager darf man nur eine bestimmte Zeit bleiben, danach musst du selber wissen, wo du hingehen möchtest. Im Lager wird ein Interview gemacht: Warum bist du hier? Dort wurde mein Fingerabdruck genommen ... und dann sagen sie tschüss. Du bekommst eine Art Ausweis, damit du was hast, wenn die Polizei dich anhält, aber es ist kein Aufenthalt.

In Rom habe ich ein paar Monate auf der Straße gebettelt, was sollte ich denn machen? Ich bin in die Kirche gegangen, habe dort etwas gegessen, wir hatten keine Wohnung. Ich konnte kein Italienisch, die Jungs sind arbeiten gegangen, ich konnte kein Englisch, nur ein paar Wörter: please help me, I am hungry ... dort haben wir Geld gesammelt. Dann sind wir nach Schweden, wieder mim Schlepper ... wenn du dich so lange damit beschäftigt hast, nur Flüchten, nur Gehen, Gehen, Gehen im Kopf hast, dann weißt du irgendwann, wie es funktioniert, und es gibt immer Leute, die es wissen. Die Leute haben Kontakte und telefonieren mit Freunden, die zum Beispiel in Schweden waren ... die haben angerufen und gefragt, wie man nach Schweden kommt. Ich war total müde und kaputt im Kopf, ich hoffte, ich darf in Schweden bleiben, ich war so fertig von der Reise, der Sahara, dem Flüchtlingslager.

Nach drei Monaten in Schweden hieß es dann: Wir schicken dich zurück nach Italien. Das war dann noch schlimmer ... ich habe wochenlang kaum etwas gegessen, im Flugzeug hab ich gekotzt ... ich hatte so Angst. Am Flughafen in Italien haben sie wieder meinen Fingerabdruck ge-



nommen***. Und dann war ich in Milano auf der Straße ... und es war noch schlimmer. Da ist viel Mist passiert. Ich will jetzt aber nicht darüber reden ... es war nicht schön ... ich habe gebetet, aber auch daran gedacht, mich umzubringen, hatte keine Hoffnung mehr. Ich weiß nicht, was mir die Kraft gegeben hat, weiter zu machen. Irgendwie wollte ich doch weiter leben: bis hierher habe ich es geschafft, dann werde ich das jetzt auch schaffen. Ich finde, dass ich damals viel stärker war als jetzt ... jetzt, wenn mir irgendwas passiert, dann weine ich ... auf der Reise war ich nicht so ... da habe ich nicht oft geweint. Ich war so jung, es war alles schlimm, aber ich war viel stärker. Jetzt bin ich viel kaputter.

Als ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich nur geweint. Deswegen habe ich eine Therapie bekommen. Warum kann ich nicht auch mal eine gute Zeit zu erleben, etwas finden, irgendwo bleiben dürfen und wissen: Ich gehöre auch hierher? Als sie mich zurück nach Italien abgeschoben hatten, habe ich gedacht: Wo gehöre ich denn hin? In Somalia musste ich gehen, meine Mama wollte das, und Somalia ist sowieso schlimm ... und dann gehe ich bis Italien, dort schicken sie mich auf die Straße, und ich gehe nach Schweden, und da heißt es, du hast den Fingerabdruck in Italien – und ich habe gedacht, es gibt keine Hilfe. In dieser Welt gibt es keine Hilfe. Der Mensch hilft nicht, jeder denkt an sich selber. Es war einfach alles zu viel.

es gibt keinen Gott, weil wenn es ihn gäbe, würde er mir helfen ... ich habe keine keine Familie, ich musste meine Familie verlassen, als ich noch so jung war, und so viel durchmachen, und jetzt bin hier – und werde gefragt, ob ich Terroristin bin! Ganz ehrlich ... wenn ich die einzige wäre, der es so geht ... aber alle Flüchtlinge haben schlimme Erfahrungen gemacht. Früher bin ich nachts oft aufgestanden, wenn ich geträumt hatte, dass mich jemand umbringt. Da war ich immer traurig und habe nur geweint. Als ich dann die Therapie und die Betreuer hatte, bekam ich das Gefühl, dass es doch Leute gibt, die mir helfen. In Italien dachte ich wirklich, es gibt keine Hilfe. In Deutschland durfte ich zur Schule gehen.

Hier verstehe ich manche Leute nicht, zum Beispiel Kinder, die nicht zur Schule gehen wollen.

Ich wäre gern zur Schule gegangen, statt zuhause zu sein und zu putzen, aber so eine Chance hatte ich nicht. Die Jugendlichen hier denken nur an Markenklamotten und nicht an eine Welt, in der es Menschen gibt, die nix zum Essen haben. Wir hatten Zeiten, da haben wir nur einmal am Tag gegessen oder auch mal nix ... und hier kann man immer was essen und die Leute haben tausend Schuhe und Klamotten. Hier sind die Men-

schen nicht so offen, obwohl sie Arbeit haben, obwohl sie im Frieden leben, wo keiner kommt und dich umbringt und du nicht ständig Angst haben musst. Die Leute hier sind so unzufrieden. Dabei finde ich, dass Jugendliche, die hier aufwachsen und Schwierigkeiten hatten, zum Beispiel mit Eltern, die Alkoholiker sind ... die haben trotzdem ein besseres Leben gehabt als ich.. Ich denke aber auch, es hat alles seinen Sinn. Es ist so, wie es ist. Ich kann nicht beurteilen, was fair ist und was nicht.

In Somalia gewöhnen sich die Menschen an den Tod, dort sterben Menschen jeden Tag, es ist normal; in Deutschland sind die Leute ängstlicher. Jeder hat Angst, seine Arbeit zu verlieren, bei uns hat keiner Arbeit. Das ist Alltag. Sie kämpfen, aber viel können sie nicht ändern. Hier geht es mir gut. Ich kann frei leben. Ich kann anziehen was ich möchte, in Somalia musste ich das Kopftuch tragen. Ich kann jederzeit zum Sport gehen, tanzen gehen, machen, was ich möchte. Das bedeutet mir viel: selber zu entscheiden, was man will. In Somalia kann man als Mädchen nichts entscheiden. Das machen die Eltern, zum Beispiel wen man heiraten soll. Hier brauche ich keine Angst haben, hier kann ich mir selber einen Mann



aussuchen. Die Rolle der Frau ist in Somalia ganz anders. Es ist viel schwieriger. Deswegen habe ich keine Vorstellung von Beziehung, ich kenne es ja nur so, das die Frau zuhause ist. Ich finde die Frauen hier toll. Sie sind selbständig und zeigen, dass sie auch was machen können. Die Frauen hier sind auch stark.

Wenn ich an Somalia denke, frage ich mich, warum ist alles so kaputt, warum sind die Menschen so? Warum machen die Menschen dort so grauenhafte Dinge, ich versteh es überhaupt nicht. Andere Menschen umbringen ... über andere bestimmen. Die Menschen dort sind dumm, sie haben keine Bildung. Es ist eine Katastrophe ... die Frauen in Somalia sind so stark, dass sie Kinder bekommen, ohne Arzt, ohne Hilfe, und trotzdem schaffen sie es.

Somalia ist immer noch meine Heimat. Somalia ist ein schönes Land. Das Meer ist so blau, und die Wellen kommen und gehen ... Ich mag Somalis, das Essen schmeckt besser, die Menschen sind viel offener und viel verrückter. Aber vieles ist auch schlecht, wegen den Männern, sie schlagen ihre Frauen. Und auch wegen der Religion. Wenn eine Frau zum Beispiel ohne Kopftuch ,rumläuft und sie hat vielleicht schöne Haare, dann gucken Männer und kriegen sexuelle Lust, solche



Sachen. Ich kann mir nur vorstellen, zurück zu gehen, wenn dort Frieden wäre. Und es Arbeit gäbe. Wenn es keinen Krieg geben würde, dann wäre alles anders. Mit einer normalen Regierung. Aber mit der Einstellung den Frauen gegenüber käme ich nicht mehr zurecht. Welcher Gott hat gesagt, dass ein Mann mehr wert ist als eine Frau?

Deshalb hoffe ich, hier die Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Weil im Moment ... dieser Status „Duldung“, ich weiß nicht, was ich damit anfangen soll: Ich bin zwar hier, aber nicht richtig. Es könnte jeden Tag passieren, dass sie sagen: Geh nach Hause. Ich ginge lieber nach Somalia zurück als nach Italien ... das ist die Hölle. Hier sind die Menschen auch manchmal sehr ausländerfeindlich ... Leute beschimpfen mich, und in der U-Bahn werde nur ich kontrolliert, weil ich schwarz bin ... als ob nur die Flüchtlinge Probleme machen. Aber Somalia ist genauso ausländerfeindlich ... du würdest dort keinen Tag alleine überleben.

Die Fotoreportage von Inès Dümig über Sahra Mohamed trägt den Titel „Learn to Swim“, inesduemig.com

- * amphetaminhaltiges Strauchgewächs
- ** militante Islamisten
- *** Die Verordnung Dublin II bestimmt, dass ein Flüchtling in jenem EU-Land Asyl beantragen muss, in das er als erstes eingereist ist



INTERVIEW

Ich bin auch eine besorgte Bürgerin!

Sie nennt sich selbst ironisch „Quotentürkin“ oder „wandelndes Beispiel für gelungene Integration“: Hatice Akyün ist eine vielfach ausgezeichnete deutsch-türkische Journalistin und Bestseller-Autorin. 2014 kam die Verfilmung ihres witzigen Debüt-Romans *Einmal Hans* mit scharfer Soße in die Kinos; im Alltag vergeht ihr schon mal der Humor angesichts einer wachsenden Gruppe „verwirrter Angsthaber“ (Matthias Maus), die nur ein Ziel zu haben scheint: Migranten das Leben in Deutschland schwer zu machen. Wenn nicht gar Schlimmeres ...

Ein Gespräch mit Hatice Akyün

Nachdem im deutschen Herbst 2014 ‚besorgte Bürger‘ begonnen hatten, gegen Migranten zu demonstrieren, lautete einer Ihrer Facebook-Einträge: „He, Moment mal: Ich bin auch eine besorgte Bürgerin!“ Wie haben Sie das gemeint?

Akyün: Politiker aller Parteien bekundeten ihr Verständnis für die Sorgen der sogenannten Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes)-Demonstranten. Man müsse ihnen zuhören, sie ernst nehmen. Schlagartig wurde mir klar, dass ich auf der anderen Seite der Barrikade stehe, dass gegen mich als Migrantin und Muslime demonstriert wird, aber niemand Verständnis hat für meine Sorgen als Bürgerin und potenzielles Opfer von Fremdenfeindlichkeit. Die wirkliche Sorge, das ist die um mein Leben!

Sie fühlen sich bedroht?

Akyün: Zeitgleich mit diesen Demonstrationen brannten Asylbewerberheime in der Nähe von Nürnberg, wurden mit Hakenkreuzen beschmiert. Und ich dachte sofort an Familie Genc aus Solingen, die ich persönlich kenne: Mevlüde Genc, die Mutter, hat 1993 fünf Mitglieder ihrer Familie durch einen rechtsradikalen Anschlag verloren. Übrigens gab es vor diesen Anschlägen ähnliche Demonstrationen von ‚besorgten Bürgern‘ in Hoyerswerda und Rostock. Ich habe das Foto von Frau und Herrn Genc auch auf Facebook gepostet und darüber geschrieben: ‚Besorgte Bürger‘.

Ich wollte damit sagen, dass die Angst unter den Migranten, besonders unter den türkischen, durch die Demonstrationen der ‚besorgten Bürger‘ wieder entfacht wurde, fremdenfeindlich angegriffen zu werden.

Im letzten Dezember wurde in Vorra ein Brandanschlag auf zwei geplante Asylunterkünfte verübt. Zufällig hatte ich dort meinen Sommerurlaub verbracht – eine wunderschöne Gegend mit herzlichen Menschen. Wir waren sehr freundlich empfangen worden, obwohl meine Tochter und ich mit unseren dunklen Haaren aufgefallen sind.

*1972 kamen Sie mit Ihren anatolischen Eltern nach Deutschland. Damals gab es keine PEGIDA, aber doch Vorbehalte gegen Ausländer – Sie schildern einige in *Einmal Hans* mit scharfer Soße! 40 Jahre später werden die Worte ‚Ausländer‘ und ‚Gastarbeiter‘ durch ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ ersetzt. Was, abgesehen von der offiziellen Sprachregelung, ist heute anders?*

Akyün: Leute mit komisch klingenden Namen erleben Rassismus immer noch tagtäglich. Ich erzähle Ihnen eine Geschichte aus dem wahren Leben: Vor einiger Zeit suchte ich eine neue Mietwohnung in Berlin. Nichts Spektakuläres, drei Zimmer mit Balkon. Ein Freund war zur gleichen Zeit ebenfalls auf Wohnungssuche. Uns trennt das eine Chromosom, sowie die Tatsache, dass er Schweizer ist und ich Deutsch-Türkin. Wie es der Zufall wollte, haben wir uns für die selbe Wohnung beworben. Auf meine Anfrage gab es

keine Reaktion, er bekam innerhalb eines Tages einen Rückruf, dass er sich die Wohnung anschauen könne. Dutzende Besichtigungstermine hat er gehabt, ich im selben Zeitraum keinen einzigen.

Zugegeben, wäre ich Vermieter, würde ich auch nicht jeden in meine Wohnung lassen. Aber warum sollte ich von vornherein bestimmte Menschen, ohne sie überhaupt in Augenschein genommen zu haben, aufgrund des Namens ausschließen? Zieht man sich doch in der Regel mit Gehaltsnachweis, Schufa-Auskunft und manchmal sogar mit polizeilichem Führungszeugnis schon bis auf die Knochen aus. Beim nächsten Telefonat mit einem Vermieter nenne ich mich einfach Heidi Acker, mal sehen, was passiert.

Ich habe tatsächlich das Gefühl, dass es früher weniger Rassismus gab. Ich erinnere mich an Jupp und Annie, unsere Nachbarn in der Duisburger Zehensiedlung, in der ich aufgewachsen bin. An einem Nachmittag – mein Vater hatte mal wieder den Grill angeworfen – sagte Jupp zu meinem Vater: „Rafet, jetzt bisse eina von uns.“ Es war nicht wichtig, woher wir kamen. Was uns verband: Wir waren Bergmannsfamilien.

Die Frankfurter Soziologin Naime Cakir² bringt das aktuelle Aufflammen der Fremdenfeindlichkeit damit in Zusammenhang, dass die Kinder und Enkel der ‚Gastarbeiter‘ sich selbst gerade eben nicht mehr als fremd verstehen, sondern als Teil der deutschen Gesellschaft. Verkürzt und plakativ: Die Putzfrau mit Kopftuch gilt nicht als Problem, die Ärztin oder Lehrerin mit Kopftuch schon. Bedeutet das, dass der Kampf um Gleichberechtigung erst jetzt so richtig anfängt?

Akyün: Ich mag das Wort Kampf nicht. Das ist mir zu brutal. Ich würde von Partizipation sprechen. Das ist der gesellschaftliche Wandel, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Und dieser Wandel erschreckt einen Teil der Bevölkerung. Deshalb gehen diese Leute jetzt in Dresden, Leipzig und auch in westdeutschen Städten auf die Straße, um nach ihren Worten für das Abendländische und gegen die Islamisierung zu demonstrieren. Aber der Ansatz ist bei diesen Leuten ja vollkommen falsch. Ich spitze es mal ein wenig satirisch zu: Sie gehen gegen Muslime auf die Straße, von denen die allermeisten in die Sozialkassen einzahlen und somit



„Leute mit komisch klingenden Namen erleben Rassismus immer noch tagtäglich“

(Foto: Marie Galinsky)

deren Sozialleistungen mitbezahlen. Ich habe ein Plakat in Dresden gesehen, auf dem stand: „Beiß die Hand nicht, die dich füttert“ Wenn man es mal von der anderen Seite betrachtet, stimmt es ja irgendwie. (lacht)

Unsere Eltern sind als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Übrigens wollten sie ja auch nicht so lange bleiben. Deutschland brauchte Arbeitskräfte, mein Vater brauchte Arbeit. Ich weiß noch, wie er immer sagte, höchstens fünf Jahre. Aus diesen fünf Jahren sind jetzt fünfzig Jahre geworden. Das ist eben so im Leben. Pläne ändern sich. Es geht bei der Diskussion auch nicht um meine Eltern, um die erste Generation. Sie sind Türken und verstehen sich auch als Türken. Sie denken in nur einer Identität. Ich empfinde mich allerdings als Und-Identität, als Deutsche und Türkin. In einer türkischen Familie, mit der türkischen Sprache und Kultur aufgewachsen, aber von meinem deutschen Umfeld sozialisiert. Es ist mir überhaupt ein Rätsel, warum ich mir meinen Platz in der Gesellschaft ‚erkämpfen‘ muss. Mir steht dieser Platz ganz selbstverständlich zu. Nicht mehr und auch nicht weniger.

Ich glaube, wenn dieses Bewusstsein mal bei den Menschen ankommen würde, könnten wir die Diskussion auf eine andere Frage lenken. Und zwar die, warum es Migranten gibt, die hier in Deutschland geboren sind, aufgewachsen sind und ihren Lebensmittelpunkt haben, aber sich dennoch nicht mit Deutschland identifizieren können. Dann würde es nämlich ein paar Antworten geben, die einigen nicht gefallen würde. Und da sind wir wieder beim alltäglichen Wahnsinn: Rassismus.

Bereits das Deutschland der Nachkriegszeit hatte Mühe, etwa Sudetendeutsche einzugliedern – durch ihren Akzent wiesen sie sich als ‚Fremde‘ aus, und in der Bevölkerung entstand der Eindruck: die nehmen uns Arbeit weg. Wobei diese Gruppe, von heute aus betrachtet, ebenso an Wiederaufbau und ‚Wirtschaftswunder‘ beteiligt war wie alle anderen. Heute gibt es diese fruchtlose Diskussion unter Ökonomen: Die einen rechnen vor, dass Migranten der Volkswirtschaft eher etwas bringen als Kosten zu verursachen, die anderen behaupten das Gegenteil.³ Sollte man nicht

endlich beginnen, echte Lösungen für Fragen der Migration zu erarbeiten?

Akyün: So sind sie eben, die Ökonomen. (lacht) Thilo Sarrazin hat diese Rechnung ja auch aufgemacht. Und immer, wenn eine dieser Studien an die Öffentlichkeit gelangt, ist der Aufschrei groß, dass uns die Ausländer auf der Tasche liegen. Aber mal ganz ehrlich: Es gibt auch ganz viele ‚Deutschdeutsche‘, die den Migranten auf der Tasche liegen. Aber darum geht es doch gar nicht. Es geht diesen Leute darum, einen Sündenbock für ihr eigenes, verkorkstes Leben zu finden. Wäre ja auch zu blöd, die Schuld bei sich selbst suchen zu müssen. Gestern waren die Türken schuld, heute sind es die Muslime, und morgen vielleicht schon die Homosexuellen. Es ist mir persönlich wichtig, dem Pawlowschen Reflex zu widerstehen. Es ist wichtig für uns als Gesellschaft, diese Spalterei nicht zuzulassen.

Aber ich bin sehr hoffnungsvoll. Zehntausende gehen zur Zeit gegen Rassismus auf die Straße. Das sind diese Momente, in denen ich stolz sagen kann: Wie schön, dass ich Deutsche bin. Integration ist ein Prozess, der immer wieder neue Akzente bekommt. Meine Tochter ist jetzt acht, und wahrscheinlich wird sie in zwanzig Jahren sagen: „Mami, was *Ihr* für Sorgen hattet, damals.“ Noch sind diese Sorgen aber ganz nah. Und der Anschlag auf die Pariser Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo brachte wieder diese Welle von Rechtfertigungsdruck für muslimische Migranten: Distanzieren Sie sich! Wie geht es Ihnen damit?

Gegenfrage: Haben Sie sich von Breivik distanzieren? Kennen Sie einen Christen, dem es wichtig war, sich von ihm zu distanzieren? Ich nicht. Und das ist auch richtig so. Warum sollten wir uns von Mördern extra distanzieren? Als ob sich das nicht von selbst verstünde. Ich finde gar keine Worte für diese unmenschliche Tat, die in Paris verübt wurde. So viel Leid, so viel Schmerz. Ich war tagelang wie gelähmt und konnte nicht aufhören zu weinen. Dann habe ich eine Karikatur entdeckt, die mir ein wenig Linderung gebracht hat. Da stehen die drei Mörder vor Allah und sagen: „Hallo Allah, wir sind die drei Märtyrer von Paris“. Und Allah antwortet „Je suis Charlie“. Das hat mich sehr berührt. Das ist mein Gott, wie ich ihn sehe.

Ich habe nach dem Anschlag Dutzende von Medien-Anfragen bekommen, ob ich mich dazu äußern wolle. Ich habe allen abgesagt, weil ich nicht schon wieder in diese Zwickmühle von Rechtfertigung und Entschuldigung geraten wollte. Natürlich fällt es mir schwer, nichts dazu zu sagen, weil ich schon das Gefühl habe, dass ich vielleicht etwas gerade rücken könnte, dass meine Stimme gehört wird. Wer aber wie ich tagtäglich mit den Vorurteilen gegen Türken und Muslime lebt, verteidigt sich irgendwann vorbeugend. Diesen Kreislauf wollte ich durchbrechen. Ich habe keine Antwort auf das, was in Paris geschehen ist. Weder als Muslime noch als Mensch.

Im Gespräch mit Hatice Akyün war Eva Herold

¹⁾ ‚Hans‘ hießen laut Akyün seinerzeit bei türkischen Mädchen alle deutschen Jungs, so wie jeder türkische Gastarbeiter für Deutsche ein ‚Ali‘ war.

²⁾ Naime Cakir: *Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland*. Transcript, Bielefeld 2014. „Solange die Muslime in Deutschland an den gesellschaftlichen Rändern blieben, in ‚unsichtbaren‘ Berufen und Hinterhofmoscheen, hat sich niemand über ‚den Islam‘ Gedanken gemacht.“ *Jetzt, wo sie ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft beanspruchen und sich in der Mitte der Gesellschaft behaupten, ändert sich das“ (zitiert nach Dr. Antje Schrupp)*



„Ich bin trotz allem sehr hoffnungsvoll“ (Foto: André Rival)

³⁾ Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) merkt dazu in einer Studie an, dass *11 e Bürger* „sich nicht rechnen“: „... weil der Staat im Jahr 2012, dem Jahr der Betrachtung, mehr Geld ausgegeben als eingenommen hat, kommt man für j e d e n Einwohner auf negative Werte.“ (zitiert nach <http://www.infosperber.ch/Artikel/Gesellschaft/Der-Mensch-rennt-nicht-unter-dem-Strich/&g=ad>)

Anzeige

UNSERE SCHULE

ein unbequemer – fröhlicher Ort



50 JAHRE



KLEINES PRIVATES LEHRINSTITUT

DERKSEN

SEIT 1959 GYMNASIUM
SPRACHLICH • NATURWISS.-TECHNOLOG.
STAATL. ANERKANNT • GEMEINN. GMBH

www.derksen-gym.de



Pfingstrosenstr. 73 • 81377 München
Telefon 089/780707-0 • Telefax 089/780707-10

- Weil Ihr Kind verpflichtet wird, an die anderen zu denken.
- Weil wir uns hier gegenseitig bestärken, einander zu vertrauen.
- Weil alle ermutigt werden, die Freiheit des Einzelnen in unserer Gemeinschaft zu schützen.
- Weil wir den Widerspruch erwarten.
- Weil wir uns zur Einübung von Pflichten bekennen, denn nur so lernt der Mensch Bindungen einzugehen.
- Weil wir im Interesse unserer Schüler auch dem Machtmissbrauch beherrscht entgegenzutreten.
- Weil wir den Mut haben, miteinander fröhlich zu sein.

INTENSIVE BERATUNG UND VORBEREITUNG auf den Übertritt ins Gymnasium. Langjährige und gute Erfahrung mit Ein- und Umschulungen.

RUMÄNIEN

Für viele ist die Auswanderung der einzige Ausweg

Dezember 1989: Hunderttausende Menschen gingen in Timisoara, Bukarest und anderen Städten auf die Straße und setzten der Diktatur von Nicolae Ceausescu ein Ende. Von den damaligen Hoffnungen hat sich, spätestens mit dem Beitritt zur EU, vieles verwirklicht, aber nicht alle Erwartungen gingen in Erfüllung. Was denken rumänische Intellektuelle, Politikwissenschaftler und Publizisten über die Transformation ihres Landes? Wie stellen sie sich die Zukunft vor?

Von Silviu Mihai

Bukarest. Kurz vor Weihnachten wimmelt es von Menschen in Shopping-Stimmung rund um den Revolutionsplatz. Als es langsam dunkel wird, geht die feierliche Beleuchtung an. Sie ist pompöser denn je zuvor, lässt die frisch renovierten Altbauten der Innenstadt glänzen und lockt die Bukarester in die schicken Läden und Cafés. Ein Reiseleiter erklärt einer Touristengruppe aus Deutschland, dass der berühmte Diktator Nicolae Ceausescu genau aus diesem Gebäude mit seinem Helikopter fliehen musste, nachdem seine letzte Rede am 21. Dezember 1989 von massiven Buhrufen unterbrochen worden war.

Von seinem Bronzepferd blickt Karl I. von Hohenzollern, der erste König Rumäniens, ungerührt auf die Menge herab. Sein damaliges Projekt, das Land einem radikalen Modernisierungs- und Europäisierungsprogramm zu unterziehen, scheint sich fast 150 Jahre nach seiner Thronbesteigung und genau 25 Jahre nach der letzten antitotalitären Revolution verwirklicht zu haben. Die Bürger stimmen dem – laut Umfragen – völlig zu. Nirgendwo anders in der EU bleibt der Enthusiasmus für Europa, Wirtschaftskrise hin oder her, höher als in diesem abgelegenen, rätselhaften Balkanland. Und damit nicht genug: Zuletzt wählten die Rumänen überraschend einen anderen Deutschen zum Staatspräsidenten, der ihnen noch mehr Modernisierung und Verwestlichung versprochen hat. Passend dazu fand die Amtseinführung von Klaus Johannis am 21. Dezember statt – und fiel mit den Feierlichkeiten anlässlich

des Revolutionstags zusammen. In prächtigen, historisierenden Uniformen grüßte das präsidentiale Garde-Regiment seinen neuen Chef, den Siebenbürgen Sachsen, unter der Trikolore.

Großartige Symbolik und Inszenierung mag man in Bukarest. Aber es geht eigentlich um viel mehr. In einem Altstadtcafé mit Pariser Charme sitzt Mircea Cărtărescu, der bekannteste und meistübersetzte zeitgenössische Schriftsteller im Lande. Im Frühjahr fuhr er nach Deutschland, wo er für seine Romantrilogie „Orbitor“ den Leipziger Buchpreis erhielt. „Die Geschichte der sogenannten Europäisierung Rumäniens fängt um 1830 an“, erzählt der Autor. „Viele Großgrundbesitzer, auch Bojaren genannt, schickten damals ihre Söhne für das Studium nach Paris. Doch als diese zurückkamen, waren sie bereits von progressiven, liberalen, oft sogar revolutionären Ideen geprägt. Innerhalb von nur wenigen Jahrzehnten übernahmen sie die Macht in Bukarest und bauten von Grund auf völlig neue Institutionen und eine völlig neue Kultur auf. Das setzte einen Prozess in Bewegung, der bis heute andauert.“

In der Tat stammen die meisten repräsentativen Bauten in der Bukarester Innenstadt aus dieser Epoche der Turbomodernisierung und des politischen Liberalismus, in der eine sehr kleine politische und kulturelle Elite einen deutschstämmigen König auf den Thron hob, um sicherzustellen, dass sich das bäuerlich geprägte Land in Marsch Richtung Westen setzt. „Diese erste Etappe der Europäisierung, die kurz vor dem Zweiten

Weltkrieg brutal aufhörte, hat eine durchwachsene Bilanz hinterlassen“, beurteilt Historiker Lucian Boia, dessen jüngste Bücher, „Die Germanophilen“ und „Warum ist Rumänien anders?“, vor kurzem ins Deutsche übersetzt wurden. „Zwar entwickelten sich Bukarest und die Städte in Siebenbürgen schnell, doch die meisten Indikatoren wie die Urbanisierungs- und Alphabetisierungsrate zeigen, dass der Großteil des Landes noch tief in feudalen Strukturen verankert war. Und die politische Elite, die die Rolle des fast inexistenten Bürgertums übernahm, konnte diesen Prozess nur mühsam vorantreiben.“

... fast keine Dissidenten ...

Die Zeit der staatssozialistischen Diktatur war in Rumänien nicht weniger paradox. „Ein sehr eigenartiger Kommunismus fast ohne überzeugte Kommunisten am Anfang und fast ohne Dissidenten am Ende“, mokiert sich der Politologe und Schriftsteller Stelian Tanase, der in den gefährlichen Stunden vom Dezember 1989 auf die Straße ging, um gegen das Regime zu protestieren. „In der ersten Phase hat man, genau wie in der Sowjetunion, versucht, durch ein massives Industrialisierungsprogramm überhaupt ein Proletariat zu schaffen, das vor dem Krieg kaum existierte, das aber die Hauptsäule des Regime werden sollte. Man hat auf Schwerindustrie gesetzt und man ist bis zum bitteren Ende dabei geblieben, auch wenn in den achtziger Jahren klar wurde, dass die Anlagen marode und längst überholt waren. Zusammen mit der brutalen Repression schuf die Industrialisierung jedoch die gewünschte Klientel der Kommunisten: Bis auf wenige Ausnahmen, viel weniger als in der DDR oder in Ungarn, waren wir alle Mitläufer. Es gab einfach keinen nennenswerten Widerstand, und das erklärt teilweise auch die Schwierigkeiten, die wir später, in der Transformationsphase, erfahren mussten.“

Das Rätsel der kaum existierenden oppositionellen Bewegung in der Spätphase des Staatssozialismus beschäftigt bis heute die rumänischen Intellektuellen – nicht zuletzt als eine moralische Frage im Sinne Hannah Arendts. Die Abwesenheit einer linken Denktradition, die einem Vergleich mit der deutschen oder der ungarischen

standhalten könnte, der traditionelle Konservatismus der ländlichen Bevölkerung und die immobilen Strukturen der Bauerngesellschaft hatten nämlich in den fünfziger Jahren die Konsolidierung des Regimes deutlich erschwert und die Anwendung einer in der ganzen Region fast beispiellosen Gewalt gefordert. „Kaum jemand glaubte an die offizielle Ideologie, weder die Bauern noch die Beamten oder die Intellektuellen“, stellt Archivforscher Tanase fest. „Am Ende glaubten nicht einmal die Parteikader oder die Geheimpolizei daran, und Ceausescu gönnte sich zusammen mit seiner Entourage ein nicht gerade kommunistisches Luxusleben. Die rumänische Nomenklatura muss die bescheidenen ostdeutschen Überzeugungstäter für erbärmliche Idioten gehalten haben, und selbst für die durchschnittlichen Rumänen bleibt es meistens unvorstellbar, dass andere Osteuropäer tatsächlich an Marx und Lenin geglaubt haben.“

In welche Richtung sollte gehen?

Dementsprechend stellte sich natürlich umso brisanter die Frage, wieso ein Regime, das noch nie über ideologische Legitimität verfügte, so wenig artikulierten Protestformen ausgesetzt wurde. Der klassische Verweis auf die besondere Brutalität der Repression scheint eine unzureichende Erklärung zu sein. Wie man mit den Altlasten des Staatssozialismus überhaupt umgehen soll, und auf welcher Basis eine neue Gesellschaft aufgebaut werden kann, erwies sich nach der Revolution als schwierig und oft umstritten. „1990 fehlte uns ein breiter, fundierter Konsens, was die Richtung der zukünftigen Entwicklung angeht“, stellt der Autor und Verleger Gabriel Liiceanu fest. Bekannte Intellektuelle wie er forderten immer wieder eine grundsätzliche Aufarbeitung der „kommunistischen Vergangenheit“ und erhofften sich, dass dieser moralische Prozess in eine Art „Trennung der Wahrheit von der Lüge“ münden wird, die für gesellschaftliche und politische Klarheit sorgen sollte. Eine Annäherung Rumäniens an Europa sei nur dann möglich, so Liiceanu, wenn die „Entkommunisierung“ genau so entschlossen vorangetrieben werde, wie in Deutschland die Entnazifizierung.

Neben der historisch, moralisch und oft auch juristisch zweifellos notwendigen Aufarbeitung der stalinistischen und poststalinistischen Grausamkeiten hatte das neue Projekt der intellektuellen Eliten eine politische Dimension, die die rumänische Öffentlichkeit bis heute prägt. Zum einen wird in diesem dominanten Diskurs der Staatssozialismus als ein Bruch mit dem im 19. Jahrhundert in Gang gesetzten Modernisierungsprozess betrachtet. „Die Kommunisten haben uns zurück ins Mittelalter geworfen“, behauptet etwa Stelian Tanase und greift dabei einen locus communis der neunziger Jahre auf. Der populäre Essayist Horia-Roman Patapievici argumentiert ähnlich: „Eine kapitalistische Marktwirtschaft und ein Rechtssystem, das Privateigentum garantiert, sind zwei essentielle Bestandteile der Moderne. Insofern muss der Kommunismus einer Entmodernisierung der Gesellschaft gleichgesetzt werden.“ In der Folge sollte das postkommunistische Rumänien am liebsten dort anknüpfen, wo seine Modernisierung 1945 gewaltig unterbrochen worden sei, so das gängige Argument, das die Zwischenkriegszeit als Gipfel der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, ja als goldenes Zeitalter präsentiert.

Die Tatsache, dass Rumänien zwischen 1945 und 1989 beeindruckende Fortschritte bei den meisten klassischen Indikatoren der Modernisierung gemacht hat, wird zwar anerkannt, aber in der Regel heruntergespielt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um wirtschaftliche und soziale Aspekte wie Industrialisierung, Produktivität, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Lebenserwartung, Alphabetisierung und Urbanisierung. Der linke Publizist Ciprian Siulea, einer der Kritiker des „postkommunistischen Antikommunismus“, vertritt die Meinung, dass die Entwicklung der rumänischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Bruch aufweise. Lediglich die Art der Modernisierung sei eine andere gewesen. Dies erkläre übrigens auch, warum das Regime in den Augen der meisten Rumänen bis kurz vor seinem Ende seine Legitimität behalten habe, auch wenn letztere freilich keine demokratische und keine ideologische, sondern eine Ergebnis-Legitimität gewesen sei.

Rückzug aus Kernkompetenzen

In der Tat boten die staatssozialistischen Modernisierungsprogramme einer breiten Masse der



Grosse Teile Rumäniens haben vom Beitritt zur EU bisher nicht profitieren können.

Fotos: Klaus-Peter Hüskes

Bevölkerung zweifellos eine Verbesserung der bisherigen, fast feudalen Lebensbedingungen. Doch auch dieser Aspekt wird bis heute von den meisten Vertretern des intellektuellen Establishments ausgeklammert, oft mit dem Hinweis, dass gerade das wirtschaftliche Erbe des Staatssozialismus in der ganzen Region und vor allem in Rumänien sich 1989 als katastrophal erwies habe, was die Reformen und ihre hohen sozialen Kosten unvermeidlich gemacht haben soll. Siulea bestreitet nicht die Notwendigkeit der Wirtschaftsliberalisierung und einer Umorientierung in der Wirtschaftspolitik. Vielmehr kritisiert er, ähnlich wie der in den USA lebende rumänische Sozialwissenschaftler Cornel Ban, den Rückzug des Staates aus zahlreichen Bereichen seiner Kernkompetenz, die kontinuierliche Degradierung des Bildungs- und Gesundheitswesens, sowie den Mangel einer Industriepolitik, die diesen Namen verdient.

Auswanderung als Ausweg

Anders als in Ungarn, Polen oder Tschechien schritt die rumänische wirtschaftliche Transformation in den ersten Jahren nach der Wende zwar nur mühsam voran, doch als die erste wirtschaftsliberale Regierung mit der Unterstützung der intellektuellen Elite 1996 an die Macht kam, implementierte sie die „Schocktherapie“, die der Internationale Währungsfonds (IWF) damals für die ganze Region vorschrieb. Wie in den meisten Nachbarländern wurden dann auch in Rumänien viele Fabriken geschlossen, der Bankensektor wurde im Wesentlichen an westeuropäische Institute verkauft, Schlüsselunternehmen im Energie- und Telekommunikationsbereich wurden ebenfalls von deutschen, österreichischen oder italienischen Konzernen übernommen. Dementsprechend stieg die Arbeitslosigkeit rasant, zahlreiche Fabrikarbeiter verloren ihre Stellen und konnten den optimistischen Prognosen des IWF zum Trotz jahrelang, oft bis heute, noch keine Arbeit finden. Neben der Rückkehr in ihre Heimdörfer und einer prekären Existenz, die auf Subsistenzlandwirtschaft basiert, blieb dieser Kategorie nur die Lösung, nach Westeuropa auszuwandern. Nachdem Brüssel die Visumpflicht für rumänische Staatsbürger 2002

abschaffte, verließen rund drei Millionen Menschen, fast ein Drittel der damaligen Arbeitskräfte, 15 Prozent der Bevölkerung, das Land. Bevorzugte Ziele waren wegen der sprachlichen und kulturellen Ähnlichkeiten vor allem Italien und Spanien, was sich später als sehr problematisch erwies.

Gleichzeitig schoss auch die Anzahl der Rentner und Frührentner in die Höhe, was den Druck auf die Sozialhaushalte massiv erhöhte. Der Boom der Bauindustrie und der Konsumkredite in den 2000er Jahren erwies sich spätestens mit der Wirtschaftskrise als kein nachhaltiger Ausweg aus der Sackgasse einer schrumpfenden und immer prekäreren Beschäftigung. In seinem neuen Buch, „Abhängigkeit und Entwicklung“, argumentiert Cornel Ban für die These, dass die rumänische Transformation dem orthodoxen neoliberalen Muster mehr entspreche als die in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern Mitteleuropas. Demzufolge seien die anfänglichen Versuche, eine lokale unternehmerische Klasse zu schaffen, die nachhaltig wirtschaften sollte, bis auf wenige Ausnahmen gescheitert. Stattdessen sei im Laufe der Reformen in der Regel auf den „kompetitiven Vorteil“ einer billigen Arbeitskraft gesetzt worden, was die ohnehin großen Armuts- und Ungleichheitsprobleme des Landes noch verschärft habe.

Der Publizist Ciprian Siulea analysiert den Zusammenhang zwischen dieser wenig glücklichen Transformation und dem dominanten Diskurs der neuen Kultureliten: „Der postkommunistische Antikommunismus ist nicht nur deshalb rätselhaft, weil er spät kommt und als eine Art Feigenblatt das ohrenbetäubende Schweigen der achtziger Jahre zu kaschieren versucht, sondern auch dadurch, dass er immer neue neoliberale Maßnahmen rechtfertigt und die Artikulierung von auch nur gemäßigten, sozialdemokratischen Alternativen auf eine Art und Weise erschwert, die selbst in den Nachbarländern, geschweige denn in Westeuropa, unvorstellbar wäre.“ In der Tat finden linksorientierte Ansätze selten Platz im rumänischen medialen und politischen Konsens. Das sehr niedrige Niveau der Löhne und Sozialleistungen wird oft als natürliche Konsequenz der niedrigen Produktivität der Arbeitskräfte präsentiert, obwohl letztere vor dem Hintergrund der Strukturschwächen immerhin die Hälfte der westeuropäischen

Werte erreicht hat, während die Durchschnittslöhne fünfmal niedriger sind als in Deutschland.

Eine neue, urbane Mittelschicht bildete sich erst in den 2000er Jahren. Sie lebt hauptsächlich in Bukarest und in den Großstädten Siebenbürgens, und besteht typischerweise aus leitenden und mittleren Angestellten der in Rumänien vertretenen internationalen Konzerne, sowie aus einigen, längst nicht allen Beamten und Angehörigen der freien Berufe. Hinzu kommen einige lokale Unternehmer, die meistens in der Logistik, im Handel und im Dienstleistungssektor tätig sind. Verwendet man als Kriterium nicht bloß den Median der Einkommen im Land selbst, sondern die auf durchschnittliche EU-Preise bezogene Kaufkraft, was in einem stark von Auswanderung geprägten EU-Mitgliedstaat wie Rumänien nahe liegt, so gehören lediglich 20-30 Prozent der Gesamtbevölkerung zur Mittelschicht. Die überwiegende Mehrheit dieser Kategorie verfügt über einen Hochschulabschluss und grenzt sich stark von der ländlichen Hälfte der Gesamtbevölkerung ab, unter der nur zwei Prozent zu den Akademikern zählen.

Europaweite statistische Studien belegen für Rumänien eine Korrelation zwischen Studium und einem hohen Einkommen, die viel deutli-

cher ist als etwa in Deutschland. Dies führt zur weit verbreiteten Wahrnehmung, der soziale Aufstieg sei durch Bildung, Kultur und intellektuelle Begabung, und nicht bloß durch Arbeit verdient. Denn Arbeit ist nicht gleich Arbeit, so das Argument. Die soziale Mobilität ist seit 25 Jahren allerdings niedrig, vor allem auf dem Land, was einen starken Kontrast zu den staatssozialistischen Zeiten bildet. Die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft geht mit großen kulturellen und politischen Unterschieden einher. Von den rund neun Millionen Rumänen, die trotz der massiven staatssozialistischen Urbanisierung noch immer in Dörfern wohnen, haben nur die wenigsten Zugang zu Wasser-, Kanalisations- und Gasleitungen. Die Pläne aus den achtziger Jahren, die einen ambitionierten Ausbau der Infrastruktur vorsahen, wurden nach der Wende zunächst aufgegeben. Erst nach dem EU-Beitritt 2007 sind solche Bemühungen dank der EU-Strukturfonds wiederaufgenommen worden, sie schreiten jedoch nur mühsam voran. Gleichzeitig ist die Kultur in den ländlichen Gebieten noch immer stark religiös geprägt, was der Orthodoxen Kirche mehr Macht schafft, als es in einer modernen, europäischen Demokratie gesund wäre. Politisch bevorzugt die Landbevölkerung die Sozialdemokrati-



Früher „Haus des Volkes“ genannt, jetzt der Parlamentspalast in Bukarest, erbaut von 20'000 Arbeitern von 1984 bis 1989. Um Platz für das Riesengebäude zu schaffen, mussten Häuser mit rund 40'000 Wohnungen weggeräumt werden.

sche Partei (PSD), die zumindest in der Theorie sensibler für die Anliegen unterprivilegierter Kategorien sein sollte.

Die Mittelschicht aus den Großstädten wählt dagegen in der Regel wirtschaftsliberal. Sie betrachtet den Staat entweder mit grundsätzlicher Skepsis, oder aber als Agentur im Dienste der einzigen Bürgerkategorie, die nennenswerte Steuern zahlt und sich selbst als Motor der Modernisierung und Europäisierung der Gesellschaft versteht. Damit knüpft sie an die alte 1848er Tradition an, in der eine „Elite mit westlichen Ideen“ die Führungsrolle übernimmt und ihre Statusprivilegien überwiegend kulturell und symbolisch rechtfertigt. Immer wieder stellen die Bukarester Mainstream-Medien die soziale Funktion des Staates in Frage, neulich diskutierten einige Journalisten und Blogger sogar darüber, ob es eigentlich opportun sei, „Analphabeten und Sozialleistungsempfängern“ das Wahlrecht zu geben. Genau wie die Arbeitsmigranten ist auch die Mittelschicht sehr mobil: Ein Viertel aller rumänischen Ärzte, zahlreiche Ingenieure und Programmierer arbeiten mittlerweile in Westeuropa, viele auch in Deutschland. Doch nur die letzteren Kategorien gelten für die mediale Öffentlichkeit als „echt europäisch“ – so europäisch, dass sie sich einen Deutschen als Staatspräsidenten gegönnt und damit das Land noch einmal aus der sozialdemokratischen Barbarei gerettet hätten.

Trotz einiger Bemühungen seitens der neuen antikommunistischen Elite blieb das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung der staatssozialistischen Vergangenheit eher gering. Die andere, politische und soziale Dimension des dominanten Diskurses genoss dagegen einen unerwartet großen Erfolg. „Die Aufarbeitung scheiterte nicht nur in Rumänien, sondern auch in Westeuropa“, bedauert der Essayist Andrei Plesu, der Ende der neunziger Jahre Außenminister war. „In puncto Kommunismus bleibt das europäische Gedächtnis 25 Jahre nach der Wende noch immer gespalten. In Berlin stört es niemanden, dass Souvenirs mit Hammer und Sichel ständig verkauft werden. Wie wäre es denn mit Hakenkreuz-Mützen?“ Diese Sicht der Dinge teilt auch Starautor Horia-Roman Patapievi. Für ihn ist die mangelnde Vergangenheitsbewältigung einer der Hauptgründe



Wahlrecht für Arme?

dafür, dass sich Rumänien nur mühsam modernisiert: „Auch wenn die heutigen rumänischen Sozialdemokraten weit von der Ideologie ihrer kommunistischen Vorfahrer entfernt sind, haben sie das Netzwerk der alten KP geerbt. Die andere Partei, die die letzten Präsidentschaftswahlen gewonnen hat, wollte immer diese alten, korrupten Strukturen zerstören. Sie vertritt und verteidigt klassische liberale Prinzipien wie den Rechtsstaat und den Kapitalismus.“

Der Diskurs führender antikommunistischer Intellektueller wie Liiceanu, Plesu oder Patapievi gilt seit den neunziger Jahren als eher rechtsorientierter Konsens der rumänischen Eliten. Er begründete etwa die offizielle Verurteilung des Kommunismus durch das rumänische Parlament, die Rückgabe des verstaatlichten Eigentums an die nach dem Krieg enteigneten Besitzer, die zahlreichen Privatisierungen, den NATO- und EU-Beitritt, die Bekämpfung der Korruption, die angeblich überwiegend in sozialdemokratischen Kreisen grassiert, aber auch die Beteiligung der rumänischen Streitkräfte zusammen mit den USA an dem Krieg im Irak oder die drastischen Sparmaßnahmen, die die damalige wirtschaftsliberale Regierung 2010 durchsetzte. Und er trug auch zuletzt wesentlich zum Wahlsieg des ebenfalls wirtschaftsliberalen Klaus Johannis bei.

Korruption allüberall

Das Thema Korruption spielt bis heute eine besondere Rolle in der Artikulierung des medialen Konsensus. In den ersten zehn Jahren nach der

Wende verfügte kaum jemand in Rumänien über das nötige Geldkapital, das die Gründung neuer Industrieunternehmen oder die Übernahme und Modernisierung von alten Anlagen im Laufe der Privatisierungsprogramme hätte ermöglichen können. Mit einem embryonalen Bankensystem und dem sehr hohen Leitzins, den die IWF-Schocktherapie für die Bekämpfung der Inflation vorschrieb, bestand nur für einen privilegierten Kreis aus Politikern, hochrangigen Beamten und Direktoren von staatlichen Unternehmen eine echte Chance, jemals an Kapital zu kommen, und zwar durch wenig transparente Privatisierungsdeals und lukrative Verträge zwischen ihren neugegründeten Firmen und staatlichen Einrichtungen, die sie selber kontrollierten.

Andererseits führte die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens, der öffentlichen Verwaltung, der Polizei oder der Justiz zu einer Situation, in der die Beamten oder die Ärzte praktisch auf informelle Zahlungen durch die Bürger angewiesen waren. Korruption wurde schnell zu einem strukturellen Problem, und sie prägt bis heute den Alltag aller sozialen Schichten. Spätestens seit dem EU-Beitritt gilt allerdings die Bekämpfung der Korruption als oberste Priorität der Zivilgesellschaft und in den letzten Jahren auch einiger Politiker. Nachrichten über die Verhaftung oder Verurteilung von Bürgermeistern, Ministern, Abgeordneten, Richtern und Geschäftsmännern machen täglich die Runde in den rumänischen Medien. Ob die entschlossenen Bemühungen der Staatsanwaltschaft die alte politische und staatliche Elite komplett aus dem Spiel nehmen werden, um die Plage auszurotten, wie sich die wirtschaftsliberale Mittelschicht das wünscht, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass die Vertreter des dominanten Diskurses das Argument Korruption gegen einen stärkeren sozialen Staat und für die Fortsetzung des neoliberalen Kurses so oder so weiter ausspielen werden.

Ein weiterer, entscheidender Moment in der Artikulierung des „postkommunistischen Antikommunismus“ war die Wirtschaftskrise, die ab 2009 auch in Rumänien spürbar wurde. Als die westeuropäischen Banken plötzlich anfangen, sich Gedanken über die Nachhaltigkeit ihrer bisherigen Kreditpolitik zu machen, reduzierten sie dras-

tisch ihr finanzielles Engagement in Osteuropa. Dies löste eine deutliche Entwertung der rumänischen Währung aus, was seinerseits die monatlichen Raten für die bestehenden, oft in Euro oder in Schweizer Franken vergebenen Hypotheken- und Konsumkredite in die Höhe trieb und schnell zu einem Platzen der Immobilienblase führte. Da die ausländischen Institute bald damit drohten, das Land komplett zu verlassen, lieh sich der Staat 20 Milliarden Euro vom IWF aus, um den Banken bei der Aufstockung ihrer Reserven zu helfen.

Im Gegenzug wurde 2010 ein Sparpaket umgesetzt, das beispiellos in Europa war und immer noch bleibt. Sämtliche Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor wurden um 25 Prozent gekürzt, viele ohnehin prekäre Sozialleistungen wurden ganz gestrichen, das Arbeitsrecht wurde an entscheidenden Stellen zum Nachteil der Arbeitnehmer überarbeitet, zahlreiche Krankenhäuser und Schulen wurden geschlossen. Medial und politisch unterstützten die führenden rumänischen Intellektuellen diese Maßnahmen mit dem Argument, nur so könne das Land seine Wettbewerbsfähigkeit in Europa behalten. Als es 2012 zu Protesten gegen die Austerität kam und die wirtschaftsliberale Regierung von einer sozialdemokratischen abgelöst wurde, verurteilten die meisten Bukarester Qualitätsmedien diese Entwicklungen: Die Gegner der Sparmaßnahmen seien noch in der kommunistischen Mentalität gefangen.

Spätestens seit der Wirtschaftskrise werden jedoch auch die kritischen Stimmen aus dem linken intellektuellen Spektrum wieder lauter. Der Philosophieprofessor Adrian-Paul Iliescu etwa negiert, dass die schwierige Transformation Rumäniens hauptsächlich mit den Lasten des Staatssozialismus oder mit dem korrupten Staat zu tun hat. Vielmehr seien der Elitismus der Modernisierer selbst und ihre mangelhafte demokratische Gesinnung daran schuld. „Nach dem EU-Beitritt muss sich Rumänien vor allem entwickeln, seine Demokratie vertiefen und das fast feudale Gefälle zwischen Stadt und Land, Arm und Reich überwinden. Doch das kann nur passieren, wenn diese Ziele so formuliert werden, dass sie nicht mehr nur von einer kleinen Elite getragen werden können.“



INTERVIEW

„Wir können es uns leisten, uns um Flüchtlinge ordentlich zu kümmern“

Regensburg, die viertgrößte Stadt Bayerns (nach München, Nürnberg und Augsburg), ist die Hauptstadt der Oberpfalz. Die historische Innenstadt zählt zum UNESCO-Welterbe. Und: Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Stadt erfüllt UN-Kriterien – im Unterschied zu vielen Städten Deutschlands.

*Ein Gespräch mit Joachim Wolbergs,
dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Regensburg*



Migration und Asyl: Welche Probleme hat eine bayerische Stadt mit 157 000 Einwohnern wie Regensburg damit?

Wolbergs: Herkunft und Religionszugehörigkeit sind nicht die Kriterien, nach denen in unserer Stadt ein Mensch beurteilt wird. In Regensburg leben Menschen aus 150 Nationen friedlich zusammen, Christen, Juden, Muslime, Buddhisten, Hindus. Unter den 31 000 Studierenden an unseren Hochschulen stammen viele aus dem Ausland, viele unserer Unternehmen beschäftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Ländern. Regensburgs Wirtschaft ist zu einem beachtlichen Teil exportorientiert. Und fast ein Viertel unserer 530 000 Hotelgäste im Jahr 2014 waren ausländische Touristen. Das alles zusammengenommen bedeutet: Regensburg ist eine bunte, weltoffene Stadt mit wirklich sehr großartigen, hilfsbereiten Menschen. In unserer Stadtgesellschaft gilt der Konsens, dass Menschen aus anderen Ländern und

Kulturen eine Bereicherung sind. Und zudem sehen wir uns in einer humanitären Verpflichtung. Als der Stadt im Oktober 2014 einige hundert Flüchtlinge zugewiesen wurden, die wir notfallmäßig in einer Schulturnhalle unterbringen mussten, da ging eine wahre Welle der Hilfsbereitschaft durch Regensburg. Innerhalb weniger Tage waren die Kleiderkammern so voll, dass nichts mehr angenommen werden konnte. Viele Regensburgerinnen und Regensburger wollen sich für die Menschen, die in ihrer Not zu uns kommen, noch mehr tun. Für sie hat die Stadt inzwischen das Projekt „Willkommen in Regensburg, gemeinsam für Flüchtlinge in Not“ geschaffen – das ist eine Art große Vermittlungsplattform für alle, die Flüchtlingen den Einstieg in ihr neues Leben erleichtern wollen. Als wir dieses Programm öffentlich vorgestellt haben, sind 500 Bürgerinnen und Bürger gekommen, um zu erfahren, wie sie sich für Flüchtlinge engagieren können.

Können Sie konkrete Zahlen über Ausländeranteil und Asylbewerber in Regensburg nennen?

Wolbergs: Von den rund 157 000 Einwohnern mit Haupt- und Nebenwohnsitz sind etwa 19 000 Ausländer. Derzeit leben 750 Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen bei uns.

Wie organisieren Sie – illustriert an zwei oder drei Beispielen – konkret Integration in Regensburg?

Wolbergs: Wie schon bei meinem Vorgänger Hans Schaidinger sind Maßnahmen zur Integration auch bei mir Chefsache. In der Stadt gibt es seit vier Jahren eine Integrationsstelle, die wir kürzlich personell aufgestockt haben. Die Aufgabe dieser Stelle ist es, innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung die vielfältigen Integrationsmaßnahmen und -angebote in Regensburg zu koordinieren. Zudem besorgt die Integrationsstelle die Geschäftsführung für unseren neuen Integrationsbeirat, in dem aus dem Ausland zugewanderte Menschen vertreten sind, die wiederum die Stadt bei der Frage beraten sollen, was noch besser gemacht werden kann. Unsere Volkshochschule bietet ebenfalls seit langem sehr erfolgreich Integrationskurse an. Und innerhalb unseres Projekts „Willkommen in Regensburg“ arbeiten wir derzeit an der Schulung von Ehrenamtlichen, die sich als Paten, als Dolmetscher oder etwa in ihrem Sportverein für Flüchtlinge engagieren möchten. Wir haben dieses Projekt so angelegt, dass es langfristig und nachhaltig wirkt. Und unsere Bürgerinnen und Bürger machen mit. Gut 150 Ehrenamtliche wollen an unseren Kursen teilnehmen, schon mehrfach ist die Betreuung durch Paten zustande gekommen - Tendenz steigend. Zudem kümmern wir uns mit einem Beratungsangebot speziell um Zuwanderer aus südosteuropäischen Staaten, die bei uns ein neues Leben beginnen wollen, weil sie daheim keine Perspektive mehr sehen. In einem weiteren Projekt klären zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die schon längere Zeit hier leben, in ihrer Muttersprache andere Migranten über unser Gesundheitssystem auf. Zu all dem kommt noch ein sehr großes Hilfs- und Beratungsangebot für Flüchtlinge und Migranten von sozialen Organisationen und Einrichtungen.

Was muss sich für die Städte und Kommunen ändern?

Wolbergs: Vieles von dem, was wir in Regensburg für Flüchtlinge und für Migranten auf die Beine stellen, ist entweder eine freiwillige Leistung der Stadt oder es beruht auf ehrenamtlichem Engagement. Wir leisten also etwas, das sich der Staat nicht leisten kann oder will. Ehrenamtliche bringen

viel Zeit und Energie auf, die Stadt nimmt Geld in die Hand – unter anderem für unsere Koordinierungsstelle für Asylsuchende und Flüchtlinge – weil wir zusammen der Meinung sind, dass man schwer traumatisierte und vielfach dem Tod entkommene Menschen nicht einfach in eine Gemeinschaftsunterkunft setzen und sie dort sich selbst überlassen kann. Der Stadt Regensburg geht es dank ihrer starken Wirtschaft und dank der Einkommen ihrer Bürgerinnen und Bürger finanziell alles andere als schlecht – wir können es uns also leisten, uns um Flüchtlinge ordentlich zu kümmern. Andere Städte und Gemeinden haben kein Geld, das sie dafür ausgeben könnten. Da helfen dann nur noch die Ehrenamtlichen weiter. Ohne die gäbe es keine Betreuung, die den Namen verdient. Ich finde, dass sich der wahrlich nicht arme Freistaat Bayern da etwas einfallen lassen könnte, das über das kostenlose Lob für solches Engagement deutlich hinausgeht.

Was muss sich generell in Deutschland und im Freistaat Bayern speziell in Sachen Asyl-Politik ändern?

Wolbergs: Persönlich bin ich der Meinung, dass das deutsche Asylrecht trotz all seiner Mängel anerkanntermaßen zu den großzügigsten in der Welt gehört. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht noch weiter verbessert, erweitert und der Realität angepasst werden könnte. Parallel dazu gibt es den Flüchtlingsstatus für Menschen aus Kriegsgebieten.

Wie könnte und müsste eine zeitgemäße Asylpolitik aussehen?

Wolbergs: Wir müssen damit rechnen, dass nicht nur Menschen aus Kriegsgebieten und politisch oder anderweitig Verfolgte bei uns Schutz suchen. Immer mehr Menschen werden wegen Hunger, Armut, Korruption, verheerender Arbeitslosigkeit und dem Fehlen einer Lebensperspektive zu uns kommen wollen. Darauf gibt es noch keine neuen Antworten des Gesetzgebers. Den sogenannten Wirtschaftsflüchtlings bleibt – nachdem sie Schleusern ein Vermögen gezahlt haben – nur noch, das Wort „Asyl“ zu sagen, damit sie zunächst einmal hierbleiben können. Ich finde, dass entweder der Asylbegriff neu definiert oder zusätzlich zum Asyl eine

Möglichkeit geschaffen werden muss, Menschen ins Land zu lassen.

Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz? Und wenn ja, was müssten die Kernpunkte sein?

Wolbergs: Zur ersten Frage: Ohne wird es auf Dauer nicht gehen, auch aus Verantwortung für die Menschen, die zu uns kommen wollen. Ich gehöre zu denen, die das bezahlte Schleusen von Menschen für eines der schlimmsten Verbrechen halten. Dieser hochkriminelle Wirtschaftszweig muss ausgetrocknet werden. Und das geht nur, wenn man ihm die Geschäftsgrundlage nimmt. Zur zweiten Frage: Das zu klären, obliegt meinen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag.

Was würde ein Einwanderungsgesetz konkret für Regensburg bedeuten?

Wolbergs: Darüber wird man erst dann seriös sprechen können, wenn man weiß, was in einem solchen Einwanderungsgesetz stehen soll. Über eine geregelte Zuwanderung wird ja schon seit langem vorwiegend anhand der Frage diskutiert, welche Vorteile unsere Wirtschaft davon haben würde. Das ist prinzipiell ja auch in Ordnung. Mir persönlich fehlt aber noch die menschliche Komponente, die humanitäre Verantwortung.

Was Regensburg angeht, so sind wir der Vollbeschäftigung regelmäßig ziemlich nahe. Vor allem unsere Ausbildungsbetriebe werden sicher nichts dagegen einzuwenden haben, wenn sich hoch motivierte, zugewanderte junge Leute um einen Ausbildungsplatz bewerben. Voraussetzung sind jedoch eine gute Schulausbildung und gute Deutschkenntnisse. Unsere Erfahrungen, die wir bisher mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen gemacht haben, lassen den Schluss zu, dass wir es da mit jungen Leuten zu tun haben, die unbedingt lernen und gute Leistungen bringen wollen.

„Vor Armut-Flüchtlingen wird gewarnt!“ – sagt die CSU. Was sagen Sie als sozialdemokratischer Oberbürgermeister?

Wolbergs: Ich warne vor allen, die vor Menschen warnen, die nichts anderes wollen als jeder von



99 Luftballons: Joachim Wolbergs auf dem Regensburger Kinderfest.

uns will: sich eine Existenz aufbauen und sicher mit Perspektiven leben.

Aus dem Kosovo strömen derzeit Tausende von Armut-Flüchtlingen nach Bayern. Ausweisen? Zurückschicken? Integrieren? Was kann eine Kommune wie Regensburg dazu leisten? Und was kann sich Regensburg nicht leisten?

Wolbergs: Eine wirkliche Lösung kann nur auf höherer politischer Ebene erreicht werden. In Regensburg sehen wir uns jedenfalls generell in der humanitären Verpflichtung, die Menschen, die uns als Flüchtlinge zugewiesen werden, menschenwürdig aufzunehmen und zu betreuen.

Gibt es in Regensburg eine PEGIDA-Bewegung?

Wolbergs: Wenn schon, dann würde es die Gruppierung REGIDA geben – „Regensburger gegen eine irrsinnige Debatte über das Abendland“. Ich habe ja schon deutlich gemacht, dass in unserer Stadt Menschen aus vielen Kulturen friedlich miteinander leben. Die Regensburgerinnen und Regensburger halten nichts von platten, diffusen Sprüchen.

Ich bin gebürtiger Münchner und wohne in der Stadt München mit 24 Prozent Ausländeranteil.



*Der Sozi und die Kanzlerin: Wolbergs (l.) mit Angela Merkel.
Fotos: Stadt Regensburg/Peter Ferstl*

Hier gibt es keinen nennenswerten Rassismus oder Rechtsradikalismus. In ostdeutschen Metropolen wie Dresden oder Leipzig liegt der Ausländer/Migrant-Anteil unter 3 Prozent. Aber PEGIDA hat dort enormen Zulauf. Können Sie das aus der Sicht eines Großstadt-Politikers erklären?

Wolbergs: Wenn man alle bisherigen Versuche einer Analyse dieser seltsamen Pegida-Erscheinung zurate zieht, dann kommt ein wichtiger Aspekt dabei heraus: Es geht nicht wirklich um die Angst davor, dass morgen in Sachsen ein Scharia-Freistaat ausgerufen wird – diese Angst wäre ja auch völlig absurd. Es geht vielmehr um Menschen, die mit ihrer Lebenswirklichkeit und ihrem unmittelbaren Lebensumfeld unzufrieden sind, die sich nicht ernstgenommen fühlen und leider auf die platte Idee gekommen sind, sich einen völlig unpassenden Sündenbock zu suchen. Für mich ist es unerträglich, dass Goebbels-Sprüche, nationalistische Urschreie und sonstige rechtslastige Verbalentgleisungen bei den Pegida-Demos zu hören waren. Was man als Kommunalpolitiker dagegen tun kann? Ich kann aufgrund positiver Erfahrungen nur empfehlen, die Bürgerinnen und Bürger bei anstehenden Entscheidungen eng einzubinden, ihnen Projekte genau zu erklären, sie anzuhören und ernstzunehmen und ihnen auch darzulegen, warum etwas nicht geht.

Braucht Deutschland mehr Ausländer? Braucht Regensburg mehr Ausländer? Und wir reden jetzt nicht über Fussball-Profis...

Wolbergs: Nicht nur Regensburg – jede Stadt braucht Menschen, die auf ein gutes Miteinander setzen, die aufeinander achten, die Verantwortung füreinander übernehmen. Die Herkunft ist nicht entscheidend.

Asyl-Politik und Migrations-Politik können Sprengsätze sein. Teile der Bevölkerung können sich von der herkömmlichen Politik und ihren Parteien abwenden und – wie im demokratischen Frankreich – in Scharen zum Front National von Frau Le Pen überlaufen. Ist das bei uns denkbar? Ist das konkret bei Ihnen vor Ort denkbar?

Aus dieser merkwürdigen Pegida-Aktion, die sich ja nun glücklicherweise zu verlaufen scheint, können wir zumindest eines lernen: Niemand darf auf Kosten von Menschen, die in ihrer Not zu uns kommen, Politik machen.

Wo ist Schluss mit Ihrer persönlichen Toleranz gegenüber Migranten oder Asylbewerbern?

Wolbergs: Was mich immer wieder bewegt, ist die Frage: Wie schlimm müssen die Lebensumstände in einem Land sein, wenn dort sämtliche Reserven einer Familie dafür verwendet werden, eine Bande von eiskalten Kriminellen dafür zu bezahlen, dass einer aus dieser Familie nach Europa gebracht wird? Wenn er es denn überlebt. Wie hoffnungslos müssen diese Menschen sein, dass sie solche Risiken auf sich nehmen? Und wie unendlich groß muss ihre Hoffnung sein, bei uns ein besseres Leben zu finden? Aber ich weiß schon, worauf Sie anspielen: Beim gezielten Missbrauch von Sozialleistungen und bei sonstiger Verletzung der Gesetze müssen die Behörden nüchtern und professionell vorgehen – das gilt für Ausländer und für Inländer. Bei uns ist jeder Mensch vor dem Gesetz gleich. 

*Das Interview führte GAZETTE-Redakteur
Rudolf Schröck*

MIGRATION IN MEXIKO

El tren de la muerte – unterwegs mit dem Todeszug

Jedes Jahr begeben sich Tausende von Menschen ohne Ausweise und Aufenthaltspapiere auf eine höchst riskante Reise durch Mexiko. Sie tragen die Hoffnung auf ein neues Leben in den USA in sich und fliehen vor der zermürbenden Armut und Unsicherheit in ihren Heimatländern.

Die meisten nicht dokumentierten Migranten und Migrantinnen in Mexiko kommen aus Zentralamerika. Viele von ihnen reisen von Guatemala aus über die mexikanischen Grenzstaaten Chiapas oder Tabasco ein. Diejenigen, die die US-Grenze erreichen, haben eine gefahrenvolle Reise hinter sich. Nur die Stärksten kommen durch – ein ständiger unmenschlicher Ausleseprozess. Auf ihrem Weg werden Tausende Opfer von Schlägen, Unfällen, Entführung, Vergewaltigung und sogar Mord. Ihr Leben und ihr Tod bleiben weitgehend verborgen, viele ihrer Schicksale werden nie erzählt.

Für die Mehrzahl an Straftaten gegenüber nicht dokumentierten Migranten sind kriminelle Gangs verantwortlich. Es gibt aber auch Hinweise, die beweisen, dass mexikanische Beamte auf verschiedenen Ebenen in diese Verbrechen verstrickt sind. Auf der anderen Seite leben viele Mexikaner entlang der Migrationsrouten und leisten humanitäre Hilfe gegenüber Menschen, die in Gefahr geraten sind. Ein Netzwerk von Herbergen, die von der katholischen Kirche betrieben werden, bietet Erschöpften und Verwundeten die Möglichkeit, sich für ein paar Tage von den Strapazen zu erholen.

Die Solidarität mit den Underdogs hat schon mehrfach Angriffe und Schikanen gegen jene provoziert, die Hilfe leisten. Menschenrechtsverletzungen an mexikanischen Migranten in den USA haben auch schon für Aufmerksamkeit gesorgt. Auf der anderen Seite aber hält sich die Empörung über die kritische Lage, der die Migranten und Migrantinnen in Mexiko ausgesetzt sind, in Grenzen. Doch die Stimmen der "Illegalen" in Mexiko werden lauter.

Casa-Amnesty.de hat dazu eine Wanderausstellung gemacht, aus der die GAZETTE einige Bilder wiedergeben darf. 

Naturereignisse und Katastrophen



Am 7. November 2009 suchte der Tropensturm Ida die Gemeinde Gallegos 2 in San Salvador heim. Die Armensiedlung im Flussbett des Acelhuate hat bei der zunehmenden Oberflächenversiegelung rund um den urbanen Raum (Bau von Einkaufszentren, Wohnblöcken etc.) jedes Jahr mit schweren Überschwemmungen zu kämpfen. In diesem Fall konnten die Bewohner zwar rechtzeitig evakuiert und Verluste von Menschenleben verhindert werden. Aber über 30 Häuser wurden von den Fluten weggerissen und über 100 stark beschädigt. Viele Familien haben durch die Schlammmassen ihr sämtliches Hab und Gut verloren, und nicht alle haben die Perspektive auf ein Wohnungsbauprojekt des Staates. Sie reihen sich ein in die Liste derer, welche nach den jährlichen Katastrophen auf der Strecke bleiben. In Apaneca im Department Ahuachapan existiert heute noch eine Notunterkunft mit Überlebenden des Tropensturms Stan 2005. Die fehlende Perspektive für einen Neuanfang im eigenen Land lässt deshalb jährlich Hunderte von Menschen in Richtung Norden ziehen, um dort ihr Glück – sprich: Arbeit und Einkommen – zu suchen.

Das Foto entstand zwei Tage nach der Katastrophe. © Anne-Christine Hild

Chipoxlac – ein vormals „verborgenes Dorf“ in Guatemala



Zuhause wird Q'anjob'al gesprochen. Nur in der Grundschule sprechen die 167 Schülerer und Schülerinnen Spanisch. Bis vor wenigen Jahren gab es zwei Lehrer, heute sind es fünf. Der Staat steuert pro Jahr und Kind 200 Quetzales (18,50 Euro) bei. Für eine weiterführende Schule nach der sechsten Klasse müssen die Kinder weite Wege in andere Dörfer in Kauf nehmen. In den 1980er Jahren flüchteten viele Menschen während des Volkskrieges in sogenannte "verborgene" Dörfer in den Bergen, nach Mexiko oder in die USA. Die heute etwa 700 Dorfbewohner ernähren sich fast ausschließlich von Mais, Bohnen und Früchten. Das Gebiet ist stark überbevölkert. Es bleibt nur wenig Anbaufläche für die Produktion und den Verkauf von Kaffee und Kardamom. Der Traum von einem besseren Leben ist das Hauptmotiv für die starke Abwanderung in die USA. 2007 waren nur noch acht Väter im Dorf. In jüngster Zeit kehren sie vermehrt zurück. Mit ihrem Geld treiben sie die Entwicklung voran. Seit 2009 führt ein befahrbarer Weg zum Dorf. Vorher musste man vier Stunden Fußmarsch zur nächsten Straße zurücklegen.

© Hauke Lorenz; Interview: Julio Florencio Meléndez Monterroso

Die erste Etappe



Viele Wege führen nach Norden. Für Migranten und Migrantinnen, die von Guatemala aus über Chiapas einreisen, ist die Überquerung des Grenzflusses Suchiate eine erste entscheidende Etappe auf der langen Fahrt durch Mexiko. Tagelöhner, Waren und nicht dokumentierte Migranten reisen auf Flößen über den Río Suchiate nach Mexiko. Grenzkontrollen finden nur an den offiziellen Übergängen sowie im Inneren Mexikos statt.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Rennen für ein besseres Leben



Migranten und Migrantinnen bahnen sich beharrlich ihren Weg, um zu Mexikos Nordgrenze zu gelangen – zu Fuß, per Bus und – in den meisten Fällen – auf dem Dach der Güterzüge. Hier besteigen sie in Tierra Blanca im Bundesstaat Veracruz gerade “die Bestie”, auch bekannt als “Todeszug”. Wenn der Pfiff der Lokomotive ertönt, packen die Migranten ihre Rucksäcke und Wasserflaschen und rennen los. Die Züge haben keinen festen Fahrplan und die am Gleis wartenden Migranten springen oft auf anfahrende Züge auf. Viele von ihnen haben sich dabei verletzt, manche verunglücken tödlich. Raubüberfälle, Prügeleien, Plünderungen und Erpressungen zählen zu den Gefahren der Reise auf den Güterzügen.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

El tren de la muerte / Der Todeszug



Ein mit Migranten und Migrantinnen besetzter Güterzug passiert San Miguel im Bundesstaat Veracruz. Für ihr kostenfreies Verkehrsmittel Richtung Norden haben die Migranten angst- und ehrfurchtsvolle Namen gefunden: „La bestia“ (die Bestie), „El tren de la muerte“ (der Todeszug) oder „El diablo de acero“ (der Teufel aus Stahl).

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Der Zug fährt ab



Der Trip auf den Güterzügen ist stets ein Wagnis und von Gefahren begleitet. Die Migranten sitzen auf den Dächern der Waggons, klammern sich an Vorsprünge und hängen an Leitern. Viele leiden unter Erschöpfung und Durst, wenn sie zehn Stunden oder mehr in glühender Hitze oder schneidender Kälte ausgeharrt haben. Unfälle gehören zum Alltag. Der kleinste Ausrutscher kann zum Verlust eines Beines, eines Armes oder zum Tod führen, wenn sie unter die Räder geraten.

© Hauke Lorenz

Kontrollposten



Durchquert man Chiapas, den ersten Bundesstaat Mexikos, auf regulären Wegen, passiert man fünf Migrations-Kontrollposten (Casetas Migratorias). Daneben finden wie hier auch Militärkontrollen statt. Diese sollen Drogenschmuggel aufdecken. Immer wieder werden jedoch Menschen durch das mexikanische Militär verhaftet – und verschwinden.

© Luz Kerkeeling

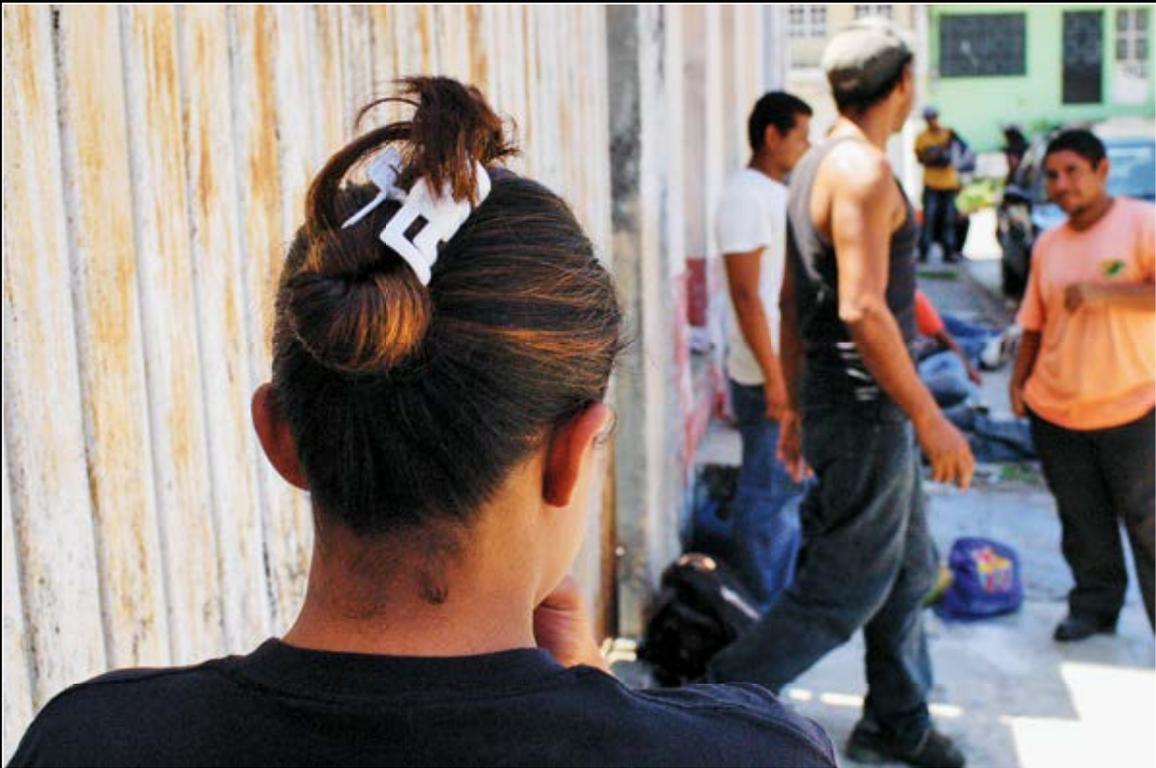
Casa del Migrante



Migranten beim Duschen und Wäschewaschen in einer Herberge in Tierra Blanca, Bundesstaat Veracruz. Migranten und Migrantinnen können nur zwei bis drei Tage in einer von Mexikos Herbergen bleiben, die von der Katholischen Kirche unterhalten werden. Sobald sie den eingebüßten Schlaf nachgeholt und ein paar warme Mahlzeiten gegessen haben, brechen sie auf zu ihrem nächsten Abschnitt der Reise in Richtung US-Grenze.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Angriffe und sexueller Missbrauch



Im Juni 2009 interviewte Amnesty International eine junge Frau im Bundesstaat Chiapas. Margarita beschrieb, wie ein Soldat sie zwang, sich auszuziehen, und wie er sie anschließend vergewaltigte: „Du kannst Dir nicht vorstellen, dass alle deine Träume auf dieser Reise in einem einzigen Moment vorbei sein können ... Er zog an meiner Hand und zwang mich, mit ihm in die Büsche zu gehen, bis wir weit weg von den Schienen ganz allein waren. Dann befahl er mir, meine Kleidung abzulegen, damit er sehen könne, ob ich Drogen bei mir hätte. Er sagte, wenn ich tun würde, was er sage, dürfe ich gehen.“

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Es sind zu wenige



Beauftragte der sogenannten Beta-Gruppe suchen im Bundesstaat Chiapas nach Migranten, die Hilfe brauchen. Die Beta-Gruppe ist eine Initiative der Regierung, die Migranten und Migrantinnen humanitäre Hilfe anbietet und sie vor Gefahren warnt. Sie nahm 1991 in Tijuana im nördlichen Bundesstaat Baja California ihre Arbeit auf, um Migranten vor Kriminellen zu schützen; in der Folge wurde sie auch an der Südgrenze eingesetzt. Das Unterstützungs- und Hilfsangebot ist von Bedeutung, aber die Beta-Gruppe verfügt nicht über ausreichende Mittel, um allen bedürftigen Migranten und Migrantinnen den notwendigen Schutz zu bieten.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Solidarität



In einigen Ortschaften an der Strecke verteilen Menschen kostenlos Lebensmittel an Migranten, die auf den Güterzügen fahren. Einige von ihnen halten auch ihre Haustüren für erschöpfte und hungrige Migranten offen. Hier warten zwei Frauen an den Gleisen, um Migranten am Bahnhof Chontalpa im Bundesstaat Tabasco Hilfe anzubieten.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Hilfe in der Not



„Wir treten dem Eindruck entgegen, dass Migranten gefährlich sind. Im Fernsehen wird uns immer erzählt, dass auf den Zügen Drogen und Waffen gehandelt werden, aber das ist eine einzige Lüge. Der Güterzug ist von Hunderten von menschlichen Seelen bevölkert, die gelitten haben. Sie verlassen ihre Heimat wegen der extremen Armut dort, wo sie herkommen. Die Reise in den Norden ist für sie ein Alptraum, aber das nehmen sie auf sich, um ihren Familien helfen zu können, die sie zuhause gelassen haben.“ Rubén Figueroa lebt an der Bahnstrecke in San Miguel im Bundesstaat Tabasco. Er und seine Mutter gewähren hilfsbedürftigen Migranten und Migrantinnen Unterkunft und Verpflegung.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Pedro ist zuversichtlich



„Ich heiße Pedro, ich bin 35 und komme aus dem Nordwesten von Honduras. Wir hatten ein kleines Stück Land und eine Htte für meine Frau und die zwei Töchter. 1998 kam der Hurrikan Mitch und hat alles zerstört. Ich habe in den USA dann gutes Geld verdient, sodass ich nach drei Jahren ein neues Land erwerben konnte. Ich habe keinen Beruf, aber ich kenne mich damit aus, wie man den Boden schrubbt und wie man erntet. Davon lebten wir. Aber dann hat der Hurrikan Stan 2005 wieder alles zunichte gemacht und die Regierung hat uns wieder im Stich gelassen. 2008 begab ich mich noch einmal auf die Reise nach Norden. Auf der Zugfahrt durch Mexiko schlief ich ein und kam bei Veracruz unter die Räder. Um in das nächste Dorf zu gelangen, musste ich den rechten Unterschenkel mit dem Taschenmesser abschneiden. Jetzt soll ich hier in der Herberge eine Prothese bekommen. Leider bin ich beim Duschen ausgerutscht und der Stumpf hat sich entzündet. Ich habe meine Frau angerufen. Ich bin zuversichtlich, dass ich bald zu meiner Familie fahren und auch wieder arbeiten kann.“

Interview in der Migranten-Herberge "Jess el Buen Pastor", Tapachula (Mexiko), April 2009, © Wolfgang Grenz

Vermisst



Abfälle über einer Stelle, an der Migranten und Migrantinnen auf dem Friedhof von Tapachula (Chiapas) beerdigt worden sind. Ihre Körper werden in den Gängen zwischen den Gräbern bestattet, namenlos. Ihre Familien in Zentralamerika erfahren meist nie, was ihnen widerfahren ist.

Migranten reisen meist ohne Papiere durch Mexiko. Im Falle einer Abschiebung geben sie an, aus Guatemala zu stammen. Damit wollen sie vorbeugen, um bei ihrem nächsten Versuch, Mexiko zu durchqueren, nicht wieder aus ihrem noch entfernter gelegenen Heimatland anreisen zu müssen.

© Amnesty International; Foto: Ricardo Ramírez Arriola

Das Ziel liegt irgendwo jenseits



Wenn Migranten und Migrantinnen aus Zentral- und Südamerika die Nordgrenze Mexikos erreichen, haben sie noch immer denselben Weg vor sich wie ihre mexikanischen Leidensgenossen. Es gilt, Mauern, Zäune und Grenzanlagen zu überwinden, durch den Rio Grande zu schwimmen oder durch eine Wüste zu laufen, bevor die US-amerikanische Zivilisation in Sicht kommt.

Quelle: Revista Migrantes 2009; www.migrante.com.mx © Karen Siu

AUFRUF

Fürchten Sie Flüchtlinge nicht – helfen Sie ihnen!

Flüchtlinge als Bedrohung zu behandeln, ist unmenschlich: Flüchtlinge suchen keine Konflikte, sie fliehen vor ihnen.

Von António Guterres

Das Jahr ist noch jung und schon besudelt von all dem Blutvergießen; Unsicherheit und Furcht vor Terrorismus dominieren die öffentliche Debatte, Angst und wirtschaftliche Unzufriedenheit schüren Extremismus jeglicher Art. Eine wachsende Anzahl von Menschen wenden sich Populisten und Fremdenhassern und – in einigen extremen Fällen – der Gewalt selbst zu.

Diese Entwicklung beeinträchtigt das Leben von Flüchtlingen und anderen gewaltsam Heimatvertriebenen in erheblichem Maße. Sie flüchten vor dem Trauma zuhause, und in ihren Exilorten erwartet sie Feindseligkeit: Sie sind die Sündenböcke für eine Reihe von Problemen, vom Terrorismus bis zur Wirtschaftskrise, und ihre Gastgeber empfinden sie als Bedrohung der eigenen Lebensweise, nennen sie illegale Migranten, Kriminelle oder Schlimmeres.

Bei all der aufkommenden Panik jedoch dürfen wir eines nicht vergessen: Die größte Gefahr sind nicht die Flüchtlinge, sondern die Flüchtlinge selbst sind in größter Gefahr. Menschen, denen Asyl gewährt wird, sind per Definition Überlebende grausamer Verfolgung und Gewalt. Viele von ihnen sind unter äußersten Strapazen und Gefahren in die Sicherheit geflüchtet – auf riskanten Nebenwegen durch Kriegsgebiete, gezwungen, sich in die Hände von Schmugglerringen zu begeben, um über Grenzen zu kommen, und Raubüberfällen von Banditen und Piraten ausgesetzt.

Im vergangenen Jahr flüchteten fast 220 000 Menschen in unsicheren Booten über das Mittelmeer – mehr als dreimal so viele Menschen wie während des libyschen Bürgerkriegs 2011. Deutliche Steigerungen waren auch im Golf von Aden, in Südostasien und in der Karibik zu verzeichnen, mit weltweit 360 000 Menschen, die über den Seeweg flüchteten.

Eine Folge dieser Entwicklung: Mehr als 4300 Menschen wurden im vergangenen Jahr auf See als tot oder vermisst gemeldet, die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich erheblich höher. Unzählige andere wurden von Schmugglern misshandelt und geschlagen, oder sie wurden gekidnappt und gezwungen, für Schmuggler-Ringe zu arbeiten. Und nun kämpfen Flüchtlinge mit der wachsenden Feindseligkeit in den Ländern, die sie für Schutzorte hielten.

Natürlich sollen die sicherheitsrelevanten Herausforderungen für die Asylländer nicht geleugnet werden, die die großen Flüchtlingsströme mit sich bringen, die wiederum der Gewalt und Unsicherheit andernorts geschuldet sind. Es gibt immer ein Risiko, und meine Organisation* achtet darauf sehr genau. Aber die Flüchtlinge suchen keine Konflikte, sie fliehen vor ihnen. Flüchtlinge wie eine Bedrohung zu behandeln anstatt sie als Menschen in Not zu sehen, ist unmenschlich, ineffektiv und kontraproduktiv. Menschen, die mit einer Flucht ihr Leben retten wollen, kann man nicht davon abhalten, ohne dass sich die Situation weiter zuspitzt.

Im heutigen Klima der Angst müssen wir uns auf die größten Bedrohungen konzentrieren - auf die Bedrohung von Flüchtlingen und deren Familien. Wenn wir verhindern wollen, dass sich diese Bedrohungen vermehren und ausbreiten, müssen wir die Voraussetzungen schaffen für eine friedliche Rückkehr in die Heimatländer. Das tun wir, indem wir Schutz und Unterstützung bereitstellen und indem wir Menschen helfen, nicht nur zu überleben, sondern sich entwickeln zu können.

Über 51 Millionen Menschen weltweit wurden aus ihrer Heimat vertrieben, mehr als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Immer mehr Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Heimatlosigkeit, dazu Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Verstädterung in Kombination mit Arbeitslosigkeit und Ernährungs- und Wassergefährdung, haben ganze Gemeinwesen gegen ihren Willen entwurzelt. Dies ist mehr als eine unangenehme Statistik, es ist eine Herausforderung, die die Kapazitäten des humanitären Hilfsystems bereits überschritten hat – und die allen Anzeichen nach immer größer wird.

Unsere Reaktion auf diese Herausforderung allerdings war bestenfalls mittelmäßig und im schlechtesten Fall jämmerlich unzureichend. Humanitäre Hilfsaktionen sind massiv unterfinanziert, sowohl im Bereich der Grundbedürfnisse als auch im Bereich der Vorsorge gegen die Abwanderung, wie zum Beispiel im Bereich der Bildung.

Manche Regierungen versuchen, ihre Grenzen dicht zu machen („lock up shop“) und investieren in Abschreckung, führen „Push-back-Operationen“ durch und verhaften automatisch die Asylsuchenden, darunter auch Kinder. Italiens großmütige Operation „Mare Nostrum“, bei der über 160 000 Menschen auf hoher See gerettet werden konnten, ist gerade ausgelaufen – und die EU plant keinen Ersatz zusätzlich zu den Grenzkontrollen, die im November 2014 im Rahmen der „Triton Operation“ eingeführt worden sind. Viele Menschen werden deshalb ihr Leben verlieren.

Die Konzentration auf Grenzkontrollen wird das Problem nicht lösen. Regierungen haben zwar die Pflicht, Einwanderung zu kontrollieren, aber die Politik muss sicherstellen, dass verlorene Menschenleben nicht zum „Kollateralschaden“ abgewertet werden.

„Humanitäre
Hilfsaktionen sind
unterfinanziert“



Besorgt: António Guterres, UN-Hochkommissar für Flüchtlinge

(Foto: UNHCR / J-M Ferré)

Die Art und Weise, wie wir mit Bevölkerungsbewegungen umgehen, wird unser Jahrhundert grundlegend prägen, mit Auswirkungen auf die nächsten Generationen. Um diese Thematik zu bewältigen, muss Migration für die Menschen zu einer Option werden anstelle einer überlebenswichtigen Notwendigkeit. Wir müssen unser Augenmerk viel mehr auf die Ursachen von Vertreibung legen, müssen die Konfliktprävention forcieren und Entwicklungspolitik mit menschlicher Mobilität verlinken.

Und wir müssen die Erst-Antragsländer und die Transitstaaten unterstützen. Meist bleiben Menschen lieber näher an Zuhause, aber die Nachbarländer sind zunehmend überfordert und es mangelt ihnen an Handlungsmöglichkeiten. So ist es kein Wunder, dass Flüchtlinge immer weiter weg gehen.

Arme Staaten weltweit beherbergen im Moment fast 90 Prozent der Flüchtlinge – und leiden unter der Last. Mit dem Ergebnis, dass manche sich extremer Mitteln bedienen, um Flüchtlinge fernzuhalten – nicht aus fehlender Großzügigkeit, sondern weil sie den Notstand nicht länger alleine bewältigen können. Trotzdem werden ihre Hilferufe nicht gehört. Das ist nicht länger vertret- und hinnehmbar.

Genauso wichtig ist es, den Flüchtlingen Hoffnung für die Zukunft zu geben, die Möglichkeit, ihre Leben wieder aufzubauen und etwas zur Gemeinschaft beizusteuern. In einer Welt mit mehr als 50 Millionen Vertriebenen, von denen viele jahrelang weit weg von zuhause leben werden, reichen Zelte nicht aus. Menschen brauchen

„90 Prozent der Flüchtlinge weltweit verharren in armen Staaten.“

„Angst vor Problemen
mit Flüchtlingen
wird leicht zur
Self-fulfilling-Prophecy“

die Möglichkeit zu lernen, Arbeit zu finden und sich in die Gesellschaft zu integrieren – sonst werden sie ausgeschlossen oder abhängig von Hilfe – oder sind der Ausbeutung, dem Missbrauch und der Versuchung einer Radikalisierung ausgesetzt.

Der wachsende und irrige Fokus auf die Bedrohung, die von Flüchtlingen ausgeht – anstelle der Bedrohung der Flüchtlinge selbst – hat enorm schädliche Auswirkungen. Diese Sichtweise verzögert die Rückkehr zu Frieden und Wohlstand in ihren Heimatländern, was wiederum die Rückkehr der Flüchtlinge möglich machen würde. Sie nährt die Angst und die Ressentiments – mit negativen Konsequenzen für alle. Und es besteht die Gefahr, dass diese Sichtweise eine „Self-fulfilling-Prophecy“ wird, die genau das Problem, das sie zu vermeiden sucht, erschafft, statt dessen Ursache zu bekämpfen.

Seit Jahrhunderten flüchten Menschen vor Unsicherheit: Der Zustand der Welt lässt keine Hoffnung zu, dass sich dies bald ändern wird. Wie Länder mit den Bedürfnissen jener umgehen, die innerhalb ihrer Grenzen Schutz suchen, ist ein Gradmesser der Kraft dieser Länder und wird eine entscheidende Rolle dabei spielen, wie dieses Jahrhundert, das so schlimm begonnen hat, ausgeht.

Bei komplexen Problemen ist es oft das Beste, zurückzugehen zu den Grundprinzipien: Leben schützen, Menschenrechte würdigen, Toleranz fördern und Vielfalt wertschätzen! Nach den niederträchtigen Anschlägen auf ein Satire-Magazin in Paris gingen Mitte Januar dieses Jahres Millionen von Menschen auf die Straße, um genau diese Ideale zu verteidigen. Ihnen müssen wir zuhören.

Die Sicherheit und den Wohlstand unserer Gesellschaften zu gewährleisten, steht nicht im Widerspruch zu diesen Prinzipien. Genau genommen bedingen sie sich gegenseitig. Wir dürfen denen, die Hass hegen, nicht erlauben, unsere Überzeugungen zu unterminieren.

Die Art, wie wir vertriebene Menschen behandeln, markiert die Frontlinie im Kampf der Ideale. Sie wird eine entscheidende Rolle spielen bei der Frage, ob wir nach den schrecklichen Tragödien der vergangenen Jahre eine Wende herbeiführen und anhaltenden Frieden schaffen können. Doch wir werden es nie schaffen, Konflikte zu beenden, wenn wir die Opfer dieser Konflikte als deren Ursache missverstehen. 

** Dieser Beitrag des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge, António Guterres, wurde der GAZETTE exklusiv von der in Berlin erscheinenden englischsprachigen Zeitung „The Atlantic Times“ zum erstmaligen Abdruck in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt (Übersetzung Sabine Magnet). Wir bedanken uns.*

FRANKREICH

Die stille Duldung des Antisemitismus

Der Antisemitismus wird unverfrorener und brutaler, derzeit speziell in Frankreich. Der beunruhigende, alltägliche Skandal hinter dem militanten Judenhass ist – auch im Jahr 70 nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz – die weit verbreitete Teilnahmslosigkeit. Der entschlossene Einsatz und Rückhalt für die jüdische Bevölkerung durch die Gesellschaft bleibt weitgehend aus.

Von Jürg Müller-Muralt

Islamophobie und ihre Ursachen sind seit langer Zeit ein mediales Dauerthema. Nicht mit gleicher Regelmässigkeit auf dem journalistischen Radar ist der Antisemitismus. Breit thematisiert wird er üblicherweise nur in zwei Fällen: an Gedenktagen, wie letztmals am 70. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Janu-



*Raymond Aron,
Philosoph,
1905-1983*

ar 2015. Oder dann, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt wieder einmal Schlagzeilen liefert und offensichtliche antisemitische Hetze und gut getarntes anti-jüdisches Raunen allgegenwärtig ist; zum Beispiel während des Gaza-Krieges vom Sommer 2014. Doch die israelische Politik, an der es viel zu kritisieren gibt, dient dabei bloss als Vorwand für pauschalisierende Ausfälligkeiten gegenüber „den Juden“. Und der Antisemitismus ist nicht nur ein Phänomen einzelner Milieus, er ist milieuübergreifend – und in seiner „milden“ Variante gesellschaftlich breit akzeptiert. Er ist der alltägliche Skandal mitten in den europäischen Gesellschaften.

Charles Lewinsky: Ärger über Gewöhnungseffekt

Illusionslos und treffend auf den Punkt gebracht hat dieses Phänomen der Schweizer Schriftsteller Charles Lewinsky letzten Sommer, während des Gaza-Krieges: Als Jude sei man „gut trainiert“. Man übe auch in Zeiten, „in denen der ganz gewöhnliche Antisemitismus gerade kein Thema für besorgte Leitartikel und empörte Kommentare ist. Der Alltag sorgt schon dafür, dass man seine Existenz nicht ganz vergisst.“ Beispiel? Seit er sich erinnern könne, müsse er sich beim Betreten des Gebäudes der jüdischen Gemeinde Zürich von Sicherheitsleuten befragen lassen, bevor er durch die Sicherheitsschleuse gelassen werde. „Ich ärgere mich über die Tatsache, dass man in unserem Land, das Werte wie Gleichberechtigung und Toleranz doch so hochhält, ein jüdisches Gemeindehaus in einen Hochsicher-

Was wäre Frankreich ohne Juden?

Wer immer an Frankreich denkt und nicht nur gerade an den Eiffelturm, stößt auf französische Juden – meist ohne es zu wissen. Denn unzählige Wissenschaftler, Philosophen, Literaten, Künstler und auch Politiker sind uns vertraut als „typische“ Repräsentanten der französischen Kultur – und, schaut man in ihre Biographie: sie sind Juden oder haben zumindest einen jüdischen Elternteil. Die Bildmarken im Text mögen an einige Beispiele erinnern, ohne Anspruch auf irgendwelche Repräsentanz. Sie sind eher zufällig ausgewählt.

heitstrakt verwandeln muss. Und ich ärgere mich über mich selber, weil ich mich ganz allmählich an diesen Skandal gewöhne. Damit man mich nicht falsch versteht: Im Verhältnis zu unseren Nachbarländern ist die Situation bei uns noch harmlos. Aber man stelle sich den Aufruhr vor, wenn ein katholisches oder protestantisches Gemeindehaus auf diese Weise gesichert werden müsste. Bei



*Jacques Offenbach,
Komponist, 1819-1880*

einer jüdischen Einrichtung schaut die Öffentlichkeit weg. ‚Na ja, es sind halt Juden. Es wird schon seinen Grund haben, dass sie sich schützen müssen‘ (Sonntagszeitung, 27.07.2014).

Gewalt verdoppelt

Eben: In der Schweiz und auch in einigen anderen Ländern ist die Lage nicht so dramatisch, im Vergleich etwa zu Frankreich. Dort war die Ermordung von vier jüdischen Geiseln in einem Supermarkt im Nachgang zum Anschlag auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ vom Januar 2015 nur ein weiterer Akt in einer langen Serie von antisemitischen Verbrechen der letzten Jahre. Mordanschläge auf Jüdinnen und Juden, brennende jüdische Geschäfte, Davidsterne und Schmierereien an Häusern und Briefkästen sowie Angriffe auf Synagogen häufen sich in beängstigender Weise, von menschenverachtender Rhetorik im Internet ganz zu schweigen. Nicht nur die Anzahl der Überfälle hat zugenommen, sondern auch die Brutalität. Die Zahl unterschiedlichster Vorfälle hat sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Rund die Hälfte aller rassistischen Übergriffe in Frankreich richtet sich gegen jüdische Einrichtungen und Personen. Dabei ist Frankreich

zwar das Land mit der drittgrößten jüdischen Gemeinschaft der Welt (rund eine halbe Million), doch sie macht nicht einmal ein Prozent der französischen Bevölkerung aus. Das ist ein sprechendes Beispiel dafür, dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kaum etwas mit Zahlen zu tun haben. Wobei man sofort hinzufügen muss: Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ im Zusammenhang mit dem Judentum tönt besonders eigenartig, weil diese Gruppe nun wirklich nicht „fremd“ ist in Europa. Im Gegenteil, gerade Rechtskonservative führen gerne den Begriff des „christlich-jüdischen Abendlandes“ im Munde – und spüren kaum mehr, welcher Zynismus in dieser Formulierung steckt. Der christliche Antijudaismus hat während Jahrhunderten dafür gesorgt, dass das jüdische Element eben gerade nicht toleriert, akzeptiert und integriert, sondern vielmehr systematisch unterdrückt, an den Rand gedrängt oder ausgegrenzt worden ist.

Frankreichs spezielle Rolle

Die ungemütliche Lage der Juden in Frankreich hat fatale Folgen und führt einmal mehr zu einer Desintegration des europäischen Judentums: nämlich zur Auswanderung. 2014 haben etwa 7000 Personen Frankreich Richtung Israel verlassen; sie sind seit zwei Jahren die grös-



Sarah Bernhardt, Schauspielerin, 1844-1923

te Einwanderergruppe, und die Zahlen könnten deutlich ansteigen. In Israel zirkulieren Berechnungen, dass im laufenden Jahr bis zu 10 000 Jüdinnen und Juden Frankreich verlassen könnten. Die „Times of Israel“ berichtete Ende Januar 2015, das „Jewish People Policy Institute“, eine

zionistische Organisation in Jerusalem, arbeite an einem Plan, in den nächsten vier Jahren bis zu 120 000 Juden aus Frankreich in Israel aufzunehmen. Dazu passt, dass der israelische Ministerprä-



*Claude Lévy-Strauss,
Ethnologe, 1908-2009*

sident Benjamin Netanjahu nach den Anschlägen von Paris dazu aufgerufen hat, Frankreich zu verlassen. Das ist allerdings bei verschiedenen jüdischen Organisationen in Frankreich und dem übrigen Europa gar nicht gut angekommen.

Denn gerade Frankreich hat in historischer Sicht bei der Integration der Juden eine zentrale Rolle gespielt, eine weitaus positivere als der große Rest Europas. Die Französische Revolution brachte ihnen formal die volle Emanzipation und die staatsbürgerlichen Rechte, während in den deutschen Staaten dafür ein langer Prozess bis hin zur Reichsgründung von 1871 notwendig war. Der Antisemitismus grassierte allerdings nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich. Die Dreyfus-Affäre um einen jüdischen Artillerie-Hauptmann Ende des 19. Jahrhunderts spricht Bände, zeigt aber gleichzeitig, dass Juden in Frankreich auch hohe Ämter in Staat und Armee offen standen – im Gegensatz zu Deutschland.

Das alte Giftgemisch

Die europäischen Juden setzten immer große Hoffnungen auf Frankreich mit seiner republikanischen und säkularen Tradition – und sie wurden gleichzeitig auch immer wieder enttäuscht, gerade auch heute wieder. Die französischen Juden stehen derzeit gewissermassen doppelt unter Druck: Zum einen durch den arabisch-islamistischen Ju-

denhass, zum anderen sind sie „im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den liberalen Werten der Republik und dem neuen radikalen Nationalismus“, wie Michael Brenner, Professor für jüdische Geschichte und Kultur in München, schreibt („Neue Zürcher Zeitung“, 26.01.2015).

Dabei hat das Verhältnis zwischen Juden und Muslimen in Frankreich eine durchaus tragische Note. Denn sephardische Juden und Muslime haben während Jahrhunderten im arabischen Raum zusammengelebt. Und der Großteil der heute in Frankreich lebenden Juden sind Nachkommen jüdischer Immigranten aus Nordafrika, die in den Sechzigerjahren einwanderten. „Somit sind sie die Nachbarn der Muslime, von denen sie sich heute bedroht fühlen“, hält Brenner fest.

Der Antisemitismus ist heute gerade unter Jugendlichen aus muslimischen Familien stark verbreitet. Vor allem die Nachfahren nordafrikanischer Immigranten in Frankreich gelten als



*Bernard Kouchner,
Gründer „Ärzte ohne
Grenzen“, *1939*

besonders empfänglich für Judenhass. Der Nahostkonflikt dient dabei als Rechtfertigung, als „Inspiration“. Die anti-israelische Grundhaltung wird eins zu eins auf „die Juden“ generell übertragen. Zudem spüren die jungen Muslime, dass sie Bürger zweiter Klasse sind. Sie haben ihre maghrebinischen Wurzeln verloren und sind nie richtig in Frankreich integriert worden. Doch ihr Judenhass ist nur vermeintlich neu, er bedient sich meist der immer gleichen alten und vor allem auch europäischen Vorbilder. Es gibt Varianten, unterschiedliche Aspekte und verschiedene soziale, politische, religiöse, nationalistische und rassistische Ausprägungen; aber das giftige Gemisch enthält immer die ähnlichen unsäglichen Vorurteile und Stereo-

typen. Denn der christliche Antijudaismus ist eine uralte Geschichte, der lange vor dem rassistisch geprägten Antisemitismus sein Unwesen trieb.

Die historische Schuld des Christentums an der Entstehung des Antisemitismus in Europa ist unbestritten. Doch wie steht es mit dem Islam? Der französische Soziologe und Antisemitismus-Forscher Michel Wieviorka, Forschungsdirektor an der École des hautes études en sciences sociales, antwortet in der deutschen „tageszeitung“ (taz) wie folgt: „Das ist sehr verschieden. In der islamischen Welt hatten Christen wie Juden stets das Recht zu existieren. Die Differenzen mit dem Islam sind mehr religiöser Natur, sie betreffen die Auslegung der heiligen Schriften oder den Vorwurf an die Juden, nicht konvertieren zu wollen. Traditionell wurden die Juden in der islamischen Welt als Religion toleriert, aber in sozialer Hinsicht wurden sie als ‚Dhimmi‘, als untergeordnete Menschen behandelt. Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts hat sich mit dem Beginn der Massenkommunikation und mit der Gründung von Israel alles dramatisch verändert.“

Front National: antisemitische Mobilisierung

Der sozusagen importierte, islamische Judenhass hätte wohl nie jene Bedeutung, wenn er nicht auf den Nährboden des latenten oder phasenwei-



*Claude Lelouch,
Filmregisseur, *1937*

se auch wieder militanten ursprünglichen Antisemitismus in Europa fiele. Interessanterweise hat vor zehn Jahren eine Studie in Frankreich ergeben, dass sich die antisemitische Gewaltbereit-

schaft der extremen Rechten verringert habe und jene der jungen Einwanderergeneration gestiegen sei. Nun kommen aber französische Forscher der Denkfabrik Fondapol in einer neuen Studie vom November 2014 zu einem etwas anderen Schluss: Sie orten einen hartnäckigen Bodensatz antisemitischer Einstellungen.

Im Fokus steht der Front National (FN). Die Gründer des FN waren meist deutlich antisemi-



*Joe Dassin, Sänger,
1938-1980*

tisch orientiert, an vorderster Front Jean-Marie Le Pen. Er wurde mehrfach wegen antisemitischer Ausfälligkeiten verurteilt, unter anderem wegen der Bemerkung, die Gaskammern der Nazis seien „ein Detail der Geschichte“. „Mit der Annäherung an die Thesen des Holocaustleugners Faurisson hat der FN in Frankreich für den Antisemitismus eine Bresche geschlagen und trägt somit eine enorme historische Verantwortung“, sagt auch Michel Wieviorka. Die FN-Chefin Marine Le Pen drängt mit aller Kraft in die gesellschaftliche und politische Mitte und versucht auch bezüglich Rassismus und Antisemitismus, ihre Partei aus der Schusslinie zu nehmen. Doch Dominique Reynié, Studienleiter der Denkfabrik Fondapol, sagte bei der Präsentation der Untersuchung gemäss einem Bericht des Deutschlandfunks: „Wir haben es mit einer Partei zu tun, die antisemitische und rassistische Wähler auf spektakuläre Weise mobilisiert.“ Die französische Gesellschaft sei zwar nicht generell antisemitisch durchsetzt, sagt Reynié, aber es gebe antisemitische Zonen, und zwar bedeutende: „Den Front National, die Muslime, je stärker sie ihre Religion praktizieren, aber auch einen Teil der Linken, die Linksfront, und schliesslich sozi-

ale Netzwerke und die Video-Plattformen im Internet.“

Man macht es sich in der Tat allzu einfach, im traditionellen politischen Koordinatensystem den Antisemitismus allein ganz rechts anzusiedeln. Einmal abgesehen davon, dass sich in aufgeladenen Situationen auch bei linken Exponenten unter die israel-kritischen Äusserungen nicht selten pauschalisierend anti-jüdische Töne mischen: Es gibt durchaus auch eine linke antisemitische Tradition, gerade in Frankreich. Bereits von Voltaire sind zahlreiche judenfeindliche Äusserungen bekannt. Professor Michael Brenner macht aber noch auf einen weiteren Zusammenhang aufmerksam: „Frühsozialisten wie Charles Fourier, Alphonse Toussenel und Pierre-Joseph Proudhon brachten die folgenreiche Geschichte von der Verbindung von Juden und Geldgewerbe in Umlauf und beriefen sich dabei vor allem und immer wie-



*Marcel Proust, Literat,
1871-1922*

der auf das eine Beispiel der Familie Rothschild: Juden seien unproduktiv und berechnend; kurz gesagt, die ärgsten Vertreter jener Gruppen, die in den frühsozialistischen Gesellschaftsmodellen verschwinden müssten.“

Wenig Solidarität mit Juden

Und genau das führt uns wieder zu den unsäglichen Stereotypen, die tief in der Gesellschaft sitzen. Es ist sicher so, wie die jüngste, oben erwähnte Studie zur Lage der Juden in Frankreich sagt: Der militante, aggressive Antisemitismus ist kein allgemeines gesellschaftliches Problem, sondern in einigen, allerdings wichtigen gesellschaftlichen Sektoren stark verbreitet. Das heisst

allerdings nicht, dass der Rest der Gesellschaft die Hände in Unschuld waschen kann – weder in Frankreich, noch anderswo in Europa; zu stark halten sich Klischees und Vorurteile. Auch



*Pierre Moscovici, EU-
Währungskommissar,
1957

die grosse Zahl jener, die nichts mit antisemitischer Militanz zu tun haben, sind nicht durchwegs imprägniert gegen eine „milde“ Form von Skepsis gegenüber Juden, zumindest nicht gegen die Gleichgültigkeit. Denn genau das ist das grosse Problem: die wachsende Gleichgültigkeit antisemitischen Äusserungen, Haltungen oder gar Gewaltakten gegenüber.

Der gigantische Aufschrei, die gewaltige Solidaritätsdemonstration nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ waren richtig, wichtig und bitter nötig; die Meinungs- und Pressefreiheit ist das zentrale Element einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Aber die Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit auch. Und am meisten gefährdet ist heute in weiten Teilen Europas – ausgerechnet! – die Glaubensfreiheit der Jüdinnen und Juden. Man hat bisher, auch nach schlimmen antisemitischen Anschlägen, keine vergleichbaren massiven Solidaritätswellen mit jüdischen Gemeinschaften gesehen. So auch im Fall der jüdischen Geiseln im Supermarkt: Es wurde viel zu wenig klargestellt, dass die Opfer allein deswegen ermordet worden waren, weil sie Juden waren. Das Ereignis hätte dieselbe Aufmerksamkeit verdient, wie der Überfall auf „Charlie Hebdo“ und die Ermordung der Karikaturisten.

Für die Juden wäre der entschlossene Rückhalt durch die Gesellschaft vielleicht wichtiger als der deprimierende Polizeischutz vor den Synagogen und jüdischen Einrichtungen. ✖

SPANIEN

Und ob sie es können

Kein Kampf gegen Windmühlen: Die neue spanische Partei Podemos ist gerade erst ein Jahr alt. Ihre Anhänger träumen von einer demokratischen Revolution – und die Newcomer könnten schon im kommenden Herbst die Wahlen gewinnen.

Von Piero Salabè

Ein Gespenst, das derzeit in Europa umgeht, ist das einer politischen Revolution – durch aus dem Nichts entstandene Parteien. Blickt man auf Spanien, ist dieses Nichts wörtlich zu verstehen: Es ist das Nichts der „generación perdida“, der verlorenen Generation, die weniger als jede vorhergehende Zukunftsperspektiven hat im traditionell von Arbeitslosigkeit geplagten Land.

Nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 und der folgenden Schuldenkrise haben der soziale Kahlschlag auf freundliche Verordnung der Troika und der Abbau wichtiger ziviler Rechte die verarmten Spanier buchstäblich empört. Eine dramatische Situation, in der Tausende von Familien zwangsgeräumt wurden und man das Übernachten auf den Straßen von Madrid mit 750 Euro Buße ahndete. Kein Wunder, dass eine Bewegung

wie die der „Empörten“ entstand, die im Mai 2011 nach dem Vorbild des „Arabischen Frühlings“ wochenlang den zentralen Platz Puerta del Sol in Madrid besetzte, bis ihn Zapateros sozialistische Regierung schließlich räumen ließ.

Weder links noch rechts

Vier Jahre später verwandelte sich diese Wut in eine konkrete politische Alternative namens „Podemos“ – „Wir können“. Die Partei, die sich durch Crowdfunding finanziert, ist gerade ein Jahr jung und erzielte bei der Europawahl im Frühling 2014 ein sehr gutes Ergebnis von 8 Prozent. Nun ist sie bereits die zweitstärkste Kraft des Landes und hat in den Umfragen die Sozialisten überholt, Tendenz steigend. Ein ver-



Der junge Philosophieprofessor Pablo Iglesias lehrt die großen Parteien Spaniens das Fürchten.

(Foto: Gerard Julien/AFP/Getty Images)

heerender Keil treibt in das Zwei-Parteien-System Spaniens.

Im Herbst sind Neuwahlen: Konservative und Sozialisten haben einen gemeinsamen Feind entdeckt, dessen Dämonisierung jedoch nur Wasser auf seine Mühlen gießt. Das Gesicht von Podemos ist der smarte, eloquente, siebenunddreißigjährige Philosophieprofessor Pablo Iglesias, ein Empörer der ersten Stunde, der nun in allen möglichen Fernsehsendungen auftaucht. Ursprünglich wurde er eingeladen, um mit seinem Pferdeschwanz und seinen Sympathien für Hugo Chavez als Schreckgespenst zu agieren, doch der Schuss ging nach hinten los. Er nutzte die Medien mit seiner akribisch einstudierten Rhetorik so gut aus, dass er zum populärsten Politiker des Landes avancierte.

Offiziell möchte sich Podemos weder links noch rechts einordnen lassen, polemisiert mit der selbstreferentiellen politischen „Kaste“, versteht sich als demokratische und bürgerrechtliche Bewegung mit ökologischer Tendenz, doch die Nähe zur Linken ist evident. Nicht nur wegen der Sympathien seiner Führer Pablo Iglesias und Carlos Monedero für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts lateinamerikanischer Prägung (Hugo Chávez, Rafael Correa, Evo Morales), sondern auch wegen der Ablehnung von Privatisierungen bei gleichzeitigem Eintreten für eine soziale Steuerpolitik und für das Pochen auf Grundrechte wie Arbeit, Wohnung und Gesundheit.

Kein neuer Nationalismus

Die internationalistische Ausrichtung von Podemos ist – verglichen mit anderen europäischen, xenophoben Protestparteien – eine gute Kunde. Die griechische Syriza wird gern als Schwesterpartei genannt, doch erscheint Podemos weniger ideologisch, und der Schuldenerlass, nicht der Euroaustritt, steht im Vordergrund. „Die Schulden sind ein Mechanismus der Machtausübung und Ausraubung der Völker des Südens“, sagte Iglesias im Europaparlament. Damit hat diese zunächst als jugendliche Protestbewegung entstandene Partei einen großen Teil der spanischen Bevölkerung hinter sich geschart. Denn die Reform des Artikels 135 der Verfassung – eine von der Troika diktierte Schuldenbremse, die Zapateros Regierung 2011

mit dem konservativen Oppositionsführer Rajoy durchsetzen ließ –, wurde von der Bevölkerung als gravierender Vertrauensbruch wahrgenommen. Der Schulterschluss zwischen Rechten und Linken ohne Volksabstimmung auf Kosten des Volkes hat das ganze politische System, die sogenannte „Kaste“, diskreditiert. Ganz zu schweigen von den Korruptionsskandalen, den aufgedeckten schwarzen Kassen des konservativen „Partido Popular“, dessen Schatzmeister im Gefängnis sitzt und der jetzt Ministerpräsident Rajoy beschuldigt. Skandale, die bis ins Königshaus reichen, wo gerade gegen die Tochter von Juan Carlos wegen Unterschlagung von Steuergeldern ermittelt wird.

Selbst „El Pais“ ist in Verlegenheit

Die Konservativen reiben sich vielleicht zu früh die Hände, wenn sie annehmen, dass Podemos nur den Sozialisten schaden wird. Deren Homo novus, ein ebenfalls sehr junger, gutaussehender Politiker namens Pedro Sánchez, will im Falle eines Wahlsieges seiner Partei den Artikel 135 reformieren. Aber es ist sehr spät für die Sozialisten. Zu spät? Einer der Ideologen von Podemos, Carlos Monedero, spricht von rein kosmetischen Änderungen, die Sozialisten hätten ihren Kredit bei den Spaniern längst verspielt. Entsprechend rabiät reagieren die traditionell linksliberalen Medien, etwa die einst angesehene Zeitung „El Pais“, die ratlos den Neuankömmlingen Populismus und Demagogie vorwirft. So sind im Internet neue seriöse und unbefangene Plattformen entstanden wie „Infolibre.es“ oder „El-diario.es“, denen sich nun die fortschrittlichen Geister zuwenden.

Währenddessen steigt die Gunst von Podemos. Ob ihre politische Unerfahrenheit, ihr Mangel an Expertise oder ein gewisser Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und personalistischer Führung die Bewegung verpuffen lassen wird (wie der Movimento Cinque Stelle in Italien), ist nicht vorherzusagen. Doch solange das „Nichts“ vorherrscht, aus dem die Bewegung entstanden ist – die demokratischen Defizite und die prekäre Wirtschaftslage in Spanien –, ist der Aufstieg von Podemos wohl nicht mehr aufzuhalten. 

Dinge bewegen: die Empörung in politischen Wechsel verwandeln

Manifest der Partei „PODEMOS“, veröffentlicht vor der Europawahl 2014

Wie schon zu anderen Zeiten steckt heute Europa in einer Vertrauenskrise. Während die Mehrheit der Bevölkerung nostalgisch auf die verlorenen Errungenschaften zurückblickt, sind einige wenige Minderheiten nur aufs eigene straflos bereicherte Überleben erpicht. Zu keiner anderen Zeit hat es in Europa mehr Menschen gegeben, die über den Verlust von Rechten unzufriedener waren und gleichzeitig weniger Chancen sahen, ihrer Empörung durch die Wahl einer bestimmten Partei Ausdruck zu verleihen; einer politischen Kraft, die den Nerv trifft und sowohl die vernachlässigten Mehrheiten vertreten als auch eine effiziente und verantwortungsvolle Führung gewährleisten kann. Für viele ist es kaum zu ertragen, dass in der schlimmsten Krise des Systems nach dem Börsencrash von 1929 eben jene Kräfte, die sich für fortschrittlich halten, am schwächsten sind, und die Mehrheiten in unseren Ländern zu einer Art Schwermut verdammen, die schließlich zur Resignation und politischen Depression führt. Doch wir sind durch schwierigere Momente gegangen und konnten die Schwierigkeiten überwinden. Wieso sollte es heute anders sein?

Die Wahl des Europaparlaments findet während einer der tiefsten Vertrauenskrisen der Europäischen Union statt. In unserem Fall stehen wir vor dem größten Verlust an Glaubwürdigkeit des Regierungssystems, das mit der Verfassung von 1978 entstanden ist. Bewegungen wie die des 15. Mai standen mit einem eindeutigen Willen des Volkes in Einklang: keine weiteren Rechte auf dem Altar von Märkten zu opfern, die von Spekulation und räuberischer Gier getrieben sind. Die Ohnmacht oder die Versäumnisse der Regierungen, die willentliche Unfähigkeit der herrschenden Parteien, die Verwandlung von Parlamenten in bürokratische Gebilde ohne politische Durchsetzungskraft und die Ratlosigkeit der Gewerkschaften haben die Bürger ihrem eigenen Schicksal überlassen. Wie in vielen anderen Ländern benutzt man die Verwirrung dazu, um aus privaten öffentlichen Schulden zu machen,

um einzelnen Gruppen Gemeingüter zu übertragen, die über Jahrzehnte lang erwirtschaftet wurden, und um die letzten öffentlichen Ressourcen zur Finanzierung privater Interessen und Unternehmen zu verwenden. Wir stehen vor einem finanzpolitischen Staatsstreich gegen die Völker der südlichen Eurozone. Wer gerade regiert, verkauft unser Land und unsere Zukunft Stück für Stück. Die zunehmende Repression (mit autoritäreren Gesetzen, mehr Bußgelder bei wachsender Verarmung, und sogar die schwieriger werdende Ausübung ziviler und politischer Rechte) fügt sich in ein Panorama ein, in dem die soziale Gleichheit, die Gleichberechtigung sowie die Umwelt immer gefährdeter sind. Kein Wunder, dass Pessimismus und Niedergeschlagenheit sich breitmachen in gewissen Bereichen, die jedoch nur einen Funken Hoffnung bräuchten, um aus der Falle der Aussichtslosigkeit zu entkommen.

Die Gesetze zur „Öffentlichen Sicherheit“ (womit die mit der Bewegung des 15. Mai begonnenen Protestformen zum Verbrechen erklärt wurden), die allgemeine Beschneidung von Frauenrechten und von Demokratie auf lokalpolitischer Ebene, der wachsende Einfluss auf Kommunikationsmedien und Justiz bauen ein Szenario auf, in dem Einschüchterung den Platz der Demokratie eingenommen hat. Phänomene, die den Weg für autoritäre Regimes bereiten, verhüllt in immer mehr sinnentleerten Wahlmechanismen. Ist es nicht sinnvoll, dass 90 Prozent der Bevölkerung, die solche Maßnahmen erleidet, Instrumente entwickelt, um die eigene leuchtende Zukunft zu gestalten?

Nur von den Bürgern kann die Lösung kommen

Unser Schicksal muss jedoch nicht notwendigerweise die Niederlage sein. Trotz der erwähnten Versuche stellen wir fest, dass wir von unten diese demokratische Rückbildung aufhalten können. Wir verlangen eine Politik, die sich an all jene Menschen wendet, denen es reicht, und de-

ren Sprache sie spricht – und noch mehr verlangen wir politische Vertreter, die großzügiger sind, Strukturen, die horizontal und transparent sind, eine Rückkehr zu den republikanischen Werten der gesellschaftlichen Tugend und der sozialen Gerechtigkeit sowie die Anerkennung unserer multinationalen und multikulturellen Realität. Seit Jahrzehnten hatten wir keinen so starken und konkreten Wunsch, eigene Entscheidungen zu treffen und Antworten auf unsere Fragen zu finden. Die Kaste führt uns aus eigenem Profitstreben in den Abgrund. Nur von den Bürgern kann die Lösung kommen, so wie es uns gelungen ist, Familien und Arbeiter durch die Verhinderung von Zwangsräumungen und durch die Gewährleistung öffentlicher Leistungen zu schützen. Es waren kleine, aber bedeutsame Errungenschaften. Die Mobilisierung der Menschen, der zivile Ungehorsam und das Vertrauen in unsere Stärke sind unabdingbar, wir müssen aber auch Schlüssel schmieden für jene Türen, die man uns versperren möchte. Die Institutionen sollen die Stimme und die Forderungen jener sozialen Mehrheit zu hören bekommen, die sich in dieser Europäischen Union und in einem korrupten, nicht reformierbarem Regime nicht mehr wiedererkennt.

Wir müssen jetzt unsere Stärke zeigen

Bei der nächsten Wahl des Europaparlaments ist eine politische Alternative notwendig, die die Welle der massenhaften Empörung auffangen kann, worüber die ganze Welt gestaunt hat. Wir freuen uns über das Vorrücken der linken Kräfte, doch sind wir uns bewusst, dass mehr getan werden muss, um die notwendige Veränderung in Gang zu setzen. Wir müssen jetzt unsere Stärke zeigen und die Chancen, die sich durch den Einsatz von so vielen Menschen eröffnet haben, nicht ungenutzt verstreichen lassen. Wir brauchen eine politische Alternative, die einen Bruch darstellt, mit Führungskräften, die neue Formen des politischen Umgangs beherrschen, eine Alternative, die imstande ist, das regierende Zweiparteien-System von Partido Popular und PSOE wirklich zu bedrohen sowie alle jene, die unsere

Demokratie beschlagnahmt haben. Es geht dabei nicht bloß um eine effiziente Verwaltung des öffentlichen Lebens, sondern auch um eine Involvierung der Mehrheiten bei der Gestaltung der eigenen Zukunft. Eine politische Alternative für die jungen Menschen, die man gerade auffordert, wieder ihr Land zu verlassen, aber auch für die Arbeiter, die Tag um Tag ihre Rechte geschmälert sehen, für die Frauen, die das Selbstverständliche wieder einfordern müssen, für die älteren Menschen, die in ihrem Leben anscheinend nicht genug gekämpft und gearbeitet haben. Eine Alternative, die von den bereits errungenen Räumen aus neue erkämpfe kann, jenseits der aktuellen Paralyse. Eine Alternative, die die Dinge in Bewegung bringt, damit sich der Pessimismus in Optimismus, die Unzufriedenheit in Änderungswillen und demokratische Öffnung verwandeln können.

1. Eine politische Alternative, um die Souveränität des Volkes wiederzuerlangen: Die Bürger müssen entscheiden, und nicht jene egoistische Minderheit, die uns hierhergebracht hat. Zuerst kommen die Bedürfnisse der Menschen. Die Sparpolitik erwürgt unsere Wirtschaft und unser Leben. Man muss den Artikel 135 der spanischen Verfassung abschaffen und einen Zahlungsaufschub durchsetzen, damit von den Bürgern eine Prüfung der Schulden vorgenommen werden kann, die herausstellen soll, welche Anteile nicht legitim sind. Die nicht legitimen Schulden werden nicht gezahlt. Eine alternative Politik ist notwendig, die Finanztransaktionen eine Steuer auferlegt, die Kapitalbewegungen kontrolliert und für die Verstaatlichung privater Banken eintritt. Die unterschiedlichen Regierungen und Behörden, die in unserem Land die Sparmaßnahmen durchgesetzt haben, beweisen, wie nutzlos sie bei der Lösung der Probleme der Menschen gewesen sind. Wir befürworten deswegen eine politische Alternative, die sich jenen Kürzungen widersetzt, die im Namen einer Austeritätspolitik von der Regierung des Partido Popular im Staat, aber auch von der sozialistischen PSOE und anderen Parteien in

- mehreren Autonomen Regionen durchgeführt werden. Wir möchten ein anderes Europa, das gerecht ist, ein Europa der Rechte und der Demokratie, und nicht eines der Ausraubung und Verachtung der Völker.
2. Eine politische Alternative, die angesichts von Regierungen, die nur im Dienste von einem Prozent der Bevölkerung stehen, eine „reale Demokratie“ fordert, die von der Souveränität der Völker und deren Recht ausgeht, die eigene Zukunft frei und solidarisch zu gestalten. Wir haben keine Angst vor der Demokratie und den Demokraten; wir sind erfreut, dass die Katalanen und die Schotten über ihre Zukunft debattieren und entscheiden können, und unterstützen die Volksbefragung, die für den 9. November 2014 in Katalonien ausgerufen wurde.
 3. Eine politische Alternative, die würdige Gehälter und Renten sichert, eine progressive Besteuerung anstrebt, damit jene, die mehr haben, auch mehr zahlen; eine Alternative, die Steuerhinterziehung verfolgt, die sich gegen Kündigungen von Firmen mit hohen Gewinnmargen wehrt und die sich für die Verteilung von Arbeit einsetzt, darin inbegriffen sowohl häusliche Arbeit als auch unbezahlte Pflegedienste. Würdige Arbeitsbedingungen für die jüngere Generation zu fordern ist eine Priorität, sonst ist sie zum ewigen Prökariat oder zur Auswanderung verurteilt.
 4. Eine politische Alternative, die das Recht auf würdiges Wohnen behauptet. Der soziale Wohnungsbau muss gefördert werden, sowie ein soziales und verlässliches Vermietungsmodell. Die Tragödie der Zwangsräumungen kann und muss aufhören, indem man die Räumungen selbst verhindert und eine Tilgung der Schuld durch Übereignung der Wohnung an den Gläubiger beschließt, wie sie die „Plataforma de Afectados por la Hipoteca“ (Plattform für Hypothekengeschädigte) fordert.
 5. Eine politische Alternative, die sich gegen Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen und Gemeingütern wendet, wie Bildung, Gesundheitswesen, Justiz, Transport, Informationswesen, Wohnen und Kultur; diese Privatisierungen sollen rückgängig gemacht und die entsprechenden Verwaltungsorgane demokratisiert werden. Es handelt sich um den Bürgern zustehende Rechte, die unter staatlicher Kontrolle bleiben müssen. Eine politische Alternative, die nach einer verfassungsgebenden Phase für eine radikale Demokratie eintritt, bei der Volksabstimmungen bindend und Volksbegehren wesentlicher Teil einer neuen Gesetzgebung sind.
 6. Eine politische Alternative, die Gewalt gegen Frauen bekämpft und das Recht von Frauen stärkt, selbst über ihren eigenen Körper zu verfügen und über Abtreibungen zu entscheiden. Ebenfalls soll die Freiheit der sexuellen Orientierung verteidigt werden, gegen alle Formen von Diskriminierung und Homophobie. Eine politische Alternative, die für das unveräußerliche Recht eintritt, nach eigener Fassung zu lieben und geliebt zu werden.
 7. Eine politische Alternative, die auf ein neues, der Gesellschaft dienendes Produktionsmodell setzt – durch einen ökologischen Umbau der Wirtschaft über die Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne sowie die Unabhängigkeit im Nahrungsmittelsektor.
 8. Eine politische Alternative, die die Bürgerrechte für alle Männer und Frauen verteidigt und die geltenden, restriktiven Ausländergesetze abschafft. Eine politische Alternative für ein Land, in dem wir alle Mitbürger sind und keiner unsichtbar bleibt oder Opfer wird von Ausbeutung, Verfolgung und Marginalisierung durch die institutionelle Xenophobie.
 9. Eine politische Alternative, die militärische Interventionen ablehnt, den Austritt aus der NATO befürwortet und überzeugt für die Solidarität zwischen den Völkern eintritt.
 10. Eine politische Alternative, die aus einer offenen Bürgerschaft entsteht, die an der Ausarbeitung des Programms und an der Aufstel-

lung der paritätischen Wahlliste teilnimmt. Hier sollen sozial, politisch und kulturell engagierte Bürger stehen, die rotierend Ämter ausüben und deren Einkünfte dem Durchschnittsgehalt entsprechen. Eine Alternative, die sich für Transparenz und Rechenschaftspflicht einsetzt, und deren Finanzmittel nicht von privaten Banken und Lobbies abhängen.

Wir, die Unterzeichner dieses Manifests, sind überzeugt, dass die Zeit reif ist, um einen Schritt nach vorne zu gehen – und dass, wenn wir diesen Schritt gemacht haben, mehr AnhängerInnen folgen werden. Die, die an der Macht sind,

erzählen uns, dass wir nichts weiter tun können, als uns mit dieser Situation abzufinden – allerhöchstens können wir eine der üblichen Farben wählen. Wir denken, dass es Zeit ist, nicht aufzugeben, sondern die Dinge in Bewegung zu setzen und Kräfte zu einen, indem wir der Empörung und dem Änderungswillen Instrumente geben. Auf der Straße wiederholen die Menschen immer wieder: „Ja, das kann man“. Wir, Männer und Frauen, sagen: „Wir können.“

Das Manifest ist im Internet zu finden unter dem Titel „Mover ficha: Convertir la indignación en cambio político“. Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion der GAZETTE. Übersetzung Piero Salabè.



Cadiz, eine „normale“ spanische Stadt im Süden, mit Industrie, Handel und etwas Tourismus – aber es gärt gegen „oben“.

UNITED KINGDOM

Gegen die EU – zum Schutze der Finanzhaie der Londoner City

Dass viele Schotten Schottland von England abtrennen möchten, hat man zur Kenntnis genommen. Aber auch viele Engländer möchten England abtrennen – von der EU. Unterstützt von den USA fürchten sie ein zu starkes Europa, der hier ins Auge gefassten Finanzmarkt-Regulierungen wegen. Die Sicht eines Beobachters aus Brüssel.

Von Harry U. Elhardt

*Oh what a tangled web we weave,
when first we practise to deceive!
(Oh welch verworrenes Geflecht wir weben,
wenn wir in uns'rem Tun nach Täuschung streben.)*

Sir Walter Scott, in Marmion

Es war Andrew Marr von der BBC, der im ersten Interview des neuen Jahres mit dem britischen Premierminister David Cameron die Koalitionsfrage stellte: Wird Cameron, nach der Wahl im Mai, den Führer der anti-europäischen UKIP (UK Independence Party), Nigel Farage, zu seinem Vize-PM machen? Camerons wortreiche Antwort war keine. Die wird man wohl frühestens nach Schluß der Wahllokale am Abend des 7. Mai 2015 bekommen.

Andrew Marrs Logik, die hinter seiner Frage steckte, ist denkbar geradlinig. Camerons Konservative, die inzwischen mehrheitlich den „Brexit“ – kurz: den Exit der Briten aus der EU – fordern, und UKIP, die sich aus eben jenem Grunde 1993 als Partei etablierte, weisen inzwischen die größte Schnittmenge auf. Eine Fortsetzung der Koalition Camerons mit Nick Clegg, dem Chef der Liberalen und EU-Befürworter, verbietet sich geradezu. Marr hat danach gar nicht erst gefragt. Ein Koalitionsangebot an die Labour Party würde die Tories zerreißen. Ist also undenkbar.

In der von Marr angesprochenen Schnittmenge zwischen Tories und UKIP findet sich selbstredend Anti-Europa-Rhetorik, die zunehmend bissiger wird, so wie man sie auch von Cameron

inzwischen auf jedem Brüsseler Gipfel hört. Sie hat an Schärfe gewonnen, indem man in mehr oder minder erkennbarem Schmierentheater gegen die sehr wohl berechtigten Geldforderungen der EU wütet und versucht, die Axt an Grundrechte der EU zu legen. Eines dieser Grundrechte ist die Freizügigkeit. Cameron will sie aushebeln.

Zugang zur „sozialen Hängematte“

Tatsächlich gab er unter frenetischem Applaus und tumultartiger Zustimmung im House of Commons eine diffamierende Attacke gegen Migranten zum Besten und nannte dabei insbesondere Polen, Bulgaren, Rumänien, denen er lediglich „freien Zugang zu der sozialen Hängematte im Vereinigten Königreich“ bescheinigte.

Hier fände sich auch die AfD wieder. Ebenso Marine Le Pen vom Front National in Frankreich oder Geert Wilders von der PVV (Partij voor de Vrijheid) aus den Niederlanden. Seehofers CSU müsste man wohl zu deren geistigen Verwandten rechnen.

Und trotz alledem scheint die Frage nach der Koalition mit UKIP schon etwas von der kühneren Art zu sein, wenn man sich deren recht überschaubare Anzahl von Sitzen in Westminster betrachtet: Es sind grademal zwei. Und alle beide gewonnen von Überläufern aus Camerons Partei bei Nachwahlen.

Allerdings: YouGov, die größte und renommierteste Forschungsgruppe des Landes, sagt UKIP einen Zuwachs auf 25 Sitze voraus. Und

angesichts der rapide dahin schmelzenden Prozente der Clegg-Partei wird Nigel Farage für Cameron mit jedem gewonnenen Sitz attraktiver.

Die EU-Mitgliedschaft neu verhandeln

Brexit? Ein Referendum soll ihn bringen, spätestens 2017. Ein Referendumsgesetz soll die Grundlage sein, vorausgesetzt, die Tories gewinnen am 7. Mai. Parallel dazu will Cameron die britische EU-Mitgliedschaft neu verhandeln. Wenn es dabei keine Verbesserungen gibt, kann es nur den Austritt aus der EU geben, so Cameron. Dafür wolle er mit ganzem Einsatz kämpfen, wie er Andrew Marr versicherte.

Europa ist hier nur Punchingball. Eine Randfigur in einem grotesken Schmierentheater, das nur dazu dient, Cameron an der Macht zu halten?

Man fragt sich schon, warum mit dem Austritt aus der EU gedroht wird. Was ist hier Drohung, was Verheißung?

Für Guy Verhofstadt, den Führer der Liberalen im Europaparlament und ehemals belgischer „Erster Minister“ mit einschlägiger, negativer Kampferfahrung mit Briten, käme der Tag des Exodus der Briten nicht früh genug. Das gilt für die meisten in seiner Partei, die ihre politische Philosophie im Wirtschaftsliberalismus hat und der die Londoner City so gar nicht fremd ist. Auch bei Grünen und Sozialdemokraten, die noch britische Kollegen haben, sitzt der Frust über die nie enden wollenden Tiraden gegen Europa tief.

Die Briten sind in vielen Abkommen nicht dabei

Am tiefsten sitzt er bei den Christdemokraten, von denen sich die Tories aus der gemeinsamen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) dem Ukas ihres Parteichefs David Cameron folgend im Jahre 2009 losgesagt haben. Und das, obwohl die EVP in all den Jahren ihrer Stimmenführerschaft im Europaparlament Grüne, Liberale, Sozialisten mitnahm, um so den Briten eine beispiellose Zahl an „opt-outs“ quasi auf dem Silbertablett zu servieren. Man wollte die Briten bei der Stange halten. Man glaubte an ein gemeinsames Europa – mit ihnen.

Das Resultat heute: In nahezu allen bedeutenden Politikbereichen, wie bei Euro, Arbeitsrecht, Mutterschutz, Schengener Abkommen, europaweit gültigem Haftbefehl, der Arbeitszeitregelung, Banken-Union oder gar den Freiheits- und Grundrechten sind die Briten nicht dabei. Wer sich an Zahlen erfreut, dem sei gesagt, dass es sich um 66 Legislaturbereiche handelt, wobei Einzelmaßnahmen aus Justiz und Strafverfolgung (133 Richtlinien) nicht miteingerechnet sind.

Cameron und den Euroskeptikern ist dies alles nicht genug. Sie wollen am liebsten jede legislative Initiative und jede noch so kleine Richtlinienkompetenz unter die „exklusive Souveränität des Vereinigten Königreichs“ stellen. Und mit Souveränitätsrechten sind vor allen anderen die Rechte des Finanzsektors, das absolute Laissez-Faire der



City of London: Für die Banker ist die EU zu regulierungsfreundlich. Geld machen lässt sich ohne Regulierungen besser...

Londoner City, gemeint. Und um die zu schützen nutzt Cameron in Brüssel und vor den TV-Kameras in Westminster und Whitehall jede „photo op“ (Foto-Termin/Pressekonferenz), um sich zu produzieren, um Europa zu brüskieren. Das alles ist gewollt und gewollt öffentlich.

Antieuropäische Jeremiaden

Wen aber will er damit wirklich beeindrucken oder überzeugen?

Seine antieuropäischen Jeremiaden jedenfalls haben inzwischen nicht nur Guy Verhofstadt oder Dalia Grybauskaitė, Präsidentin von Litauen, wiederholt zu scharfen Reaktionen veranlasst. Selbst die stets unaufgeregte Kanzlerin hat in einer ungewöhnlich eindeutigen Reaktion auf Camerons Attacken gegen die Freizügigkeit dem Britenpremier erstmals die Tür mit der Aufschrift „Exit“ gewiesen.

Das hatte Cameron so offenbar nicht erwartet. Das Medienecho in der gesamten englischsprachigen Welt war so wuchtig und global, dass allein schon die eher stochastisch anmutende Möglichkeit der roten Karte der Kanzlerin für Cameron den US-Präsidenten Barack Obama bewog, Cameron und Merkel daran zu erinnern, dass beide ohne den jeweils anderen weniger an Gewicht hätten. Daraufhin ließ Cameron den ehemaligen Tory Regierungschef, John Major, zur Konrad-Adenauer-Stiftung pilgern. Der aber kam nicht etwa, um die Cameron-Aussage zu Migranten zu relativieren, sondern um recht unverblümt vor einem Verlust des Vereinigten Königreichs („fifty-fifty chance“) zu warnen.

Da war sie also wieder, die Warnung, diesmal gleich doppelt, einmal aus London und vorher aus Washington.

Amerikaner und Briten sind seit hundert Jahren eng beieinander

Spätestens seit 1917 sind Amerikaner und Briten aufs engste miteinander verbündet. Und heute nicht nur militärisch. Seit 2009, exakt im selben Jahr, in dem Cameron seinen Tories befahl, sich von den „Europäern“ im Parlament zu trennen, machten sich unter strengster Geheimhal-



David Cameron politisiert im Interesse der City Banker

tung Amerikaner und Briten daran, die schnellste Internetverbindung der Welt zu bauen und zwar ausschließlich für den Gebrauch amerikanischer und britischer Börsenmakler in den Finanzzentren von Chicago, New York City und London. Die sogenannten high-frequency traders ziehen ihre Vorteile aus einem zeitlichen Vorsprung von Milli-Sekunden, der aber ausreicht, um mit superschnellen Computernetzen zu wetten, zu kaufen und zu verkaufen. Dass man damit Milliardengewinne machen kann, hat der Daily Telegraph berichtet: rund 15 Milliarden Euro im Jahr allein für einzelne Hedgefonds-Zocker in der Londoner City. Der Telegraph hat dabei auch von Geschäften berichtet. Zitat: „So undurchschaubar und so völlig losgelöst von jeglicher Regulierung.“

Nun steht das Phänomen besagter high frequency traders in ihrer exklusiven superschnellen Internetwelt stellvertretend für die Art und Weise, wie Politiker in Whitehall und Washington an einem Strang ziehen, unter der Politmaxime – und gegen Europa: Keine Regulierung der Finanzmärkte!

Auf der anderen Seite steht der Rat

Diametral in Opposition dazu steht der Rat der EU, der mit 26 zu 2 Stimmen – eine Gegenstimme von den Briten, eine andere von den Dänen – exakt jene Regulierung der Finanzmärkte voran treiben will. Und das ist die Politmaxime der Protagonisten der EU: Die Regulierung

der Finanzmärkte gilt als eine wesentliche Voraussetzung für die Vollendung des europäischen Einigungsprozesses und die Schaffung von Souveränität der Europäischen Union. Dabei bilden Deutschland und Frankreich in ihrem gemeinsamen Handeln die Kraft, die Europa seinem Ziel näher bringen kann. Euro und Eurozone, die Banken-Union, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte – wer all dies ablehnt, will kein einiges und souveränes Europa. Doch wer ein einiges und souveränes Europa verhindern will, muss zwangsläufig den Euro zerstören und Frankreich und Deutschland auseinander bringen.

... die Konkurrenz schwächen

Cameron, seine Tories und die UKIP wollen kein einiges und souveränes Europa. Sie verstecken sich offenbar als Bewahrer einer tradierten, britischen Europa-Politik, die durch kluges Dividieren der nationalen Kräfte potenzielle Konkurrenten entscheidend schwächen will, um den Eigennutz zu mehren. Das scheint, wie man im Englischen so schön sagt, hand in glove zu gehen mit der Philosophie des reinen, finanzkapitalistischen Utilitarismus, wie er nun einmal in der Londoner City und an der Wall Street verwurzelt ist. Und dessen Protagonisten verfolgen seit geraumer Zeit das Ziel, Kerneuropa – die Partnerschaft Deutschland-Frankreich und die Eurozone – zu schwächen und um die gemeinsame Währung der Europäer wieder in nationale, spekulative Objekte aufzuspalten. Kurz: Man will den Euro vernichten und ein einiges Europa verhindern.

Support der US-Amerikaner

Angeführt wird dies von Leuten wie Joseph Stiglitz, ehemals Finanzberater von Bill Clinton, sowie den Spekulanten George Soros, Warren Buffett und den Apologeten von der Financial Times, dem Wall Street Journal und Economist. Sie fordern ganz offen den Austritt Deutschlands aus dem Euro. Klar, warum nicht gleich an den Kern? Selbstverständlich streut man auch Gerüchte, wenn die Forderung nach dem Austritt Deutschlands aus dem Euro unerhört verhallt, so wie das Warren Buffett noch Anfang 2014 tat:

Deutschland plane den Austritt aus dem Euro-Raum. Das Angriffsziel ist erkannt, die Absicht ebenso.

In London ist derzeit Zuversicht angesagter – mehr als jemals zuvor. Es scheint, als habe man angesichts der erneuten „Grexit“-Diskussionen (Ausstieg/Ausschluss Griechenlands aus der EU) positive Signale für den „unmittelbar bevorstehenden“ Kollaps des Euro bekommen. Man wähnt sich auf der Siegerstraße.

Boris Johnson, der alle Beliebtheitskalen sprengende Londoner Bürgermeister, profiliert sich schon als glühender Verfechter eines „Lebens nach der EU“; Andrew Green, der ziemlich offen Fremdenhass schürende Rechtspopulist von Migration Watch, wurde gerade erst auf Vorschlag Camerons von der Königin zum Ritter geschlagen; und das Tory-Mitglied im Europaparlament, Daniel Hannan („How the English Speaking Peoples Invented Freedom“) wirbt bei Industrie und Handel in den englischsprachigen Ländern weltweit für die Zeit „danach.“

Um es klar zu sagen: Europa wird sein Ziel der Souveränität und finanziellen Selbstbestimmbarkeit, letzteres ein Grundrecht einer jeden Volksvertretung, nicht erreichen, solange diese Briten in der EU geduldet werden. Camerons Tories und die UKIP führen mit keiner Faser ihrer Politik etwas Gutes im Schilde für ein Europa, das sie ablehnen und verachten. Europa wird von ihnen lediglich als großer und offener Markt akzeptiert, in dem man ungestört seinen Geschäften nachgehen kann.

Vielleicht aber macht der Mai 2015 alles neu. Man sollte David Cameron auch Glück wünschen für die Wahl am 7. Mai – und dass er sein Referendumsversprechen halten kann. Danach heißt es „Daumen drücken“, dass der Briten-Exit gelingt. Sollte das trotz alledem schief gehen, könnte man ja noch die Europäer fragen, ob sie die Briten überhaupt noch wollen. Guy Verhofstadt wäre bestimmt nicht der einzige, der freudig erregt den Briten zurufen würde: „Godspeed – Gute Reise!“ 

GEGENSTIMME

Das Spiel der Kräfte

2008: Finanzkrise. Ist sie definitiv Vergangenheit? Während Banken und Politik – in dieser Reihenfolge – reparieren, verschieben, reparieren, verschieben, stellt sich Nancy Fraser, die bekannte US-amerikanische Politikwissenschaftlerin und Autorin des Buches „Die halbierte Gerechtigkeit“, grundsätzliche Fragen zum System. Keine einfache Lektüre, aber bedenkenswert.

Von Nancy Fraser

Die gegenwärtige Krise ist in vielerlei Hinsicht der Weltwirtschaftskrise von 1930 recht ähnlich. Heute, ebenso wie damals, erleben wir die kompromisslose Forderung, immer neue Märkte zu öffnen und zu „liberalisieren“. Dieses Vorgehen richtet allenthalben Verwüstungen an: Es zerstört die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen, zerreißt Familien und schwächt den sozialen Zusammenhalt. Es zerstört durch die Plünderung des Planeten weltweit Lebensräume. Heute, wie damals, versucht man, mit der Umwelt, der Arbeit und dem Geld wie mit Waren zu handeln und untergräbt damit Wirtschaft und Gesellschaft: Man denke nur an das nicht-regulierte Geschäft mit der Biotechnologie, mit CO²-Zertifikaten oder insbesondere mit derivativen Finanzprodukten. Heute wie damals haben wir eine mehrdimensionale Krise geschaffen, nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem in ökologischer und sozialer Hinsicht.

Bedrohlicher Neoliberalismus

Wie ein Tiger, der seinen eigenen Schwanz jagt, bedroht der Neoliberalismus auch heute wieder die Grundlagen, auf denen der Kapitalismus steht. Die Ergebnisse waren 1930 und sind heute leicht vorherzusagen: ein völlig instabiles Wirtschaftssystem, eine beschädigte Umwelt und eine gesplattene Gesellschaft.

Und doch unterscheidet sich – bei aller strukturellen Ähnlichkeit – die Situation heute von 1930 in einem entscheidenden Aspekt. Die politische Antwort auf die Krise ist heute eine auffallend andere als damals.



Nancy Fraser

(Foto: Welf Schröter)

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ergab sich in den sozialen Auseinandersetzungen eine Art „zweifache Dynamik“, so Karl Polanyi 1944 in seinem aufsehenerregenden Buch *The Great Transformation*. Er stellte fest, dass sich politische Parteien und soziale Bewegungen auf zwei Seiten einer relativ einfachen Trennlinie gegenüberstanden. Auf der einen Seite standen die politische Macht und wirtschaftliche Interessen, die eine Deregulierung der Märkte und eine weitergehende Ökonomisierung wollten; auf der anderen Seite stand eine breite, klassenübergreifende Gegnerschaft, die sich aus dem städtischen Proletariat, Kleinbauern, Sozialisten und Konservativen zusammensetzte, die sich zum „Schutz der Gesell-

schaft“ vor den verheerenden Folgen der Märkte verbündet hatten.

Die solidarische Alternative fehlt

In der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise waren die Befürworter des „sozialen Schutzes“ siegreich. In so denkbar verschiedenen politischen Umgebungen wie dem New Deal in den USA, der stalinistischen Sowjetunion, dem faschistischen Europa und später noch in sozialdemokratischen Demokratien waren sich alle politischen Klassen in zumindest diesem Punkt einig: Wenn man Umwelt, Arbeit und Geld unkontrolliert den Märkten überließ, die sich angeblich „selbstregulierten“, würde man die Gesellschaft zerstören. Eine politische Regulierung war also erforderlich.

Heute haben wir diesen Konsens nicht mehr. Heute sind die politischen Eliten – ausgesprochen oder implizit – neoliberal (immerhin sind Südamerika und China hier noch eine Ausnahme). So gut wie alle haben sich vorrangig dazu verpflichtet, (nicht mehr die Gesellschaft, sondern) Investoren zu schützen, von der Gesellschaft verlangen sie „Austerität“, d.h. Sparprogramme, und den Abbau von Defiziten (und hier sind gestandene Sozialdemokraten keine Ausnahme), trotz aller Bedrohungen dieser Politik für Umwelt und Gesellschaft, ja für die Wirtschaft selbst. Gleichzeitig schafft es die Gegenbewegung nicht, sich um eine solidarische Alternative herum zu sammeln oder zu organisieren; oppositionelle Eruptionen, etwa Occupy oder die spanischen „indignados“, bleiben weithin ohne Inhalt und Programm. Progressive Sozialbewegungen sind zweifellos längerlebig und besser organisiert, sie leiden aber unter weitreichender Zersplitterung und haben sich nicht zu einem gemeinsamen Gegen-Projekt gegen den Neoliberalismus zusammengefunden.

Wer schützt vor dem Neoliberalismus?

Warum sehen wir heute trotz offenbar günstiger Rahmenbedingungen keine Gegenbewegung, keine Gegen-Hegemonie mit dem Ziel, Umwelt und Gesellschaft vor dem Neoliberalismus zu schützen? Warum überlässt unsere politische Klasse den öffentlichen politischen Raum den Zent-

ralbanken? Warum finden wir in der Politik heute kaum noch überzeugte Keynesianer mit dem Willen, sich für eine solidarische Alternative einzusetzen? Warum sehen wir keine Koalition für einen neuen New Deal: Gewerkschaften, Arbeitslose und Prekariat. Feministinnen, Ökologen und Anti-Imperialisten, soziale Demokraten und demokratische Sozialisten? Warum bildet sich keine „Volksfront“ mit der Forderung, dass die Kosten der Ökonomisierung der Welt bezahlt werden müssen, und zwar nicht von der „Gesellschaft“, auch nicht von der Umwelt, die nur noch als Abfallgrube dient, sondern von denjenigen, die mit ihrer unerbittlichen Kapitalvermehrung die Krise verursacht haben?

Vielleicht fehlt es unseren heutigen Politikern an Mut. Roosevelt, 1936, hatte ihn noch. Man höre sich nur einmal an, wie er sich bei seiner Wiederwahlkampagne über seine marktgläubigen Gegner lustig machte (die schriftliche Wiedergabe zeigt natürlich nicht seine Vortragsweise, diesen selbstsicheren Sarkasmus und das sichtbare Vergnügen daran, die Unaufrichtigkeit seiner Gegner bloßzustellen):

Ich möchte Sie warnen, ich möchte die Nation vor all denen warnen, die sich da flink wegducken und behaupten: Ja, ja, wir glauben ja auch an alle diese Sachen, wir glauben an die Sozialversicherung, an die Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose, an den Schutz des eigenen Hauses. Hand aufs Herz, wir glauben echt an all diese Sachen. Aber was wir nicht mögen, das ist die Art und Weise, wie die derzeitige Regierung es macht. Übergebt uns diese Sachen. Wir werden das alles machen, wir werden noch mehr davon machen, wir werden es besser machen, und – jetzt kommt das Beste von allem – wenn wir das machen, kostet es niemanden auch nur einen Dollar.

Der Vergleich mit den heutigen politischen Führungen und ihrer Mutlosigkeit hat also einiges für sich.

Den Zug vor dem Abgrund aufhalten ...

Aber trotzdem sollten wir das größere Bild erklären können, den partei- und richtungsübergreifenden Zusammenbruch des Keynesianismus bei unseren politischen Eliten. Wir stehen einer

Politiker-Schicht gegenüber, die nicht mehr den Willen aufbringt, den rasenden Zug vor dem Abgrund anzuhalten; in dieser Situation dürfen wir uns nicht einfach darauf beschränken, die Psychologie einzelner Führungsfiguren zu analysieren.

Wir greifen deshalb zu einer tiefergehenden Erklärung; sie betrifft den fundamentalen Wandel des Kapitalismus seit 1930. Worum geht es dabei? Es geht um den Übergang von der fordistischen Akkumulation, die noch auf der industriellen Produktionsweise aufbaute, in ein post-fordistisches Regime, das von der Finanzwelt beherrscht ist. Im fordistischen Kapitalismus wie zur Zeit Polanyis stand im Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens die menschliche Arbeit, und die Ausbeutung dieser Arbeit trieb die Vermehrung der Kapitalvermögen an. Die Industriearbeiter hatten da noch Gewicht und Einfluss: Die Konzentration der Unternehmen erleichterte ihre Organisation, und die Streik-Drohung war eine scharfe Waffe. Die organisierte Arbeiterschaft war das Rückgrat der „Volksfront“, sie legte dem Kapitalismus Zügel an und bewahrte die Gesellschaft vor den Schäden durch ein hemmungsloses laissez-faire.

Immer mehr prekär Beschäftigte

Die Situation heute stellt sich grundlegend anders dar. In der heutigen Konstellation vermeidet das Kapital, wann immer möglich, das riskante Geschäft der Industrieproduktion. Es ist für Investoren heute erheblich einfacher, Gewinne durch das Kaufen und Verkaufen von Geld oder neuartigen Finanzprodukten zu finden – sie sind damit weniger abhängig von Arbeitskräften, die ohnehin durch neue Technologien immer bedeutungsloser werden. Mit anderen Worten: Die Arbeiterschaft kann heute nicht mehr dasselbe politische Gewicht wie 1930 haben. Die Industrieproduktion wandert ab in die Peripherie, die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften gehen drastisch zurück, und die Waffe des Streiks hat viel von ihrer Schärfe verloren, wenigstens im globalen Norden. Auch ist heute die Klassenspaltung in Kapital und Arbeit offenbar nicht mehr selbstverständlich, sie ist sozusagen verdunkelt von einer völlig anderen Spaltung: hier die schwinden-

de Zahl der stabil beschäftigten Arbeitnehmer und dort die wachsende Zahl der nur noch prekär Beschäftigten. In einer solchen Situation kann die organisierte Arbeiterschaft nicht mehr für die ganze Gesellschaft sprechen. Manche meinen heute schon, die Gewerkschaften verteidigten nur noch die Privilegien einer Minderheit, die sich der verbliebenen sozialen Sicherheiten erfreut, gegen eine viel größere Zahl von Menschen, die nicht einmal mehr dieses Minimum haben.

Als Zwischenergebnis kann man festhalten: Ein vom Finanzkapital beherrschter Kapitalismus bringt keinen erkennbaren sozialen Akteur hervor, der sich an die Spitze einer gegen-hegemonialen Dynamik setzen könnte (von irgendwelchen „Totengräbern“ des Kapitalismus reden wir lieber erst gar nicht).

Die These einer Verschiebung von der Industrie zur Finanzwirtschaft erfasst jedoch nicht das gesamte Spektrum der politischen Möglichkeiten. Erstens vernachlässigt die These die Chancen der Arbeiterschaft außerhalb des globalen Nordens. Zweitens blickt sie nicht über die „offizielle“ Wirtschaft hinaus auf das viel weitere Feld der Reproduktion, das heute weltweit zum Schauplatz der Opposition gegen den Neoliberalismus geworden ist, deutlich erwiesen durch die weltweiten Auseinandersetzungen um Gesundheits- und Bildungsfragen, um Wohnraum, Wasser, Nahrungssicherheit und Umweltverschmutzung. Drittens beschränkt sich die „Finanzialisierungs“-These einseitig auf Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Klassen als die einzigen oder hauptsächlichen Ursachen politischer Auseinandersetzungen; sie übersieht dabei Status-Kämpfe, die heute in erster Linie die weltweiten Proteste begründen: das Verlangen nach Anerkennung in verschiedenen Formen, seien es die Gleichberechtigung für sexuelle Orientierungen, für Religionen, Sprachen, oder ethnische Zugehörigkeiten und Nationalitäten.

Der nationale Rahmen ist aufgelöst

Wir beobachten aber auch noch einen weiteren strukturellen Unterschied zu 1930: die neue Größenordnung der Krisenerfahrung. Worum geht es hierbei? Es geht um eine Verschiebung

von einem für das 20. Jahrhundert typischen zu einem ganz anderen Szenario im 21. Jahrhundert. In diesem Szenario ist der nationale Rahmen aufgelöst, ohne dass etwas Gleichwertiges an seine Stelle getreten wäre.

Der ehemalige Rahmen des Nationalstaats ist heute alles andere als selbstverständlich. Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs schuf die Führungsmacht USA eine neue Ordnung des Kapitalismus auf der Basis des Bretton-Woods-Systems (1944), das einen deregulierten Welthandel mit einer nationalstaatlichen Regulierung zu harmonisieren versuchte. Wenige Jahrzehnte später stieß das System an seine Grenzen und zerbrach.

Keine Alternative am Horizont

Allmählich hatte sich Europa als Wirtschafts- und Währungsunion neugeschaffen. Da jedoch eine entsprechende politische oder auch nur haushaltspolitische Integration fehlte, verloren die Mitgliedsstaaten ihre bisherige Schutzfunktion, aber ohne dass EU-weite Institutionen diese Aufgabe übernommen hätten. Die Folgen können wir heute beobachten: Griechenland ist zu einem Protektorat geschrumpft; Spanien und Portugal werden praktisch von Brüssel aus regiert; und die Europäische Zentralbank bestimmt heute sogar die Grenzen der Innenpolitik in Deutschland und Frankreich. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Soziale Sicherheit im Rahmen des Nationalstaats ist nicht länger vorstellbar. Der Glaube an dieses Projekt ist verschwunden, es hat seine Glaubwürdigkeit verloren, und am Horizont zeichnet sich noch keinerlei Alternative ab.

Möglicherweise ist die Frage nach der „zweifachen Dynamik“ à la Polanyi überhaupt falsch gestellt. Um hier weiterzukommen, sollte man die sozialen Auseinandersetzungen ins Auge fassen, die nicht in dieses Doppel-Schema passen. Man mache sich dazu einmal die außergewöhnliche Breite emanzipatorischer Bewegungen bewusst, die seit den 1960er Jahren aufgebrochen sind und sich seitdem in der Welt verbreitet haben: Anti-Rassismus, Anti-Imperialismus, Pazifismus, die Neue Linke, der Feminismus der zweiten Generation, die Lesben- und Schwulen-Bewegung, Multikulturalismus und viele andere.

Diese Bewegungen konzentrieren sich fast immer mehr auf Anerkennung als auf Umverteilungsfragen, ihre Kritik richtete sich vor allem gegen die sozialen Schutz-Systeme, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Wohlfahrtsstaaten, aber auch in Entwicklungsländern eingerichtet wurden.

In diesen Bewegungen geriet die ethische Grundlage der angeblichen Schutzmaßnahmen unter Kritik. Damit verlor auch der Begriff „Schutz“ seine Unschuld. Was jetzt verlangt wurde, war kein „Schutz“ mehr, sondern etwas völlig Neues, nämlich Zugang: Ging es bis dahin noch darum, „die Gesellschaft“ zu verteidigen, so wollte man jetzt Vorherrschaften überwinden. Dabei waren diese Emanzipations-Bewegungen keineswegs Parteigänger eines wirtschaftlichen Liberalismus. Sie hatten zwar mit der „Gesellschaft“ nichts mehr im Sinn, wurden damit aber nicht zu wirtschaftsfreundlichen Gruppen. Gegenüber dem Heilsversprechen sich selbst regulierender Märkte blieben sie vielmehr skeptisch, da sie erkannt hatten, dass die umfassende Ökonomisierung bisherige Unterdrückungen nicht etwa vermindert, sondern sie in anderer Form neu belebt hatte. Gegen den Neoliberalismus forderten sie deshalb eine neue Freiheit: nicht als Marktfreiheit, sondern als Freiheit zur Emanzipation.

Emanzipation ist nicht nur befreiend

Wir können dabei aber auch beobachten (anders als noch zu Zeiten Polanyis), dass sozialer Schutz oft eine ambivalente Angelegenheit ist. Einerseits bietet er vielen Gruppen eine gewisse Sicherheit vor den Auflösungs- oder Desintegrations-Wirkungen der deregulierten Märkte, andererseits aber verfestigt er innerhalb dieser Gruppen und zwischen ihnen neue Formen der Beherrschung. Dieselben negativen Effekte finden wir selbstverständlich auch im Marktfundamentalismus. Karl Marx begrüßte es noch, dass der soziale Schutz ebensogut positive Wirkungen hervorbringen kann, insoweit er Unterdrückungen auflöst, zum Beispiel wenn innerhalb einer Planwirtschaft ein freier Markt für Konsumgüter eingeführt wird oder wenn ein Arbeitsmarkt geöffnet wird für alle diejenigen, die bis dahin gegen ihren Willen von ihm ausgeschlossen waren. Ja, selbst „Emanzipa-

tion“ ist kein völlig eindeutiger Begriff, da Emanzipation ja nicht nur befreiende Wirkungen hat, sondern damit auch das Geflecht bestehender Solidar-Beziehungen strapaziert. Noch indem sie die Unterdrückung überwindet, löst sie auf Tradition und Ethik beruhende soziale Schutzmechanismen tendenziell auf und öffnet damit der Ökonomisierung Tür und Tor.

Anders als noch Polanyi meinen wir, dass der Konflikt zwischen Ökonomisierung und sozialem Schutz nicht ohne die Emanzipation richtig verstanden werden kann. Ebenso allerdings sind daraus folgende Konflikte zwischen Emanzipation und sozialem Schutz ohne die Wirkungen des Neoliberalismus nicht zu verstehen.

Wir haben erlebt, dass Emanzipationsbewegungen repressive Schutzmechanismen der Zeit nach 1945 angegriffen haben. Diese Befreiungen waren jedoch in sich ambivalent: Sie konnten theoretisch sowohl der Ökonomisierung als auch dem sozialen Schutz die Hand reichen. Im ersten Fall, Seite an Seite mit der Ökonomisierung, schaffte die Emanzipation nicht nur Unterdrückungsstrukturen, sondern auch den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft. Im andern Fall, an der Seite des sozialen Schutzes, hat Emanzipation die ethische Substanz der Solidarität zwar nicht untergraben, aber ihr eine andere Grundlage und Form gegeben.

Immer mehr Ökonomisierungstendenzen

Man kann feststellen, dass alle diese Bewegungen sowohl protektionistische als auch ökonomistische Tendenzen in sich trugen. Die neoliberale Strömung tendierte zwar eher zur Ökonomisierung, während sozialistische und sozialdemokratische Strömungen sich eher für den sozialen Schutz engagierten. Es lässt sich aber auch bei der Emanzipation argumentieren, sie übernehme in den letzten Jahren immer deutlichere Ökonomisierungstendenzen. Der Kampf um Emanzipation, ohne Erfahrung mit den Kräften deregulierter Märkte, ist heute eine liaison dangereuse mit dem Neoliberalismus eingegangen: Indem sie sich „flexibel“ gibt, prinzipiell Unterschiede anerkennt und eine „Kreativität von unten“ pflegt, liefert sie der Ökonomisierung eine moderne, eine charis-

matische neue Rechtfertigung. Im Ergebnis steht heute die Emanzipation mit ihrer Kritik der sozialen Sicherheit vollständig auf der Seite des Neoliberalismus.

Die neoliberale Truppe ist hochmotiviert

Was wir hier vor uns sehen, ist das Spiel der politischen Kräfte im 21. Jahrhundert. In der heutigen Schlachtordnung haben wir eine hoch motivierte neoliberale Truppe, die sich etwas vom Charisma der Emanzipationsbewegung ausleiht. Dieser neue Neoliberalismus tritt selbst im Gewand des „Rebellen“ auf, er beherrscht die unbotmäßige Sprache der Emanzipation und löst im Namen der Freiheit soziale Sicherungen in Luft auf. Gleichzeitig kämpft eine mutlos gewordene Protektionismus-Truppe gegen den Ruf der Unterdrückung, den ihr die Emanzipation angehängt hat. Sie ist demoralisiert, ohne Überzeugungskraft und argumentiert nur noch defensiv; sie entwickelt keine attraktive Gegen-Hegemonie, die eine Opposition gegen den Neoliberalismus anfeuern würde. Die Emanzipations-Truppe schließlich schwankt zwischen der unkritischen Begeisterung für einen konsumistischen Individualismus nach dem Motto „Jeder ist seines eignen Glückes Schmied“ und der Forderung nach Chancengleichheit auf einem neoliberalen Arbeitsmarkt. Sie hat keinen Blick mehr für die Milliarden Menschen auf diesem Planeten, die wissen, dass es etwas noch Schlechteres gibt als ausgebeutet zu werden, nämlich gar nicht erst wert zu sein, ausgebeutet zu werden. 

*Der Text ist eine gekürzte Wiedergabe des Artikels von Nancy Fraser, *A triple Movement?*, der in der *New Left Review* 81, Mai/Juni 2013 erschienen ist. Übersetzung Philip Reuter.*

HISTORIOGRAPHIE

FERRO ET IGNE

Mit Feuer und Schwert

Bis in die 1960er Jahre war das Bild des am 1. April vor 200 Jahren geborenen Reichsgründers Otto von Bismarck in der Historikerzunft wie in der Öffentlichkeit geprägt von Verherrlichung und Heroisierung. Dass ein mutiger Historiker schon seit 1906 in kritischen Vorlesungen auch auf Bismarcks „Gewalt- und Machtpolitik“ hinwies, blieb fast völlig unbekannt.

Von Rudolf Walther

Der Bremer Donat-Verlag kümmert sich mit seiner Schriftenreihe „Geschichte und Frieden“ um das verschollene und verdrängte Erbe der demokratischen und pazifistischen Literatur in der deutschen Geschichte. In dieser Reihe erschienen jetzt die Vorlesungen des zu Unrecht vergessenen Historikers Max Lehmann (1845-1929).

Um diese Vorlesungen angemessen würdigen zu können, muss man zunächst die Biografie Lehmanns betrachten. Er wurde am 19.5.1845 als Sohn eines Geschichtslehrers geboren und studierte zunächst bei den moderat-konservativen Professoren Leopold von Ranke und Gustav Droysen in Berlin, danach in Bonn. Nach der Promotion wurde Lehmann Gymnasiallehrer. Heinrich von Sybel, ein Bismarck-Vertrauter, Hof-Historiker und Direktor des preußischen Staatsarchivs, holte Lehmann ans Staatsarchiv und in die Redaktion der „Historischen Zeitschrift“. Als vorbildlich galten Lehmanns Biografie (1886/87) des Generals und Militärreformers Gerhard Johann Scharnhorst (1755-1813) sowie die dreibändige Biografie (1902/05) des preußischen Reformers und Staatsmanns Freiherr vom und zum Stein (1757-1831). 1888 erhielt Lehmann einen Lehrstuhl in Marburg, danach in Leipzig, und von 1893 bis 1921 lehrte er in Göttingen.

Dank seiner wissenschaftlichen Reputation blieb er unbehelligt in seiner Lehrtätigkeit, obwohl er in der konservativen bis reaktionären Historikerzunft des Kaiserreichs eine Ausnahmeerscheinung blieb und sich von den „Schriften der großpreußischen Romanfabrikanten“ entschieden



Otto von Bismarck (1815-1898). Preußischer Ministerpräsident (1862), Kanzler des Norddeutschen Bundes (1867), Reichskanzler (1871-1890).

abgrenzte, wie der sozialdemokratische Historiker und Publizist Franz Mehring 1912 in einer Rezension hervorhob. Lehmann bekannte sich schon vor 1914 zur Devise, „dass Politik und Historie keinen gefährlicheren Feind haben als den Chauvinismus“.

Veröffentlichung erst aus dem Nachlass

Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs radikalisierte sich Lehmanns politische Position.

Dem konformistisch-chauvinistischen Professorenaufruf „An die Kulturwelt“ vom Oktober 1914 verweigerte er sich demonstrativ und unterzeichnete dafür drei Jahre später ein Manifest gegen die deutsch-nationalen Annexions- und Kriegsziele. Nach dem Krieg näherte er sich pazifistischen Organisationen an. Am 8.10.1929 starb Lehmann. Seine Tochter Gertrud Lehmann publizierte die Bismarck-Vorlesungen aus dem Nachlass ihres Vaters erst 1948. Noch 1953 zählte der deutsche Historiker Wilhelm Schüssler die Schrift des Außenseiters Lehmann zu den „bloßen Kampf- und Schmähchriften“. Wie ungerechtfertigt dieses Ur-



Karikatur im „Punch“ von Sir John Tenniel zur Entlassung Bismarcks im Jahr 1890: Der Lotse geht von Bord.

teil ist, erkennt man, wenn man das nun wieder zugängliche Buch ohne antidemokratische Resentiments liest.

Das Bild Bismarcks, wie es von der deutschen Geschichtswissenschaft gezeichnet wurde, wechselte natürlich mit den Zeitläufen. Aber vom Kaiserreich, über die Novemberrevolution von 1918, die Weimarer Republik und die Nazi-Zeit hinaus blieben einige Grundzüge des Bismarck-Mythos bis nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten. Die wichtigsten Züge dieser Überhöhungen waren die Dämonisierung und Heroisierung des Reichgründers. Professorale Schrullen in der Preislage der „Dämonie des Machtwillens“ und der Mystifizierung des „staatsmännischen Willens“ finden sich bereits in der Bismarck-Apologie im Kaiserreich, aber auch noch beim konservativen Histori-

ker Gerhard Ritter (1888-1967) nach dem Zweiten Weltkrieg.

Von solcher Bismarck-Verklärung distanzierte sich Lehmann in seinen Vorlesungen, die er seit der Jahrhundertwende hielt. Die Buchausgabe von 1948 trägt den Untertitel „Eine Charakteristik“. Das trifft den Kern, denn Lehmann schreibt noch ganz in der Tradition der politisch-biografisch und diplomatisch orientierten Geschichtsschreibung, in der soziale, wirtschaftliche Aspekte noch keine Rolle spielen. Aber Lehmann begnügt sich nicht mit der Beschreibung der politisch-diplomatischen Entscheidungen und Ereignisse, sondern überprüft die Motive und Ziele der handelnden Politiker anhand einer sorgfältigen Analyse ihrer Sprache.

Die Sprache verrät das Denken

Bismarcks Sprache wurde geprägt von seiner Vorliebe zur Jagd („den Gegner schussrecht kommen lassen“) und dem schlichten Leben des Landjunkers, der mehr als die Städte nur den urbanen und aufgeklärten Liberalismus regelrecht hasste. So sprach er mit Verachtung von der Arbeit der Beamten, „deren Gesetzexkremente ... der natürlichste Dreck der Welt“ seien.

Lehmann lässt sich nicht beeindruckt von den euphemistischen Beschreibungen von Bismarcks „Realpolitik“. Er charakterisiert deren Kern als „Gewaltpolitik“, die sich nicht um Recht und Unrecht kümmere: „Macht geht vor Recht“. Schon als Gesandter Preußens beim Bundestag in Frankfurt sah Bismarck in der Mitgliedschaft Preußens im „Deutschen Bund“ ein „Gebrechen, das wir später oder früher – ferro et igne – werden heilen müssen.“ Als Preußischer Ministerpräsident wiederholte er 1862 den Satz und drohte den Abgeordneten im Haushaltsausschuss des Parlaments, „die großen Fragen der Zeit“ würden „nicht mit Reden und Majoritätsbeschlüssen“ entschieden, „sondern durch Blut und Eisen.“ Anders als die Bismarck-Orthodoxie beschönigt Lehmann diese Ausdruckweise nicht als Redensarten, sondern sieht sie als ein Zeichen der „abgrundtiefen Kluft“ zwischen Rechtsstaat und Liberalismus auf der einen, „Chauvinismus, Annexionsgier, Eroberungslust“ auf der anderen Seite.

Es war militärisches Kalkül

Lehmann war seiner Zeit weit voraus mit der Einsicht, dass die „Einigungspolitik“ nicht auf einem genialen Masterplan des Titanen Bismarck beruhte, sondern auf dem schlichten militärischen Kalkül, mit dem er Österreich in Zusammenarbeit mit Frankreich zuerst aus Deutschland hinausdrängte und dann nacheinander den „Bruderstaat“ (Österreich) und den zeitweiligen „Bündnispartner“ (Frankreich) militärisch besiegte und so die Hegemonie Preußens zunächst im Norddeutschen Bund und nach 1871 im Deutschen Reich herstellte und durch die Verfassungen absicherte. Anders als den meisten deutschen Historikern bis zum Zweiten Weltkrieg entging Lehmann nicht, dass Bismarcks Verfassungen für den Norddeutschen Bund und für das Deutsche Reich zwar auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhten, aber verglichen mit der Paulskirchenverfassung von 1848 einen demokratisch-rechtsstaatlichen Rückschritt markierten: Im vergrößerten Preußen, das fast zwei Drittel des Gesamtstaates umfasste,

blieb das Dreiklassenwahlrecht bis 1918 in Kraft, und die Verfassungen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches enthielten keinen Grundrechtskatalog.

Gegen die orthodoxe Lehrmeinung, wonach die militärische Reichseinigung „etwas unbedingt Notwendiges“ gewesen sei, betont Lehmanns Darstellung, dass es immer „Raum auch für andere Möglichkeiten“ gegeben habe und, dass es das zweifelhafte Verdienst Bismarcks war, den preußisch-deutschen Militarismus zum staatsbildenden Faktor Nummer eins gemacht zu haben – durchaus zum Nachteil Deutschlands und Gesamteuropas. Denn das zur Großmacht aufgestiegene Preußen-Deutschland blieb eine „nervöse Großmacht“ (Volker Ullrich) und war als solche maßgeblich, wenn auch nicht allein, verantwortlich, dass Europa in den Ersten Weltkrieg stürzte. – Es ist ein großes Verdienst und ein Beitrag zur politischen Kultur, dass der Donat Verlag Lehmanns Bismarck-Vorlesungen mit nützlichen Erläuterungen von Gerd Fesser und Helmut Donat wieder zugänglich gemacht hat. 

Anzeige

»Suspended city« by Falk v. Schönfels

www.fluctibus.com



Get the strictly limited fluctibook with 144 wicked pages simulating content of photography, illustration, german poetry and other strange things you might like! Grab your copy now! Available for only 29,80 Euro
Order here: order@fluctibus.com | +49(0)89/548 029 72 | www.fluctibus.com

Zu Freundschaft und Demokratie

Aristoteles, geboren im Jahr 384 und gestorben 322 vor unserer Zeitrechnung, der vielleicht bedeutendste Philosoph der Antike, hat sich zum Zusammenleben der Menschen in einer – staatlichen – Gemeinschaft viele Gedanken gemacht. Haben seine Einsichten und Erkenntnisse auch für die heutige Welt noch eine Bedeutung?

Von Dominic Hoffacker

Politik und Freundschaft haben auf den ersten Blick nicht viel miteinander gemeinsam. Zu unterschiedlich erscheinen uns diese beiden Sphären, als dass wir eine Beziehung zwischen ihnen ohne Weiteres anerkennen würden. In unserer modernen Gesellschaft finden sich Freundschaft im privaten und Politik im öffentlichen Raum. Überschneidungen ausgeschlossen.

Dass das nicht immer so gewesen ist, verrät uns ein Blick auf die Antike, genauer gesagt auf die Ausführungen des Aristoteles, in welchen dem Begriff Freundschaft (*philia*) eine weitaus größere Bedeutung zukommt, als wir sie ihm heute zugestehen. Neben einer Ausweitung auf alle denkbaren Gemeinschaften, wie beispielsweise die von Eltern zu ihren Kindern oder auch die zwischen Reisegefährten, kommt der aristotelischen Freundschaft noch eine weitere Bedeutung zu, die sich nur schwerlich mit unserer gegenwärtigen Auslegung in Zusammenhang bringen lässt. Es handelt sich hierbei um die Freundschaft zwischen den Bürgern einer Stadt, also einer Freundschaft im politischen Sinn, welcher dem heutigen Begriff völlig abhanden gekommen ist.

Aristoteles charakterisiert den Menschen als ein Wesen, das sich nur in der Gemeinschaft seiner wahren Natur gemäß entfalten kann, und zeigt auf, inwiefern man diesen Umstand berücksichtigen muss, wenn es darum geht, eine Theorie der unterschiedlichen Staatsverfassungen zu entwickeln. Schon in der *Nikomachischen Ethik* wird eine erste Staatsformenlehre auf Grundlage der Freundschaft herausgearbeitet, allerdings wird diese in Aristoteles' Politik, unter Berücksichtigung bis dato außer Acht gelassener und doch funda-

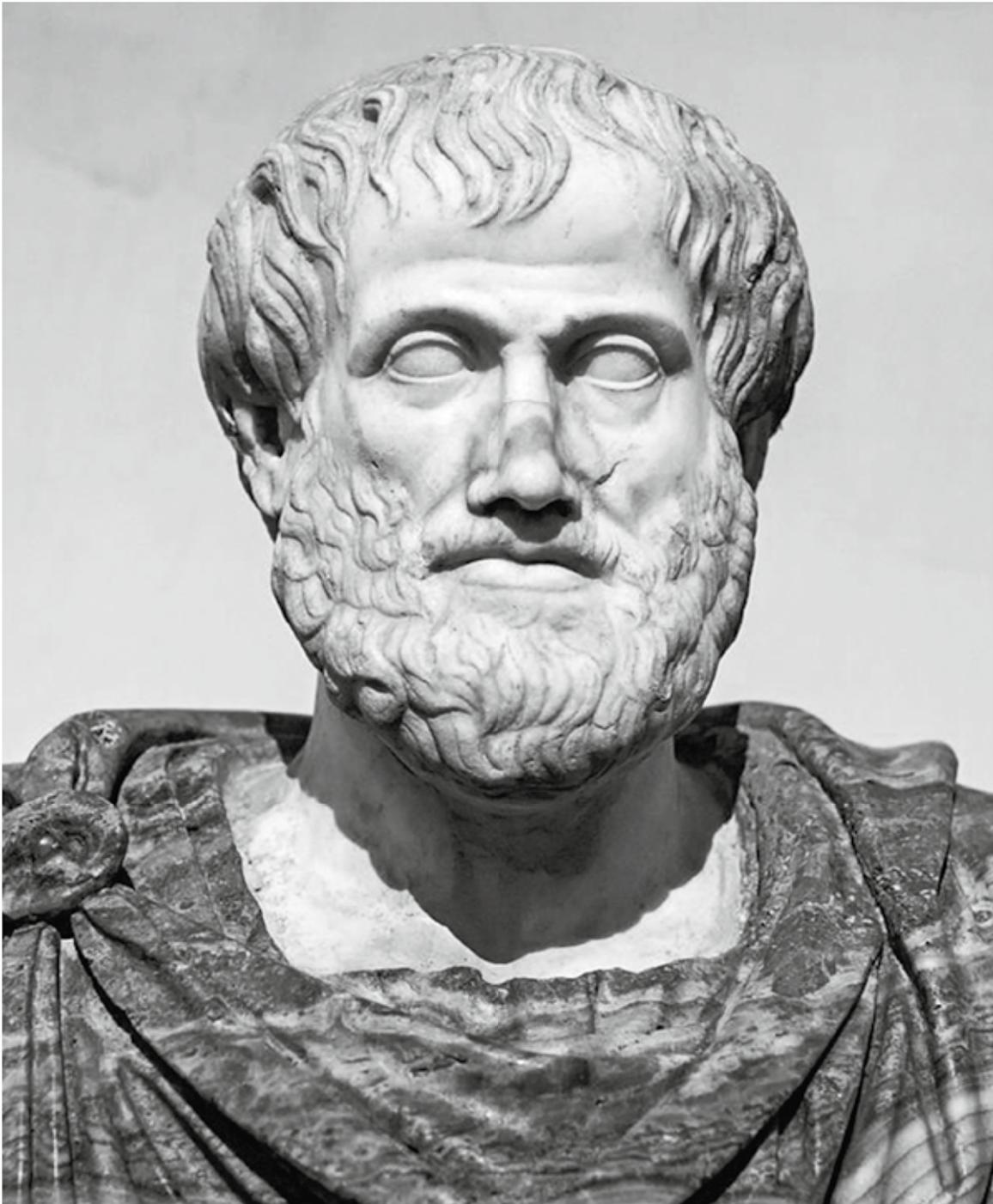
mental wichtiger Aspekte, weitaus differenzierter geschildert und universell anwendbar gemacht. Seine Betrachtungen bringen als bestmögliche aller Staatsformen die der ‚richtigen Mitte‘ hervor, welche unserer heutigen Demokratie nicht unähnlich, aber doch in vielen Bereichen überlegen ist.

Über die Freundschaft

Zu Beginn seiner Abhandlungen in der *Nikomachischen Ethik* stellt Aristoteles die Behauptung auf, dass Freundschaft für das Leben in der Gemeinschaft zwingend notwendig ist. Er betrachtet sie als das höchste aller Güter, da ohne Freunde niemand leben möchte, auch wenn er die übrigen Güter alle zusammen besäße, und unterstreicht ihre Bedeutung sowohl für alle Altersgruppen als auch für alle sozialen Schichten.

Als Grund für Freundschaft führt er das Liebenswerte beziehungsweise das Erstrebenswerte an. Was nun geliebt oder erstrebt wird, teilt er in das Gute, das Angenehme (die Lust) und das Nützliche ein. Hieraus ergeben sich auch die drei verschiedenen Arten der Freundschaft, welche sich an Wertigkeit und Art der zwischenmenschlichen Beziehung stark voneinander unterscheiden.

Verbindungen, die des Nutzens wegen oder auf Grund von Lustgewinn existieren (Nutz- und Lustfreundschaft), bezeichnet der Philosoph als Freundschaften im akzidentellen Sinn. Hier wird der Freund nicht für sein eigentliches Wesen geschätzt, sondern deshalb, weil man sich irgendeinen Nutzen für sich erhofft oder den Anderen schlicht als angenehm empfindet. Die Freunde



Einige seiner Gedanken sind überraschend aktuell: Aristoteles, Kopie nach einer Skulptur des Bildhauers Lysippos.

sind austauschbar und entsprechende Freundschaften folglich durch ihre Natur zu einer mehr oder weniger kurzen Lebensdauer bestimmt.

Die einzig wirkliche Freundschaft ist erst diejenige, in der der Eine dem Anderen um seiner selbst willen Gutes wünscht, was Lust und Nutzen jedoch keinesfalls ausschließt. Diese sind hier

nur nicht das fundamentale Element. Quelle dieser Freundschaft ist für Aristoteles die Selbstliebe, womit nicht etwa Selbstherrlichkeit oder Narzissmus gemeint ist, sondern vielmehr die Entwicklung und der Aufbau einer sittlichen Persönlichkeit. Liebt ein Mensch sich selbst, wird sich diese Liebe im besten Fall schließlich

auch und im selben Maße auf andere Menschen richten.

Das Resultat solcher Verbindung ist eine Freundschaft, bei welcher der Eine dem Anderen in gleicher Weise das Gute wünscht, denn dies allein ist es, worauf sich ihre Freundschaft gründet, und zwar nicht akzidentell, sondern um des Guten selbst willen. Ganz ähnlich den inferioren Freundschaftsformen bleibt auch sie so lange bestehen, wie der Grund ihrer Entstehung gegeben ist. Da das Gute allerdings, im Gegensatz zu Nutzen oder Lust, ein Wert ist, der andauert, hält sie ungleich länger als die vorher genannten.

Die Verbindung von Freundschaft und Politik

Sämtliche Gemeinschaftsformen entsprechen in Sonderteilen der großen Polisgemeinschaft. Der Staat wird also durch eine Vielzahl kleiner Einheiten gebildet, welche sich zu ihm in etwa so verhalten, wie kleine Puzzlestücke es zu dem fertigen Puzzle tun. Die kleinste Gemeinschaft besteht aus zwei Freunden, während andere die Familie, Gemeinden, oder ähnliches umfassen.

Der Antriebsmotor, sowohl für das Individuum als auch für die Gemeinschaft, ist das Streben nach Glück. Für Aristoteles ist das Glück der Gemeinschaft wertvoller als das des Einzelnen, da es zwar schon bei einem einzigen Menschen erfreulich, aber bei ganzen Völkern und Staaten noch viel wünschenswerter ist. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, für den Einzelnen das Glück der Gemeinschaft im moralisch-politischen Leben zu verwirklichen.

Die Staatsverfassung der richtigen Mitte

Aristoteles zeigt auf, dass der theoretisch perfekte Staat niemals allgemein gültig am Reißbrett entworfen werden kann, und befasst sich daher mit dem Bestmöglichen in Anbetracht aller vorstellbaren Einflüsse, was es uns auch heute noch ermöglicht, seine Theorie auf die Gegenwart zu übertragen. Schon zu seiner Zeit waren Oligarchien, also Staaten, die von einer verhältnismäßig kleinen, selbstsüchtigen Oberschicht regiert werden, und Demokratien die vorherrschenden

Staatsformen, und es war ihm daran gelegen, aus diesen das für die Mehrheit der Menschen Beste herauszuholen.

Die Frage nach der Verfassung und dem Leben, welche am besten für die meisten Staaten und die meisten Menschen passen, rückt also in den Fokus. Es muss die Tatsache Berücksichtigung finden, dass man an Tugenden nicht mehr verlangen darf, als Durchschnittsmenschen leisten können, an Geistesbildung nicht mehr, als ohne besondere Gunst der Natur und der Umstände erreichbar ist. Idealisierte Wunschvorstellungen von Mensch und Staat müssen also dem Leben, das den meisten Menschen möglich, und den Verfassungen, die den meisten Staaten zugänglich sind, weichen. Die folglich einzig mögliche beste Verfassung ist die der richtigen Mitte, für die Aristoteles die Bezeichnung ‚Politie‘ gebraucht.

Der beste aller möglichen Staaten

Ein Staat besteht immer aus drei Teilen, den Armen, den Reichen und den Mittleren. Für den Philosophen ist anerkanntermaßen das Maß und die Mitte am besten, und so folgert er, dass es sich auch in Bezug auf die Besitztümer so verhalten muss, da die Menschen in solchen Verhältnissen am ehesten der Vernunft gehorchen. Sie sind weder übermütig und schlecht im Großen, noch bössartig und schlecht im Kleinen. Die Schlussfolgerung hieraus ist nun, dass der Staat möglichst aus Gleichen und Ebenbürtigen bestehen soll, was bei den Mittleren am meisten der Fall ist. Dem Mittelstand kommt also eine entscheidende Bedeutung zu. Menschen in diesen Verhältnissen besitzen genug, um den Reichen nicht zu neiden, und zu wenig, um die Armen neidisch zu machen.

In diesem für jeden Fall gültigen, bestmöglichen Staat wird nicht mehr auf Namen oder äußere Form der Regierungsbildung geschaut, sondern darauf, welchen Einfluss der Mittelstand auf ihn ausübt. Ist dieser so stark, dass eine eigentliche Kluft zwischen Arm und Reich nicht besteht, befinden wir uns im uneingeschränkt besten Zustand. Wilhelm Oncken charakterisiert die hier bestehende Politie als einen verfassungsmäßigen Rechtsstaat, in dem Gleichheit der Rechte und Pflichten statt-

findet und Umsturz und Umwälzung nicht zu befürchten sind, weil diese ihre Wurzel in einer empfindlichen Ungleichheit haben. Es herrscht Frieden, weil ein Unfrieden zum Zwecke der Neuerung schlicht nicht gewünscht wird. Ein solcher Staat kennt weder Korruption noch andere Hinterhältigkeiten dieser Art, da gleichwertige Bürger für Ihr gemeinsames Wohl regieren. Der angestrebte Mittelstand darf allerdings auch nicht als Kommunismus missinterpretiert werden. Durch unterschiedlichen Besitz sind die Menschen finanziell gesehen noch immer verschieden, bloß nicht in einer Weise, die Neid oder Verachtung anders situierten Mitbürgern gegenüber entstehen lässt.

Auch im zweitbesten Staat zählt der Mittelstand

Gemessen an der Wichtigkeit des Mittelstandes gibt es noch zwei weitere mögliche Beschaffenheiten des Staates. Im zweitbesten Zustand ist die Mittelschicht in ihrer Größe und ihrem Einfluss mindestens einer der beiden extremen Parteien überlegen und kann bei eventuell aufkeimenden Konflikten den Ausschlag geben. Hier wird eine Umwälzung durch die überlegene Partei vorangetrieben, allerdings kann der Mittelstand als Vermittler fungieren und so die gänzliche Unterwerfung der unterlegenen Fraktion verhindern. Je nachdem ob nun die Reichen einen Verfassungswechsel forcieren oder die Armen, wird entweder eine gemäßigte Oligarchie der großen und mittleren oder eine gemäßigte Demokratie der mittleren und kleinen Besitzer, nie aber eine extreme Verfassungsart eintreten.

In der dritten und schlechtesten der möglichen Gestaltungen kommt dem Mittelstand wenig bis gar keine Bedeutung mehr zu, so dass Arme und Reiche sich wie zwei verfeindete Lager gegenüberstehen. Durch seinen unzureichenden Umfang bleibt er politisch gänzlich unbedeutend und lässt den Staat unausweichlich Schauplatz eines Kampfes der beiden im Gegensatz zueinander stehenden Parteien werden. Dieser Zustand wird als unberechenbar wie der Wellenschlag des Meeres beschrieben, an dessen Ende die tödliche Erschöpfung beider steht. Ihr Erbe, so Aristoteles, tritt unweigerlich die Tyrannis an.

Demokratie in der Gegenwart

Es stellt sich nun die Frage, inwiefern Texte, die vor über 2000 Jahren geschrieben wurden, heute noch Relevanz besitzen. Ein Blick auf unser Regierungssystem und einige seiner offensichtlichen Makel wird die ungebrochene Aktualität des aristotelischen Gedankenguts verdeutlichen.

Laut Umfragen verliert die Demokratie immer mehr an Zustimmung. Schuld daran ist nicht etwa ein generelles Misstrauen in den wahren Souverän der Demokratie, den Bürger selbst, sondern vielmehr dessen Desillusionierung in Verbund mit Enttäuschung dem subsidiären Souverän, dem professionellen Politiker und seinen Institutionen gegenüber.

Wie schon Otfried Höffe in seinem 2009 erschienenen Buch *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* treffend bemerkte, sind es nicht die Grundbedingungen der Demokratie, über die sich immer mehr Menschen beklagen, denn weder über regelmäßige Wahlen und öffentliche Debatten noch über Recht und Menschenrechte und auch nicht über Marktwirtschaft lässt sich, dem öffentlichen Bewusstsein nach zu urteilen, ernsthaft streiten. Es geht eher um die Tatsache, dass die Politik mehr und mehr in eine eigene, vom Volk abgehobene Sphäre ausgewandert ist. Statt Bürgern herrschen Berufspolitiker, die von Parteiführungen organisiert und von Bürokratien abgeschirmt Gesetzmäßigkeiten folgen, denen man ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die nur dem Gewissen verantwortete Vertretung des Volkes, wenig ansieht. Diese fortschreitende Entfremdung des Volkes von seiner Regierung ist für die Demokratie nicht ungefährlich, da es zusehends mehr Bürger gibt, die sich nicht adäquat vertreten fühlen.

Als Antriebsfedern für heutige Gesellschaften werden in der Regel die Wirtschaft und das Gemeinwesen, im Westen also die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie, genannt. Der allgemeinen Wahrnehmung in Deutschland und in vielen anderen Industriestaaten zufolge lässt sich in der jüngeren Vergangenheit eine schleichende Tendenz zur Überbetonung der Wirtschaft feststellen. Diese voranschreitende ‚Ökonomisierung‘ (Höffe) lässt sich eins zu eins auf das von Aristoteles beschriebene Modell der zweitbesten

Staatsform übertragen. Da hier eine Übermacht der Armen ausgeschlossen werden kann, befinden wir uns folglich auf dem Weg in eine gemäßigte Oligarchie, sofern wir nicht sogar schon dort angekommen sind. Wenn die Reichen dem Mittelstand und den Armen auch nicht unbedingt zahlenmäßig überlegen sind, so sind sie es doch zumindest gemessen an dem Einfluss, den sie auf die Politik ausüben können.

Zu viel Einfluss der Reichen

Wirtschaftlich mächtige Interessengruppen haben einen ungleich höheren Stellenwert als deren soziale Gegenstücke, wenn es darum geht, die Konkurrenzfähigkeit eines Landes international zu festigen. Dies erscheint als nicht sonderlich verwunderlich, leben wir doch in einer global vernetzten Welt, in der schon immer ein ausgeprägter Konkurrenzgedanke vorherrschend war.

Nun ist eine starke Wirtschaft nicht gleichzusetzen mit der Zufriedenheit der Bürger in einem Staat. Vor allem dann nicht, wenn die Prozesse, die zu politischen Entscheidungen führen, nur schwer verständlich sind. Laut einem Bericht der Initiative LobbyControl arbeiten rund 5000 Lobbyisten in Berlin, deren Aufgabe die gezielte Einflussnahme auf politische Entscheidungen ist. Im Grunde ist daran nichts Verwerfliches zu finden, sind doch Meinungs- und Koalitionsfreiheit zentrale demokratische Grundrechte. In seiner heutigen Ausprägung bringt der Lobbyismus jedoch die Demokratie in Gefahr.

Das Übergewicht an finanziellen und persönlichen Ressourcen ist vor allem auf Seite großer Wirtschaftsunternehmen zu finden. Daher haben finanzstarke Interessengruppen ihren schwächeren Pendanten gegenüber einen unglaublichen Vorteil bei der politischen Einflussnahme. Und da nun Lobbyisten lieber im Hintergrund agieren, bleiben viele politische Entscheidungen für den einfachen Bürger, der ja ursprünglich Souverän im Staate sein sollte, kaum nachvollziehbar.

Durch der Öffentlichkeit verborgene Parteifinanzierungen dringen diese manipulativen Prozesse bis zu den grundlegendsten Entscheidungen vor, so dass von einer Regierung zum Wohl des gesamten Volkes nicht mehr die Rede sein

kann. Dem ehemaligen deutschen Innenminister Otto Schily zufolge reicht der Einfluss solcher Unternehmensverbände teilweise von einer generellen Beeinflussung der Koalitionspolitik über die Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung bis zur Einflussnahme auf einzelne Sachentscheidungen.

Der ‚normale‘ Bürger wird also, auf Grund von Zusammenschlüssen der reicheren Stände, in seiner Möglichkeit der politischen Mitgestaltung beschnitten, ohne eigentlich davon in Kenntnis gesetzt zu werden. Wirtschaftet sich diese obere Schicht weiterhin ungehindert in die eigene Tasche, besteht die Gefahr, den Mittelstand weitestgehend zu überwinden und schließlich in ein Szenario zu geraten, in dem es nur noch die Gegenüberstellung von Arm und Reich gibt. Was dies bedeuten würde, hat Aristoteles bereits beschrieben.

Deutschland und Europa

Deutschlands Demokratie gilt als stabil. Die Deutschen haben trotz allem Ärger noch immer eine ausgeprägte Grundloyalität zum politischen System. Karl-Rudolf Korte führt dieses beinahe naive Vertrauen in die Obrigkeit darauf zurück, dass Demokratieentwicklung und Wohlstandsgewinne jahrzehntelang sozusagen Hand in Hand gingen. Nun haben sich die Rahmenbedingungen und die Erfolgsmuster dieser prächtig gedeihenden Demokratie allerdings grundlegend geändert. Es rumort gewaltig unter der Oberfläche, woanders noch viel mehr als bei uns, und mit Zeitverzögerung wird sich die Demokratiefrage erneut stellen.

Das Vertrauen der Bürger in die Politik schwindet zusehends, da eine Unfähigkeit zu politischen Mehrheitsentscheidungen nicht mehr zu leugnen ist. Als Grund dafür lässt sich unter anderem die fortschreitende Staatsverschuldung anführen. Durch ökonomische Knappheit können, so Korte, die Sehnsüchte nach fürsorglichen Regimen in den Bereichen der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik nicht mehr befriedigt werden. Die so aufkommende gefühlte Armut könnte sich in absehbarer Zeit zu einer kollektiven Armut entwickeln, welche sich zuerst am Verfall der Gemeinden manifestieren würde. Vergleichbare Entwicklungen lassen sich mittlerweile leicht finden, wenn man den Blick in den Süden Europas richtet.

Auch in Brüssel haben die Reichen das Sagen

Landesgrenzen verlieren mit der fortschreitenden Globalisierung immer weiter an Bedeutung und die Interessen der Bevölkerung eines Landes stehen mehr denn je in Konflikt mit dessen anderweitigen Verbindlichkeiten. Das Aufkommen riesiger, weltweit aktiver Konzerne mit der Finanzkraft ganzer Länder beeinflusst die Handlungsfähigkeit vieler Staaten, womit wir wieder beim Thema Lobbyismus wären.

Die Organisation CEO (Corporate Europe Observatory) hat es sich auf die Fahnen geschrieben, die weitestgehend verdeckten Mächtschaften der industriellen Interessenvertretungen in der EU-Hauptstadt Brüssel ans Tageslicht zu bringen. Ihre Untersuchungen führen zu einem wenig überraschenden Ergebnis: Durch ihre riesigen Ressourcen genießt die Finanzlobby einen privilegierten Zugang zu den EU-Entscheidern, was ein ernsthaftes Demokratieproblem darstellt. Nicht-Regierungsorganisationen, die den Interessen der Bevölkerung Nachdruck verleihen sollen, sind in Brüssel klar in der Unterzahl und den Repräsentanten der Industrie auch in ihren finanziellen Mitteln deutlich unterlegen. Die Lobby hat das Geld, die Mächtigen nehmen es gerne, und so kann die Finanzindustrie, obwohl sie in den vergangenen Jahren einigen Schaden angerichtet hat, vermehrt Einfluss auf die Gesetze nehmen, die diesen Bereich eigentlich fairer machen sollten.

Der sogenannte ‚Drehtür-Effekt‘ ist eine der am häufigsten angewandten Methoden, um die politische Agenda in Brüssel zu beeinflussen. Wenn wichtige Entscheidungsträger ihr Amt niederlegen, nur um direkt im Anschluss einen lukrativen Posten in der Wirtschaft anzunehmen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie während ihrer Amtszeit im allgemeinen Interesse gehandelt haben. Das in Deutschland wohl prominenteste Beispiel hierfür ist Altbundeskanzler Gerhard Schröder, der, kaum aus der Politik ausgeschieden, direkt an die Spitze der deutsch-russischen Nord Stream AG wechselte, die für Bau und Betrieb der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline verantwortlich ist. Ein Projekt, welches er bereits zu seiner Zeit als Bundeskanzler unterstützt und vorangetrieben hat.

Aristoteles heute

Neben den genannten Beispielen lassen sich mit Leichtigkeit weitere finden, die belegen, dass die herrschende Schicht größtenteils für und mit sich selbst arbeitet, wohl wissend, die Interessen der Bevölkerung zu ignorieren. Das Modell einer derartigen Entwicklung hat Aristoteles bereits antizipiert, als er die Bedingungen für das Aufkommen von Oligarchien beschrieb. Während die Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten Demokratien offenbar wächst, schauen die Machthaber fernab der eigentlichen Probleme auf ihr persönliches Wohl. Unsere Demokratie verletzt den aristotelischen Grundsatz, das Herrscherwohl nicht über das Gemeinwohl zu stellen, und verfehlt somit ihren Staatszweck.

Dennoch kann Aristoteles nicht als absoluter Demokratiegegner betrachtet werden, erscheint ihm diese Verfassung doch als diejenige, mit der am ehesten zu rechnen ist. Wird in der *Nikomachischen Ethik* noch das auf Freundschaft beruhende Königtum zur besten Staatsform erklärt, ist es in der Politik die bestmögliche Herrschaft des Volkes, die Politie, deren Wesensmerkmale wir in unserer Auslegung der Demokratie, zumindest theoretisch, wiederfinden. Die Demokratie kann sich uns in vielen voneinander durchaus verschiedenen Manifestationen präsentieren: als Übergang zu schlechten Arten von Verfassungen, sobald sie zu einer Überbetonung der Extreme neigt; als eine der wünschenswertesten Staatsformen, je mehr sie sich an der Mitte orientiert. Heutige Demokratien weisen allesamt Merkmale einer weit vorangeschrittenen Entwicklung hin zur Oligarchie auf, und auch die laut Aristoteles notwendig folgenden Umwälzungsversuche der Benachteiligten sind seit geraumer Zeit nicht mehr zu übersehen. Eine Staatsverfassung basierend auf Freundschaft, in der das Gemeinwohl im Vordergrund steht und alle an einem Strang ziehen, sieht sicherlich anders aus. 

François Villon

Eine verliebte Ballade für ein Mädchen namens Yssabeau

Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund,
ich schrie mir schon die Lungen wund
nach deinem weißen Leib, du Weib.
Im Klee, da hat der Mai ein Bett gemacht,
da blüht ein schöner Zeitvertreib
mit deinem Leib die ganze Nacht.
Da will ich sein im tiefen Tal
dein Nachtgebet und auch dein Sterngemahl!

Im tiefen Erdbeertal, im schwarzen Haar,
da schlief ich manches Sommerjahr
bei dir und schlief doch nie zu viel.
Ich habe jetzt ein rotes Tier im Blut,
das macht mir wieder frohen Mut.
Komm her, ich weiß ein schönes Spiel
im dunklen Tal, im Muschelgrund.
Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund!

Die graue Welt macht keine Freude mehr,
ich gab den schönsten Sommer her,
und dir hat's auch kein Glück gebracht.
Hast nur den roten Mund noch aufgespart,
für mich so tief im Haar verwahrt.
Ich such ihn schon die lange Nacht
im Wintertal, im Aschengrund.
Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund!

Im Wintertal, im schwarzen Beerenkraut,
da hat der Schnee sein Nest gebaut
und fragt nicht, wo die Liebe sei.
Und habe doch das rote Tier so tief
erfahren, als ich bei dir schlief.
Wär nur der Winter erst vorbei
und wieder grün der Wiesengrund.
Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund!



Francois Villon (1431 – 1464) ist einer der bedeutendsten Dichter des französischen Spätmittelalters. Seine erotischen und parodistischen Texte sind Ausdruck der sogenannten Vaganten-Lyrik. Villon rebellierte gegen die feudale Gesellschaft und schloss sich in und außerhalb von Paris dem kriminellen Milieu an. Er wurde mehrfach inhaftiert, gefoltert und schließlich gehenkt. Das Gedicht vom „Erdbeermund“ wurde 1930 von Paul Zech in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Kritiker bestreiten dem Gedicht die Originalität Villons – die GAZETTE nicht.

*Bild: George J. Hagar The Standard American Encyclopedia (New York: University Society Inc., 1916)
Courtesy the private collection of Roy Winkelman*

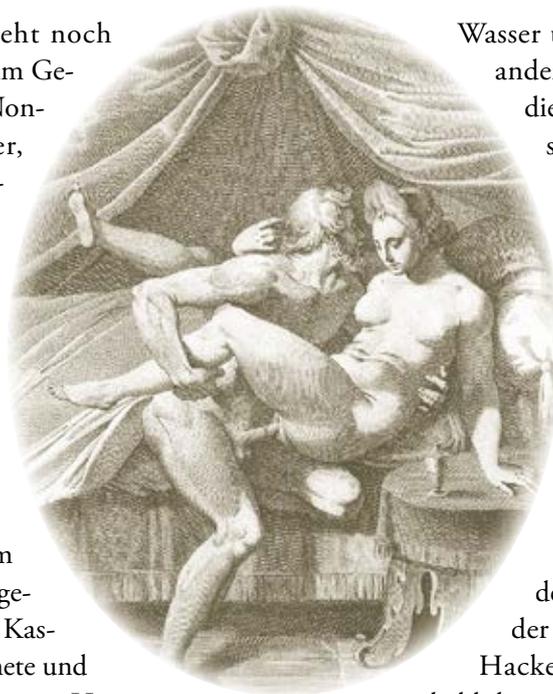
100 amouröse Novellen

Giovanni Boccaccio lebte vor 700 Jahren – im 14. Jahrhundert. Berühmt geworden ist er vor allem mit einer Novellensammlung, genannt *Il Decamerone*. Bei den meisten der hundert Novellen geht es um amouröse Abenteuer von verheirateten Männern und Frauen, aber auch von Priestern, Mönchen und Nonnen. Wir überlassen es unseren Leserinnen und Lesern, in diesen unterhaltsamen Kurzgeschichten den Unterschied zur heutigen Literatur zu entdecken ...

Von Giovanni Boccaccio

Das eine Beispiel ...

Es stand einmal und steht noch heute in unserer Gegend im Geruch der Heiligkeit ein Nonnenkloster, das ich aber, um seinem guten Leumund keinen Abbruch zu tun, nicht nennen will, woselbst vor nicht gar langer Zeit, als in ihm nicht mehr als acht Nonnen nebst ihrer Äbtissin, lauter junge Geschöpfe, sich befanden, ein braver Mann als Gärtner in Diensten stand, dem sein geringer Lohn nicht genügte; daher er mit dem Kastellan des Klosters abrechnete und nach Lamporecchio, wo er zu Hause war, zurückkehrte. Hier befand sich unter mehreren, die ihn bewillkommten, ein junger, starker, rüstiger Bauer, und zugleich ein recht hübscher Bursche für einen Bauersmann, namens Masetto, der ihn fragte, wo er so lange sich umhergetrieben hätte. Der gute Gärtner, der Nuto hieß, sagte es ihm, und Masetto fragte ihn darauf, was sein Amt im Kloster gewesen wäre. Nuto antwortete: »Ich hatte den schönen, großen Garten zu bestellen, und überdies ging ich zuweilen in den Wald, um Holz zu holen, trug



Wasser und verrichtete allerhand andere kleine Geschäfte; allein die Weiber bezahlten mich so schlecht, daß ich mir kaum die Schuhe konnte flicken lassen. Überdies sind's lauter junge Dinger, die, wie ich glaube, den Teufel im Leibe haben. Denn man kann ihnen nichts recht machen. Wenn ich bisweilen im Garten zu tun hatte, so kam die eine und sprach: ‚Setzt das dorthin‘, die andere: ‚Setzt das dorthin‘; wieder eine andere nahm mir die Hacke aus der Hand und fand bald dieses, bald jenes nicht recht gemacht. So schoren sie mich so lange, bis ich die Arbeit liegen ließ und davonging. Um dieser und anderer Ursachen willen wollte ich nicht bleiben, sondern nahm meinen Abschied. Der Kastellan bat mich zwar, als ich wegging, ich möcht' ihm doch einen andern Arbeiter verschaffen, wenn es sich so treffe, und ich hab' es ihm auch zugesagt; aber er kann lange warten, bis ich ihm jemand auftreibe und schicke.« Als Masetto den Nuto so reden hörte, wandelte ihn eine große Lust an, bei den Nonnen zu

dienen, weil er aus seinen Worten schloß, daß er wohl mit ihnen zurechtkommen würde. Weil er aber fürchtete, sein Plan möge scheitern, wenn er sich davon gegen Nuto etwas merken ließe, so sprach er zu ihm: »Ach, du hast recht getan, daß du weggegangen; denn was hat man davon, bei Weibern zu dienen? Lieber bei Teufeln. Sechsmal von sieben wissen sie selbst nicht, was sie wollen.« Sobald aber die Unterredung vorbei war, sann Masetto gleich auf ein Mittel, zu den Nonnen zu kommen. Da er sich tüchtig fühlte, alles zu verrichten, was Nuto getan hatte, so blieb ihm nur der einzige Zweifel übrig, daß man ihn vielleicht deswegen nicht annehmen würde, weil er zu jung und zu hübsch wäre. Nach langem Hin- und Hersinnen dachte er endlich: Das Kloster ist ziemlich weit von hier, und niemand kennt mich da; wenn ich mich stelle, als wenn ich stumm wäre, so nimmt man mich sicherlich. In dieser Hoffnung warf er seine Axt auf die Schulter und wanderte, ohne jemand ein Wort zu sagen, in ärmlicher Kleidung nach dem Kloster, ging hinein und fand zufälligerweise den Kastellan im Hofe, den er nach der Art der Stummen durch Gebärden um etwas zu essen bat und ihm zu verstehen gab, daß er dafür, wenn es verlangt würde, Holz hacken wolle. Der Kastellan gab ihm gerne zu essen und wies ihm darauf einige Klötze an, mit denen Nuto nicht fertig geworden war, die aber Masetto, als ein kraftvoller Bursche, in kurzer Zeit klein kriegte. Der Kastellan nahm ihn darauf mit sich in den Wald, ließ ihn Holz fällen und machte ihm durch Gebärden verständlich, einen Esel, den er ihm vorführte, damit zu beladen und nach dem Kloster zu treiben. Masetto richtete alles gehörig aus, und weil im Kloster noch manches zu erledigen war, so behielt der Kastellan ihn noch einige Tage bei sich im Hause, wo ihn eines Tages von ungefähr die Äbtissin bemerkte und den Kastellan fragte, wer der Mensch wäre.

»Madonna,« sprach der Kastellan, »es ist ein armer Taubstummer, der hier vor einigen Tagen um Almosen bettelte. Ich habe ihn gepflegt und ihn dafür allerhand notwendige Arbeit verrichten lassen. Wenn er es verstünde, im Garten zu arbeiten, und er wollte hier bleiben, so glaube ich, wir würden gut mit ihm bedient sein, denn wir brauchen einen Gärtner; der Bursch ist rüstig, und man

könnte mit ihm machen, was man wollte, ohne zu besorgen, daß er mit Euren Nonnen scharmuziere.«

»Du hast wahrlich nicht unrecht«, sprach die Äbtissin. »Sieh zu, ob er sich zu der Arbeit schickt, und gib dir Mühe, ihn hierzubehalten. Schenk ihm ein Paar Schuhe und einen alten Rock, schmier ihm Honig um den Bart und gib ihm gut zu essen.«

Der Kastellan versprach es, und Masetto, der nicht weit von ihnen war und sich stellte, als ob er den Hof kehrte, hörte die Unterredung mit an und dachte: »Wenn ihr mich nur ins Haus nehmt, so will ich euch euren Garten bearbeiten, wie er in eurem Leben nicht ist bearbeitet worden.« Da ihn nun der Kastellan zur Arbeit tüchtig fand und durch Zeichen und Gebärden von ihm verstanden hatte, daß er bereit wäre, alles zu tun, was man von ihm verlangte, nahm er ihn an, zeigte ihm, daß er den Garten bestellen und was er dabei machen sollte, und ließ ihn darauf bei seiner Arbeit, um seine eigenen Geschäfte im Kloster zu besorgen.

Als Masetto nun täglich im Kloster arbeitete, fingen die Nönnchen bald an, ihn bei seiner Arbeit zu necken, ihm allerhand kleine Streiche zu spielen, wie die Leute den Stummen wohl zu tun pflegen, und ihm die leichtfertigsten Worte von der Welt zu sagen, weil sie glaubten, er verstünde sie nicht. Die Äbtissin bekümmerte sich wenig oder nicht darum, denn sie glaubte vielleicht, ihm fehle etwas anderes geradeso als die Sprache.

Wie er nun eines Tages sich abgerackert und sich niedergelegt hatte, um auszuruhen, nahten sich zwei junge Nonnen, und weil er sich stellte, als wenn er schlief, fingen sie an, ihn zu betrachten, und die eine, die etwas dreister war als die andere, sprach zur anderen: »Wenn ich mich auf dich verlassen könnte, so wollte ich dir einen Gedanken anvertrauen, der mir schon oft eingefallen ist, und der vielleicht dir selbst mit zustatten kommen könnte.«

»Sag's nur getrost,« sprach die andere, »von mir soll keine Seele etwas erfahren.«

»Ich weiß nicht,« versetzte jene, »ob du schon darüber nachgesonnen hast, wie strenge man uns hier hält. Kein männliches Wesen darf zu uns hereinkommen, außer unserem Klosterverwalter, der

ein Greis ist, und diesem Stummen. Und ich habe doch von manchen Frauen, die uns besuchen, gehört, daß alle Wonnen der Welt nichts sind gegen die, die das Weib beim Manne genießt. Weil ich das nun sonst nirgends erfahren kann, so ist mir schon oft eingefallen, mit diesem Stummen zu probieren, ob es wirklich wahr sei. Er eignet sich besser als jeder andere Mann dazu, denn er muß verschwiegen sein wie das Grab, ob er nun will oder nicht. Du siehst, er ist ein großer einfältiger Bengel, der länger ist als sein Verstand. Nun möchte ich gern hören, was du davon hältst?»

»Herrjemine, was sprichst du!« sagte die andere.

»Weißt du denn nicht, daß wir unsere Jungfräulichkeit dem lieben Herrgott gelobt haben?«

»Ei was!« versetzte jene. »Wie viele Dinge werden ihm nicht alle Tage gelobt, die niemand hält? Wenn wir sie ihm gelobt haben, so wird sich schon die eine oder andere finden, von der er sie als Ersatz der unseren erhält.«

»Aber wenn die Sache nun Folgen hätte?«

»Du denkst an die Folgen, ehe sie da sind«, sprach die erste wieder. »Kommt Zeit, kommt Rat, und es gibt tausend Mittel, es zu verheimlichen, wenn wir uns selbst nicht verplappern.«

Die andere, die ohnehin schon mehr als ihre Gespielin begierig war, zu erfahren, was der Mann für ein Tier wäre, fragte jene, wie sie's denn anfangen wollten.

»Du siehst,« sprach jene, »es geht gegen drei Uhr nachmittags, und ich glaube, daß außer uns schon alle Schwestern schlafen. Laß uns indessen wohl zusehen, ob noch jemand im Garten ist, und wenn wir niemand finden, was haben wir dann weiter zu tun, als daß wir den Burschen bei der Hand nehmen und mit ihm hier in die Hütte gehen, wo man vor dem Regen untertritt? Solange die eine mit ihm drinnen ist, muß die andere Schildwache halten. Er ist so einfältig, daß wir mit ihm machen können, was wir wollen.«

Masetto hörte ihre ganze Verabredung, und mit dem besten Willen zu gehorchen, wartete er, daß ihn eine von den beiden abholte. Als sie sich aufmerksam umgesehen hatten und fanden, daß niemand sie belauschen könnte, nahte sich ihm diejenige, welche zuerst den Vorschlag gemacht hatte, und weckte ihn. Er stand auf; sie nahm ihn liebkosend bei der Hand, und einfältig lachend ließ

er sich nach der Hütte führen, wo er sich nicht lange bitten ließ, zu tun, was man von ihm begehrte. Sobald er die Wünsche der einen befriedigt hatte, machte sie als treue Schwester ihrer Gespielin Platz, und Masetto stellte auch diese zufrieden und spielte dabei immer die Rolle des Blödsinnigen. Die Nönnchen ließen es nicht bei diesem ersten Versuche, die Reitkunst des Stummen zu erproben, bewenden und gestanden einander im Vertrauen, man habe ihnen nicht zuviel davon gerühmt. Sie wußten sich demnach günstige Stunden auch ferner zunutze zu machen, um sich mit dem Stummen die Zeit lüstern und lustig zu vertreiben.

Einmal begab es sich, daß eine von den anderen Nonnen aus dem Fenster ihrer Zelle den Handel gewahr ward und noch zwei anderen zeigte, was vorging. Sie dachten zuerst daran, der Äbtissin alles zu verraten. Doch besannen sie sich eines Bessern und beackerten mit ihren beiden Gespielinnen gemeinsam Masettos Acker. Durch Zufall wurden auch die drei übrigen Nonnen Teilnehmerinnen an dem Geheimnis, so daß nur noch die Äbtissin die einzige war, die nichts davon wußte. Indem nun diese einmal, wie es schwül war, allein im Garten wandelte, fand sie Masetto, den die Reitübungen der Nacht mehr als die Arbeiten des Tages ermüdet hatten, unter einem Mandelbaume liegen. Der Wind hatte ihm die leichten Kleider vorne ganz zurückgeweht, so daß er bloß dalag und die Äbtissin, die sich allein befand, einiges sehen ließ, das in ihr die gleichen Begierden weckte, die ihre Nonnen überfallen hatten. Sie weckte den Schläfer, nahm ihn mit in ihre Zelle und ließ ihn in einigen Tagen nicht von sich; zum nicht geringen Verdruß der Nonnen, die sich sehr beklagten, daß der Gärtner nicht kam und ihren Garten begoß. Die Äbtissin überließ sich unterdessen dem Vergnügen, welches sie vielleicht oft an anderen getadelt hatte. Endlich beurlaubte sie den Gärtner, und er ging wieder nach seiner Hütte. Weil sie ihn jedoch oft und oft zu ihrer Lust wiederkommen hieß und mehr als ihren billigen Anteil von ihm verlangte, besorgte Masetto, dem es auf die Dauer unmöglich war, so viele Frauen gleichzeitig zu befriedigen, sein Verstummen möchte ihm in der Länge teuer zu stehen kommen. Er fand demnach für gut, wie

er an einem Abend bei der Äbtissin lag, sich den Zungenriemen zu lösen, und sagte: »Madonna, man pflegt zu sagen, ein Hahn sei genug für zehn Hühner, aber zehn Männer kaum für ein Weib; wie soll ich es denn aushalten, da ich hier neunten dienen muß? Ich bin durch das, was ich bisher geleistet habe, ganz heruntergekommen. Ich kann weder wenig noch viel mehr leisten. Haltet Maß, setzt der Sache ein Ziel oder laßt mich in Gottes Namen ziehen.«

Die Äbtissin erstaunte, da sie den vermeinten Taubstummen reden hörte. »Was ist das?« rief sie. »Ich dachte, du wärest stumm?«

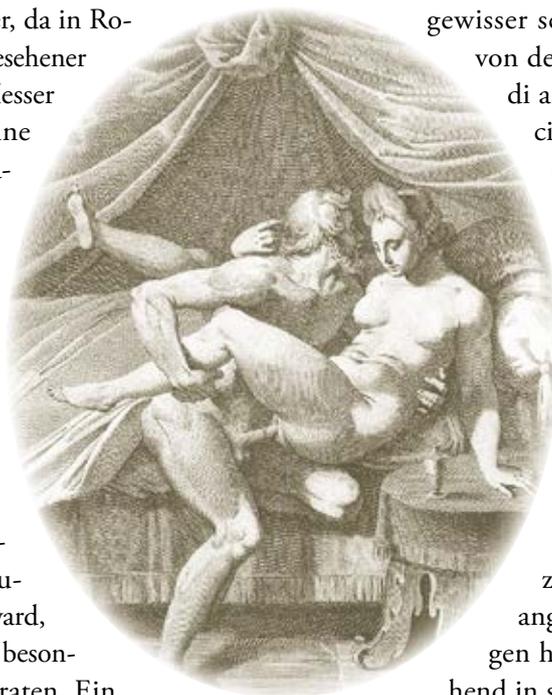
»Das war ich auch,« sprach Masetto, »aber nicht von Natur, sondern eine Krankheit hatte mich der Sprache beraubt; und erst heute habe ich, dem Himmel sei Dank, sie wiedererhalten.«

Sie glaubte ihm und fragte, was er damit sagen wolle, daß er neunten dienen müßte. Masetto erzählte ihr alles und nun ward die Äbtissin gewahr, daß sie keine Nonne in ihrem Kloster hatte, die nicht viel gescheiter war als sie selbst. Sie faßte demnach den klugen Entschluß, sich mit ihren Nonnen und mit Masetto so abzufinden, daß

dem Kloster kein Schimpf daraus erwüchse. Weil um dieselbe Zeit ihr alter Kastellan gestorben war, kamen sie überein, nachdem sie einander alles, was sich unter ihnen zugetragen, gebeichtet hatten, ihr Einverständnis mit Masetto den Leuten der Umgegend vorzureden, durch ihr Gebet und die Hilfe der Heiligen, nach dem das Kloster benannt war, hätte der taubstumme Masetto Gehör und Sprache wiedergewonnen. Sie machten ihn zu ihrem Kastellan und führten seine Pflichten auf ein erträgliches Maß zurück. Obwohl er auf diese Art manchen kleinen Mönch erzeugte, so hatte doch die Sache im stillen ihren Fortgang, bis erst nach dem Tode der Äbtissin etwas davon ruchbar wurde. Damals war Masetto schon alt, und es wandelte ihn die Lust des Alters an, mit dem erworbenen Reichtum in die Heimat zurückzukehren. Sein Wunsch wurde ihm gewährt. So kehrte Masetto betagt und reich und Vater von Kindern, mit denen er weder Mühe noch Kosten gehabt hatte, in die Heimat zurück, von der er, ein Beil auf dem Buckel, ausgegangen war, und erzählte jedem, der es hören oder nicht hören wollte, so verfare Christus mit denen, die ihm Hörner aufsetzen.

... und hier ein zweites

Es ist noch nicht lange her, da in Romagna ein braver und angesehener Kavalier lebte, namens Messer Lizio da Valbona, den seine Gemahlin, Madonna Giacomina, indem er schon zu altern anfang, mit einer Tochter beschenkte, die, als sie heranwuchs, alle Mädchen an Schönheit und Liebreiz übertraf, und weil sie überdies das einzige Kind ihrer Eltern war, von ihnen außerordentlich geliebt und zugleich mit äußerster Sorgfalt bewacht ward, weil die Eltern hofften, sie besonders vorteilhaft zu verheiraten. Ein



gewisser schöner, rüstiger Jüngling von dem Geschlecht der Manardi aus Bretinoio, namens Ricciardo, lebte inzwischen mit dem Vater auf einem so vertrauten Fuße, daß weder er noch seine Gattin ihn anders als wie ihren eigenen Sohn betrachteten und ihn ebenso unbefangen bei sich aus- und eingehen ließen. Als dieser das schöne, reizende, wohlgezogene Mädchen, das eben zum mannbaren Alter herangereift war, täglich vor Augen hatte, verliebte er sich glühend in sie, wußte aber seine Liebe

so zu verbergen, daß nur sie allein sie bemerkte und nicht unterließ, seine Zärtlichkeit zu erwidern. Ricciardo war froh, als er diese Entdeckung machte, und mehr als einmal schwebte ihm seine Liebeserklärung auf der Zunge; doch lange hielt ihn seine Schüchternheit zurück, bis er sich endlich einst ein Herz faßte und sagte: »Catarina, ich bitte dich, laß mich nicht vor Liebe sterben.«

»Wollte Gott,« gab sie ihm zur Antwort, »daß du mich nicht noch mehr sterben, vielmehr verschmachten ließest.« Diese Antwort löste ihm vollends die Zunge, und er versetzte: »An mir soll es nicht liegen, alles zu tun, was du wünschest; aber du mußt für das Mittel sorgen, dir und mir das Leben zu retten.«

»Du siehst, Ricciardo,« antwortete Catarina, »Wie streng ich bewacht werde, und ich weiß kein Mittel zu entdecken, wie du zu mir kommen könntest; kannst du dich aber auf etwas besinnen, das ich ohne Verletzung meines guten Rufes tun kann, so sprich, und es soll geschehen.«

Ricciardo, der darüber schon nachgedacht hatte, sagte sofort: »Holde Catarina, ich weiß kein anderes Mittel, als wenn du versuchtest, auf den Balkon, der nach eurem Garten herausgeht, zu kommen oder dort zu schlafen. Wenn ich dann wüßte, daß du in der Nacht dort wärst, wollte ich schon zu dir hinaufklettern, so hoch es ist.«

»Wenn du es wagen willst hinaufzukommen, so hoffe ich es schon so einzurichten, daß man mir erlaubt, dort zu schlafen«, sprach Catarina. Ricciardo antwortete, er wolle es gewiß wagen. Ein verstohlener Kuß besiegelte diese Verabredung, worauf sie einander schnell verließen. Es ging schon gegen Ende des Maimonats. Am folgenden Tage beklagte sich Catarina bei ihrer Mutter, daß sie in der vorigen Nacht in ihrem Zimmer vor Hitze nicht hätte schlafen können.

»Was sprichst du von Hitze, Kind?« sprach die Mutter. »Es war ja noch nicht einmal warm.«

»Wenn Ihr sagtet,« erwiderte Catarina, »meiner Ansicht nach, so möchte es wohl seine Richtigkeit haben, liebe Mutter. Aber Ihr müßt bedenken, daß junge Mädchen heißeres Blut haben als bejahrte Frauen.«

»Das ist wahr, mein Töchterchen«, sprach, die Mutter. »Allein ich kann nicht über Wärme und Kälte gebieten, wie du wohl wünschest. Man muß

die Witterung so nehmen, wie sie die Jahreszeit mit sich bringt; vielleicht wird es künftige Nacht kühler, daß du ruhiger schlafen kannst.«

»Das gebe der Himmel«, sprach Catarina. »Aber die Nächte pflegen gewöhnlich gegen den Sommer nicht kühler zu werden.«

»Was soll denn also nach deinem Willen geschehen?« fragte die Mutter wieder.

»Wenn Ihr und der Vater nichts dawider hättet,« antwortete die Tochter, »so möchte ich mir wohl neben seinem Zimmer, auf dem Balkon, der nach dem Garten liegt, ein Bett machen und die Nacht da schlafen. Ich würde die Nachtigall singen hören und im Kühlen viel besser schlafen als bei Euch in Eurem Zimmer.«

»Gut, mein Töchterchen«, sprach die Mutter. »Ich will's dem Vater sagen, und wenn er damit zufrieden ist, so soll es geschehen.«

Als die Frau Messer Lizio die Sache vortrug, gab er ihr, weil er ein alter Mann und daher vermutlich ein wenig mürrisch war, zur Antwort: »Was schwatzt das Mädchel von einer Nachtigall, die sie in den Schlaf singen soll? Ich werde sie lehren, sich vom Gezirp der Zikaden einschläfern zu lassen.«

Als Catarina diese Antwort von ihrer Mutter hörte, brachte sie, mehr aus Verdruß als vor Hitze, die folgende Nacht nicht allein schlaflos zu, sondern sie ließ auch ihrer Mutter keine Ruhe und klagte beständig über die große Hitze. Des andern Morgens sprach die Mutter zu Messer Lizio: »Du hast wenig Liebe für das arme Mädchen. Was kann es dir schaden, wenn sie auf dem Balkon schläft? Sie hat die vergangene Nacht vor lauter Hitze im Bett keine Ruhe gehabt; und ist es denn so wunderbar, daß ein junges Mädchen so gern die Nachtigall singen hört? Sie ist ja noch blutjung. Jugend ist Jugend und liebt, was sie mag.«

»Nun gut denn,« sprach Messer Lizio, »laß ihr ein Bett machen wie und wo du willst, aber laß es mit Vorhängen umgeben; mag sie sich dann nach Herzenslust vom Gesang der Nachtigall einwiegen lassen.«

Als Catarina dies erfuhr, eilte sie, sich ihr Bett bereiten zu lassen, und weil sie schon in der folgenden Nacht dort schlafen durfte, gab sie, sobald sie Ricciardo gewahr ward, ihm ein gewisses Zeichen, woran er ersah, was er zu tun hätte.

Messer Lizio, der hörte, daß seine Tochter zu Bett gegangen war, verschloß die Tür, die aus seinem Zimmer nach dem Balkon ging, und legte sich gleichfalls zu Bett. Als Ricciardo merkte, daß alles im Hause still war, erstieg er mit Hilfe einer Leiter die Gartenmauer und kletterte dann an den Absätzen der Mauer des Hauses, nicht ohne große Gefahr abzustürzen, hinauf bis auf den Balkon, wo ihn sein Mädchen in aller Stille mit großer Freude empfing. Sie küßten sich und legten sich zusammen nieder und schenkten sich gegenseitig alle Freuden und Wonnen ihrer jungen Leiber und Seelen. Die Geschichte sagt nicht, wie oft sie die Nachtigall schlagen ließen; weil aber ihre Lust groß und die Nacht kurz war, so verging ihnen diese so schnell, daß sich ihnen unbemerkt der Tag bereits näherte, als sie kaum Zeit gehabt hatten, ein wenig einzuschlummern; und teils die warme Jahreszeit, teils ihre zärtlichen Liebkosungen hatten sie so erhitzt, daß sie ohne alle Bedeckung lagen. Catarina hatte mit der Rechten den Hals ihres Geliebten fest umschlungen und mit der Linken hielt sie das Ding, das Frauen, besonders vor Männern, zu nennen sich schämen. In dieser Lage schliefen sie noch, als der Tag sie überraschte, aber nicht weckte. Messer Lizio stand auf, und weil es ihm einfiel, daß seine Tochter auf dem Balkon schlief, war er neugierig zu sehen, wie sie bei dem Nachtigallensang geruht hätte. Leise öffnete er die Tür, hob den Vorhang, der vor das Bett gespannt war, vorsichtig auf und fand die beiden Verliebten in der vorbeschriebenen Stellung nackt, unbedeckt und umschlungen im süßesten Schlafe. Als er das Gesicht des Ricciardo erkannte, kehrte er wieder um, ging nach der Kammer seiner Frau, weckte sie und sagte: »Steh geschwind auf, Frau; deine Tochter hat die Nachtigall so reizend gefunden und ihr so gut nachgestellt, daß sie sie gefangen hat und noch immer in der Hand hält.«

»Wie ist das möglich!« rief die Frau.

»Das sollst du sehen, wenn du nur geschwind kommst«, antwortete Messer Lizio.

Sie warf geschwind ihr Morgengewand über und folgte leise ihrem Manne, der sie an das Bett führte, den Vorhang wegschob und ihr zeigte, wie fest ihre Tochter die Nachtigall hielt, nach deren Gesang sie sich so gesehnt hatte. Die Mutter, welche

sich von Ricciardo gröblich betrogen fühlte, wollte Lärm machen und ihn mit Vorwürfen überschütten! Allein Messer Lizio sagte zu ihr: »Frau, wenn du mich liebst, so halte den Mund. Da sie die Nachtigall einmal gefangen hat, so soll sie sie auch behalten. Ricciardo ist reich und ein Edelmann; eine Verbindung mit ihm kann nicht anders als vorteilhaft für uns sein. Will er sich mit mir in Güte vertragen, so muß er das Mädchen heiraten, damit er innewird, daß er die Nachtigall nicht in einen fremden Käfig, sondern in seinen eigenen gesperrt hat.«

Damit ließ sich die Frau besänftigen, zumal sie sah, daß ihr Mann über den Vorfall nicht aufgebracht war. Weil sie fand, daß ihre Tochter eine gute Nacht gehabt, gut geschlafen und den Vogel gefangen hatte, so gab sie sich zufrieden und schwieg.

Bald nach diesem Gespräch, sie brauchten nicht lange zu warten, erwachte Ricciardo, und als er fand, daß es schon hellichter Tag war, dachte er, er wäre des Todes. »O Himmel, liebes Herz!« rief er, indem er Catarina weckte. »Was fangen wir an? Der Tag ist schon angebrochen und hat mich hier überrascht.«

Indem hob Messer Lizio den Vorhang auf und sagte: »Dafür soll wohl Rat werden.«

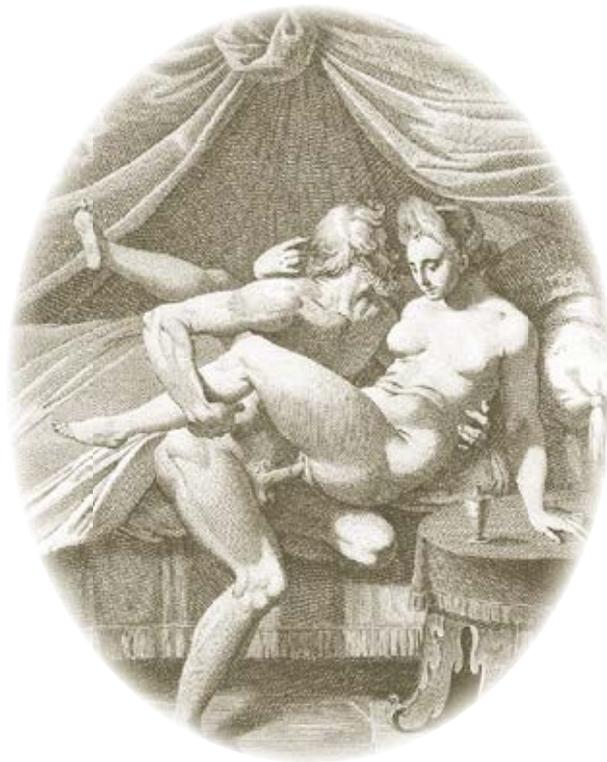
Ricciardo glaubte schon, daß ihm das Herz aus dem Leibe gerissen würde, als er den Alten erblickte. »Ach, Herr!« sprach er, indem er sich im Bett aufrichtete. »Habt Gnade mit mir, um Gottes willen! Ich bekenne, daß ich als ein treuloser und böser Mensch den Tod verdient habe. Macht mit mir, was Ihr wollt, nur bitte ich Euch, schonet womöglich mein Leben und bringt mich nicht um.«

»Ricciardo,« antwortete der Alte, »meine Liebe für dich und das Vertrauen, das ich dir schenkte, hatten diesen Lohn nicht von dir verdient. Weil aber die Sache einmal so steht, und weil deine Jugend dich zu diesem großen Fehltritt verleitet hat, so kannst du deinen Tod und meine Schande abwenden, wenn du dich mit Catarina vermählst, sie auf immer zu der Deinigen machst, damit sie immer dein sei, wie sie es diese Nacht gewesen ist. Auf diese Weise kannst du meine Verzeihung erlangen und dir selbst das Leben retten. Wo nicht, so befehl deine Seele Gott!«

Catarina hatte indessen die Nachtigall losgelassen, die Decke über die Augen gezogen und bitterlich geweint. Jetzt bat sie ihren Vater um Verzeihung für Ricciardo und ihren Geliebten um seine Einwilligung in die ihm vorgeschriebene Bedingung, damit sie einander in guter Ruhe noch viele Nächte wie die vergangene schenken könnten. Ricciardo ließ sich nicht lange bitten; denn ihn bewog teils die Scham über seinen begangenen Fehler und der Wunsch, ihn wieder gutzumachen, teils die Furcht vor dem Tode und die Liebe zum Leben; und vor allen Dingen seine innige Liebe und die Begierde, seine Geliebte völlig zu besitzen, so daß er sich nicht einen Augenblick bedachte und erklärte, er wolle sich in den Willen Messer Lizios fügen und tun, was er heische. Lizio ließ sich demnach von seiner Frau einen Ring bringen, mit dem Ricciardo in ihrer beider Gegenwart sich unverzüglich mit Catarina feierlich verlobte. Darauf gingen die beiden Alten

wieder davon und sagten. »Schlaf nun aus, denn das habt ihr vielleicht nötiger als das Aufstehen.« Nach ihrem Weggang umarmten sich die beiden jungen Menschen von neuem, und da sie in der Nacht erst sechs Meilen geritten waren, so brachten sie es, bevor sie aufstanden, noch auf weitere zwei und ließen es dann für diesen Tag genug sein. Ricciardo nahm sogleich nach dem Aufstehen mit seinem Schwiegervater gehörige Abrede, wiederholte in Gegenwart aller beiderseitigen Freunde und Verwandten die Vermählung nach einigen Tagen förmlich, worauf er seine junge Frau mit großem Prunk heimführte, ein stattliches, schönes Hochzeitsfest veranstaltete und in der Folge den Nachtigallencang bei Tage und bei Nacht mit ihr in Freude und Frieden fortsetzen konnte, so oft es ihm beliebte.

*Wer Lust auf mehr hat:
gutenberg.spiegel.de/buch/decameron-2540/1*



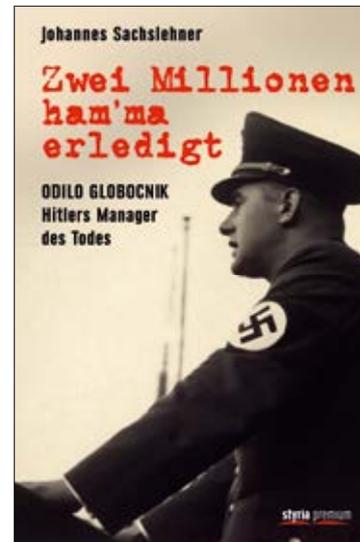
Die Täter nicht vergessen! Eine Biographie des gewöhnlichen Massenmörders Odilo Globocnik

Angesichts der überwältigenden und berechtigten Aufmerksamkeit, die die letzten Zeugen Ende Januar im Zuge der Berichterstattung über den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erfahren haben, ging das Erscheinen einer Biographie von Johannes Sachslehner, weitgehend unter: „Zwei Millionen ham'ma erledigt“ heißt das Buch, ein Zitat des portraitierten Odilo Globocnik. Untertitel: „Hitlers Manager des Todes“. Das ist keineswegs zu hoch gegriffen, denn auch wenn der Österreicher Globocnik manch heutigem Leser nicht mehr bekannt sein mag: In die Reihe der bestialischen, menschenverachtenden Mörder der nationalsozialistischen Elite gehört er fraglos. Als Leiter der „Aktion Reinhardt“ gilt Globocnik als einer der Hauptverantwortlichen der Verfolgung und Ermordung der Juden im besetzten Polen, im sogenannten „Generalgouvernement“.

Sachslehner, ein promovierter Historiker, Verleger und renommierter Sachbuchautor hat das Leben Globocniks von den ersten Anfängen an akribisch recherchiert. Und so erfährt der Leser detailreich von der Entwicklung dieses Massenmörders, dessen Leben zunächst völlig unspektakulär begann: Geboren 1904 in Triest wächst Globocnik, von seinen später Kameraden „Globus“ genannt, in eher

schwachen sozialen Verhältnissen auf. Bald schließt er sich den österreichischen Nationalsozialisten an. Nach einem Handgranatenüberfall zweier SA-Männer auf ein Pionier-Wehrbattalion des Bundesheeres in der Nähe von Krems wurde die NSDAP im Juni 1933 in Österreich verboten. Aber sie lebt im Untergrund weiter – dank Unterstützern wie Globocnik. So gedeiht die Partei illegal weiter, bis im Februar 1938 das Verbot aufgehoben und im März der bejubelte Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland erfolgt.

Im Mai 1938 avanciert Globocnik zum Gauleiter Wiens, eine Stellung, die er bald verliert, da er durch finanzielle Unregelmäßigkeiten auffällt. Und die Nazi-Reihen, auch das zeigt Sachslehner überzeugend, sind nicht immer fest geschlossen: Im Machtgerangel bleibt manch einer auf der Strecke. Nach dem frühen Amtsverlust im Januar 1939 heuert Globocnik bei der SS an, nimmt als Unterscharführer am Feldzug gegen Polen teil. Himmler ernennt ihn im November 1939 zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin. Globocnik genießt seine Machtfülle: Sofort beginnt er mit der Verfolgung der Juden, schon 1939, 1940 lässt er Zwangsarbeiterlager einrichten. Er quält die Zivilbevölkerung, lebt selbst ein ausschweifendes Luxusleben in einer konfiszierten Villa und widmet sich ab Oktober ener-



Johannes Sachslehner
Zwei Millionen ham'ma erledigt. Odilo Globocnik. Hitlers Manager des Todes
Styria premium 2014, 285 S.
ISBN 978-3-222-13449-4
368 S., € 24,99 €

gisch seinem neuen Auftrag: Der Ermordung der Juden im Generalgouvernement. Nach dem Bau des Konzentrationslagers Majdanek treibt er die Errichtung der Vernichtungslager Treblinka, Belzec und Sobibór voran. Sachslehner beschreibt die skrupellose Ausbeutung und die schließliche Ermordung der jüdischen Opfer. Vieles davon hat man ähnlich in anderen Zusammenhängen gelesen: Auch von der Schizophrenie der Mörder, deren Gnadenlosigkeit gegenüber den Juden und anderen als „Volksfeinden“ definierten Menschen für uns Nachge-

borene nicht zu verstehen ist. Und die ihren Zeitgenossen noch Jahrzehnte später noch als „sensible“, „einmalig gute“ oder „sehr gütige“ Menschen erschienen (so seine Sekretärin über Odilo Globocnik). Aber es gab eben auch viele banale brutale Massenmörder in Hitlers Drittem Reich.

Beeindruckend sind die dem Buch beigegefügteten Farbfotos aus der damaligen Zeit: Photographien von Max Kirnberger, einem Offizier der Fernmeldetruppe aus dem Ghetto Lublin – sie bilden die Perspektive der Täter ab. Und sie sind so klar und farblich brillant, dass sie verstörend gegenwärtig wirken.

Insgesamt also ein detailreiches, sehr lesenswertes Buch.

Spannend und flüssig geschrieben, auch wenn man sich wünschen würde, der Autor hätte auf die vielen Passiv-Konstruktionen verzichtet. So fehlt häufig die eindeutige Zuschreibung von Verantwortlichkeiten.

Globocnik übrigens, so beginnt und endet das Buch, starb noch im Mai 1945. Als er von britischen Soldaten in seinem Versteck auf der Mösslacher Alm enttarnt wird, beißt er auf eine Zyankali-Kapsel und ist fast augenblicklich tot. Die Behördenden lassen ihn in einem anonymen Grab verscharren – in der Sautratten, eine grüne Wiese, auf der einst Schweine sich suhlten.

Stefanie Oswald

es überfällig – und es ist, jetzt auf dem Tisch liegend, in jeder Hinsicht ein Volltreffer. Kein anderes Buch hat – ein persönliches Urteil, ja – im letzten Jahr mehr Einsicht und Aufklärung liefern können in die Entstehung der Schweizer Gegenwart. Man muss es lesen, wenn man «die Schweiz» heute verstehen will. Und es zu lesen ist, trotz 262 Seiten (Bilder und Anmerkungen nicht mitgerechnet), zum Glück keine beschwerliche Arbeit, denn einmal begonnen, liest man es in einem Zuge durch.

Keine Frage: Die Art und Weise, wie seit einiger Zeit die Geschichte der Schweiz lautstark auf unsinnige Mythen verkürzt und verfälscht wird, um politische, nationalistische Ziele zu begründen und zu rechtfertigen, war – und ist auch heute – eine Provokation, die von den Wissenschaftlern, die sich beruflich und vollamtlich mit Geschichte befassen, nicht ohne Antwort bleiben durfte und darf.

«Dieses Buch versteht sich – auch – als historischer Kommentar zu den europapolitischen Debatten der Politikerinnen und Politiker, Meinungsmacher und Medien, denen es vielfach an historischer Schärfe mangelt.» Wer diesen Satz auf den ersten Seiten des Buches allerdings so interpretiert, dass dieses Buch einfach als Streitschrift gegen die von der Schweizerischen Volkspartei SVP geforderte Abschottung der Schweiz gegenüber der EU geschrieben wurde, sieht sich getäuscht. Gerade dass das

Die Schweiz – Mitten in Europa

Wer immer sie hatte: Die Idee, die Geschichte der Schweiz als Geschichte ihrer Verflechtung und Abgrenzung gegenüber dem Umfeld darzustellen, war schlicht genial. Denn die Geschichte der Verflechtungen und Abgrenzungen aller kleinen Länder und Ländereien, die im Verlauf der Jahrhunderte zur Schweiz zusammengewachsen sind, war so bis jetzt noch nicht geschrieben worden.

Das Buch, das auf dieser Idee beruht, ist vom Historiker André Holenstein nun geschrieben. Es ist im Herbst 2014 unter dem Titel «Mitten in Europa» im Verlag „Hier und Jetzt“ in Baden / Schweiz herausgekommen. Eigentlich war



André Holenstein
Mitten in Europa.
Verflechtung und Abgrenzung
in der Schweizer Geschichte
Baden/Schweiz 2015 (2. Aufl.),
 44,- €

Buch nicht nur die Geschichte der Verflechtung, sondern auch die Geschichte der Abgrenzung aufzeichnet, macht es zur reichen Faktensammlung – für alle interessierten Kreise. Das Buch genügt wissenschaftlichen Ansprüchen, auch wenn es flüssig geschrieben ist. Eine Propaganda-Fibel ist es definitiv nicht. Das Buch ist allerdings zu reich an Informationen, als dass der Versuch, seinen Inhalt hier in aller Kürze wiederzugeben, Sinn machen könnte. Ein paar wenige Hinweise müssen genügen:

Ein gewichtiger Teil des Buches befasst sich mit der Reisläuferei, mit dem bezahlten Kriegsdienst von Tausenden von Männern aus den alten Orten für die umliegenden Großmächte, insbesondere für Frankreich – und natürlich mit den aus der Reisläuferei heraus entstandenen Abhängigkeiten. Dieses «Business», wie wir heute sagen würden, war über Jahrhunderte ein gewichtiger Teil der Volkswirtschaften der einzelnen Orte und bestimmte weitestgehend auch die Politik zwischen den einzelnen Republiken. Aber auch die rein kommerziellen Verflechtungen und Abhängigkeiten werden in dem Buch nicht nur ausführlich, sondern mit vielen Zahlen unterlegt präzise geschildert. Und wie ein roter Faden durch das ganze Buch geht die Schilderung der Streitigkeiten innerhalb des Raumes, der heute die Schweiz ausmacht. Das Partikularinteresse der einzelnen kleinen Republiken war bis zum Jahr 1848 immer deutlich stärker als das gemeinsame Interes-

se der Verbündeten gegenüber den Großmächten. Ein «Wir-Gefühl» als Eidgenossenschaft oder gar als Schweiz gab es bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts klar nicht.

Sehr interessant sind – ein anderes Beispiel – auch die mit Zahlen belegten Darstellungen der Pensionen, die von den Großmächten an einzelne adelige Familien bezahlt wurden, um diese politisch auf der richtigen Seite zu halten. Es waren keine Einzelfälle, und es ging um viel Geld! «Zu den offiziellen Standpensionen traten die Partikular- oder Privatpensionen. Mit diesen mehr oder weniger diskreten, heimlichen Zahlungen an ausgesuchte Politiker und Vertrauensleute honorierten die Mächte besondere Dienste ihrer Klienten (Informationen, Verhalten bei Abstimmungen, politische Interventionen, etc.) und suchten diese näher an sich zu binden oder zumindest politisch zu neutralisieren.» Und: «In der Tat standen nicht wenige Politiker auf den Pensionenlisten mehrerer ausländischer Mächte.»

Und an anderer Stelle wörtlich: «Hinzu kam, dass die außenpolitische Orientierung der einzelnen Orte keineswegs einheitlich war: Die politischen und kommerziellen Interessen der Innerschweizer lagen seit je im Süden ennet dem Gott hard, Bern und Freiburg schauten nach Westen und rieben sich am Haus Savoyen, die Basler, Schaffhauser und Zürcher waren zum Reich hin orientiert. Als wären die Verhältnisse nicht schon kompliziert ge-

nug, spaltete die Glaubensfrage seit den 1520er Jahren die Orte in zwei konfessionelle Lager. Allgemein kritisierten die Gesandten den hohen Kostenaufwand ihrer Mission. Die Pflege diplomatischer Beziehungen zu den Eidgenossen war ein teures Geschäft. Die Käuflichkeit der Eidgenossen war sprichwörtlich. Doch boten selbst pünktliche Zahlungen keine Garantie, dass man von den Orten erhielt, was man von ihnen erwartete.» (S. 143)

Hand aufs Herz: Hat uns unser Lehrer im (Schweizer) Geschichtsunterricht auch von diesen Dingen je etwas erzählt? Unsere freiheitsliebenden Vorfahren waren käuflich?

Aus heutiger Sicht war es ganz einfach Korruption – nur war es eben noch nicht ausdrücklich verboten, sich für derartige Dienstleistungen bezahlen zu lassen.

Selbstverständlich ist auch die Arbeitsmigration in diesem Buch ein Thema, wobei es in der Vergangenheit vor allem um Auswanderung und weniger um Einwanderung ging. Auch hier bietet das Buch viele interessante Zahlen.

Und woran liegt es, dass die Schweiz schon früh zu einem internationalen Finanzplatz wurde? Auch auf diese Frage finden sich im Buch interessante Informationen, waren es doch vor allem die guten Beziehungen zu den Mächtigen Europas, die zur Ausgabe von Staatsanleihen führte. Die Verflechtung der «Schweiz» mit Europa war eben nicht nur intensiv, sondern auch sehr profitabel.

Sehr interessant ist schließlich auch das Abschluss-Kapitel, das aufzeigt, wie viele Parallelen bei näherem Hinsehen der Integrationsprozess der Eidgenossenschaft und der Integrationsprozess der Europäischen Union haben. Nicht zuletzt diese Betrachtungen machen das Buch auch für die Leserinnen und Leser in den Nachbarländern der Schweiz interessant und lehrreich.

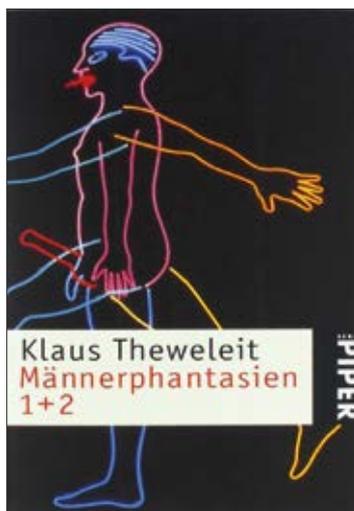
Am 2. Januar hielt Christoph Blocher, der Vordenker der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei SVP, in Basel einen Vortrag über die drei

historischen Basler Persönlichkeiten Hans Holbein d.J., Johann Rudolf Wettstein und Karl Barth. Johann Rudolf Wettstein? Wer war denn das? Die Zeitungsanzeige für die Veranstaltung wusste es: „er erlang die Schweizer Unabhängigkeit“, stand dort. So einfach ist es. Der Einsatz von Mythen zu politischen Propaganda-Zwecken geht munter weiter. Daran wird auch das Buch von André Holenstein kurzfristig nichts ändern können. Leider.

Christian Müller

Wiedergelesen: Opus magnus, brutal aktuell

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben: Erst 1990 entdeckte ich Theweileits Männerphantasien 1 + 2. Beim Blättern – denn zum kontinuierlichen Lesen eignet sich die monströse Arbeit nicht, wie sogar ihr Autor zugibt – schien von diesen Seiten der aufregende Glanz der '68-er Studentenrevolte auszustrahlen, so unakademisch, so links, so ... feministisch, dass es mich unglaublich wurmte, zu jung gewesen zu sein in den 1970er Jahren, als die beiden Bände herauskamen und heiß diskutiert wurden. Wahrscheinlich geht es mit vielen Standardwerken so; heute stehen dicke Sloterdijks in den Regalen der intellektuellen Mittelschicht, und wer von den Nachkommen sich später einmal da durchkämpft, wird neidisch sein auf eine Zeit, in der so etwas tat-



Klaus Theweleit
Männerphantasien 1 + 2
Piper, München 2000,
ISBN 978-3-4922-3041-4
antiquarisch

sächlich Feuilleton-Debatten befeuern konnte.

Wenn ich den Theweileit jetzt wieder zur Hand nehme,

fällt zunächst auf, dass dieses Konvolut aus Bildern, Zitaten, Fußnoten und autobiografischen Notizen ein prächtiges Blog abgäbe – die Anmerkungen als Links gleich an der richtigen Stelle erhöhten die Lesbarkeit, und manche der Illustrationen brächten am Bildschirm gleich noch viel besser zur Geltung, welche Assoziationen der Verfasser im Sinn hatte.

Das ausufernde Material hatte der junge Germanist als Doktorarbeit eingereicht, doch der Zeitgeist bemächtigte sich vor allem des Ausdrucks 'nicht zu Ende geboren', mit dem Theweileit die Verfasstheit von Männern am Beispiel der 1918 gegründeten protofaschistischen Freikorps umreißt, die so freudig das Töten erlernen, und deren Sterben die zeitgenössische Literatur so genießerisch überhöhte: „Ein letztes noch: die Ekstase. Dieser Zustand des Heiligen, des großen Dichters und der großen Liebe ist auch dem großen Mute vergönnt. (...) Da ist der Mensch wie der brausende Sturm, das tosende Meer und der brüllende Donner. Dann ist er verschmolzen ins All, er rast den dunklen Toren des Todes zu wie ein Geschloß dem Ziel. Und schlagen die Wellen purpurn über ihm zusammen, so fehlt ihm längst das Bewusstsein des Übergangs. Es ist, als glite eine Woge ins flutende Meer zurück“, zitiert er Ernst Jünger.

Wie sich der 'soldatische Mann' dieses 'ozeanische Gefühl' verschafft, das bringt Theweileit in Zusammenhang

mit der strengen, 'männlichen' Erziehung, die um jeden Preis eine symbiotische Gemeinschaft mit der Mutter verhindern soll – und dadurch, so die psychoanalytisch gestützte Theorie, die wahre Abnabelung, eben das Zu-Endegeboren-Werden, unmöglich macht. Hart soll er sein, der Mann, denn es geht um Werte wie Reinheit und Ehre, die um jeden Preis geschützt werden müssen vor zersetzenden Einflüssen, vor dem Eindringen des Feindes, des Fremden... klingt das nicht scheußlich aktuell, wenn man an den norwegischen Massenmörder Anders Breivik denkt? Oder an die Mörder der Charlie Hebdo-Zeichner: Das Lachen, so heißt es in Band 2 irgendwo in den Anmerkungen, fürchtet der soldatische Mann mehr als alles andere. Und wenn es stimmt, dass die – von heutigen 'Maskulinisten' aus gesehen – verweiblichte und verweichelichte westliche Lebensart dem anbrandenden IS-Terror wenig entgegenzusetzen hat, kön-

nen wir derzeit dabei zusehen, wie sich ein neuer, fundamentalistisch geprägter Faschismus Bahn bricht.

Das frech ausgerufenes Möchtegern-Kalifat, der 'Islamische Staat' mit den dezidiert antifeministischen Regeln der Scharia – so etwas mag gerade auch jungen, marginalisierten Bewohnern unseres bröckelnden Sozialstaats auf perverse Weise verlockend erscheinen; ein Ausbildungscamp für Nachwuchsterroristen verspricht allemal mehr 'Abenteuer' als die nächste Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Die Männerphantasien enthalten einige Erklärungsangebote für die scheinbar unerklärliche Anziehungskraft von pseudo-militärisch organisierter Gewalt. Um so unverständlicher finde ich es, dass man Klaus Theweleits komplexes, kompliziertes, wichtiges Opus (zuletzt aufgelegt 2000) nur noch antiquarisch erhält. Vielleicht ist die Blog-Idee gar nicht so abwegig.

Eva Herold

Warum wir endlich Europäer sein sollten

Er ist ein bekannter Romanier, der Wiener Robert Menasse. Seine Romane wurden schon in viele Sprachen übersetzt. Etwas weniger bekannt ist, leider, sein Engagement für Europa: für ein Europa der Regionen, für ein Europa der kulturellen Diversität.

Der Vorwurf, die Intellektuellen würden sich im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren

im letzten Jahrhundert nicht mehr für die aktuelle Politik engagieren und lieber in ihren Elfenbein-Türmen Kaffee trinken, trifft ihn, Robert Menasse, also sicher nicht. Man hat sein Engagement denn auch zur Kenntnis genommen, wenigstens in einigen Literaturbeflissenen Kreisen. Und man hat ihm etliche Preise zugesprochen.

Nicht zuletzt diese Preise haben dazu geführt, dass Robert Menasse in den vergangenen zwei Jahren auch etliche Reden halten musste – halten durfte, vor erlauchtem Publikum. 13 solcher Reden sind mittlerweile für jedermann zugänglich – und allen, denen das Schicksal Europas am Herzen liegt, wärmstens zur Lektüre empfohlen.

Robert Menasse ist nicht nur ein begnadeter Schreiber, er ist auch ein genauer Beobachter, Rechercheur und Analyst. Er hat sich mit der Entstehung der Europäischen Union intensiv auseinandergesetzt und ist auch in deren Archive hinter gestiegen. Was waren die Absichten der Vordenker eines gemeinsamen Europas? Und was ist daraus geworden?

Das Büchlein *Heimat ist die schönste Utopie; Reden (wir) über Europa* ist mit seinen 13 Reden und 175 Seiten im Taschenbuchformat die ideale Lektüre für alle, die sich beruflich oder als politisch Interessierte mit der EU und ihrer gegenwärtigen Situation auseinandersetzen. Man liest am einen Tag zehn oder zwölf Seiten, und schon hat man wieder eine Menge erfahren und gelernt. Nichts, um in einem Zug durchzulesen. Aber immer wieder die richtige Dosis, um uns bewusst zu werden: Doch, es lohnt sich, für ein gemeinsames Europa einzutreten. Und *wir* müssen dafür sorgen, dass diese Geschichte eine Erfolgsstory wird.

Christian Müller

ISBN 978-3-518-12689-9
10.– €

Inès Dümig ist Fotografin mit Studium an der Fachhochschule München und an der University of Arts in London. Ihre Arbeiten wurden u.a. in der Münchner Pinakothek der Moderne und im Center in Santa Fe in New Mexico präsentiert. Das „British Journal of Photographie“ porträtierte sie im Januar 2015 als „Ones to watch“. Dümig ist Gründungsmitglied der FOTODOKS, einer Plattform für Dokumentar fotografie in München.

Harry U. Eilhardt analysiert und kommentiert das politische Geschehen in Kommission und Parlament der Europäischen Union vor Ort in Brüssel. Er kennt als ehemaliger Vice President, Direktor und Manager amerikanischer Unternehmen die Welt des Big Business ebenso wie die akademische und politische Klasse in Boston und Washington D.C.

Nancy Fraser ist Politikwissenschaftlerin und eine der bekanntesten US-amerikanischen Feministinnen. Zurzeit ist Fraser „Henry A. and Louise Loeb Professor of Political and Social Science“ an der New School for Social Research in New York City. Zusammen mit Andrew Arato ist sie Herausgeberin der Zeitschrift Constellations, einer internationalen Fachzeitschrift für Kritische Theorie und Demokratietheorie.

Eva Herold ist Journalistin und Bloggerin. Ihre GAZETTE-Glossen erschienen unter dem Titel „Sind Hunde die besseren Lebensgefährten? & andere fundamentale Frauenfragen“.

Daniel Hoffacker studiert Philosophie und Anglistik an der Ruhruniversität in Bochum. Sein waches Interesse an der Politik führt er auf seine Beobachtungen in anderen Ländern bis hin nach Taiwan und China zurück, die er als aktiver Musiker bereisen konnte.

Khalid Koser, PhD, ist Research Associate am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf, Vorsitzender am World Economic Forum Global Agenda Council on Migration, und Berater und Mitarbeiter etlicher anderer Institutionen, die sich mit der weltweiten Migration befassen.

Silviu Mibai, geboren 1978 in Rumänien, hat Philosophie und Politikwissenschaften in Bukarest, Budapest und Berlin studiert. Seit 2008 arbeitet er als freier Journalist und Osteuropa-Korrespondent für zahlreiche deutschsprachige Print- und Online-Medien. Seine Hintergrundberichte, Analysen und Reportagen aus der Region konzentrieren sich auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die europaweit relevant sind.

Christian Müller, Dr. phil., Studium (Geschichte, Staatsrecht, Germanistik) an der Universität Zürich, Zusatzstudium in Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen. 25 Jahre Journalismus und Redaktion, 20 Jahre Verlagsmanagement. Er ist seit 2014 Chefredakteur der GAZETTE.

Jürg Müller-Muralt war nach seinem Studium (Geschichte und Philosophie) Redakteur und Ressortleiter an der Berner Tageszeitung „Der Bund“. Er schreibt regelmäßig für DIE GAZETTE.

Stefanie Oswald, Dr. phil., studierte Geschichte, Germanistik und Jüdische Studien. Sie arbeitet in Berlin als freie Journalistin (u.a. Deutschlandradio, rbb) und Autorin. Stefanie Oswald schreibt regelmäßig für die GAZETTE.

Piero Salabè, 1970 in Rom geboren, studierte Germanistik und Hispanistik in Rom, Venedig, London und München. Er arbeitet seit 20 Jahren als Lektor, zur Zeit im Hanser Verlag. Gleichzeitig ist er Herausgeber, Übersetzer, Rezensent und Deutschland-Korrespondent für die italienische Kulturzeitschrift „Lo Straniero“.

Rudolf Schröck arbeitet als Journalist, Dozent an der Deutschen Journalistenschule München und Autor von Biografien. Er lebt in München und ist Stellvertretender Chefredakteur der GAZETTE.

Rudolf Walther, Dr. phil., Studium in Basel (Geschichte, Philosophie), Promotion in Frankfurt, wo er seit 1972 lebt. 18 Jahre lang Autor und Redakteur des Lexikons „Geschichtliche Grundbegriffe“. Er schreibt regelmäßig für die GAZETTE.

Impressum

DIE GAZETTE
KASTNER AG – das medienhaus
Schloßhof 2 – 6, D-85283 Wolnzach
Tel. +49(0)8442 9253-0, Fax +49(0)8442 2289, www.gazette.de

GRÜNDUNGHERAUSGEBER: Dr. Fritz Glunk
CHEFREDAKTEUR: Dr. Christian Müller
STELLV. CHEFREDAKTEUR: Rudolf Schröck
STÄDNIGE MITARBEITER DER REDAKTION: Eva Herold, Volker Isfort, Pia Jaeger, Sabine Magnet, Jürg Müller-Muralt, Dr. Stefanie Oswald, Piero Salabè, Dr. Rudolf Walther
GRAFIK: Thomas Schwald
BEIRAT: Andreas Odenwald, Nikolai Podak, Dr. Gernot Sittner, Christiane Wimmer, Frank T. Zumbach

ANZEIGEN: Ulrike Neumann
Tel. +49(0)8442 9253-645, E-Mail: uneumann@kastner.de
Preisliste 8, gültig seit 1. Januar 2014

ABO- UND EINZELHEFTBESTELLUNG:
KASTNER AG – das medienhaus
z. Hd. Frau Bartosch (tgl. 8–12 Uhr)
Tel. +49(0)8442 9253-641
Fax +49(0)8442 2289
E-Mail: lettershop@kastner.de

ERSCHEINT vierteljährlich.
Einzelheft D: € 9,-; CH: CHF 14,-; übriges Ausland: € 11,-
Jahres-Abo D: € 32,-; CH: CHF 50,-; übriges Ausland: € 38,-
Studentenabo D: € 20,-; CH: CHF 35,-; übriges Ausland: € 25,-;
jeweils inkl. Versand.

Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

VERLAG, DRUCK UND VERTRIEB: KASTNER AG – das medienhaus

sieht, was Andere übersehen.



Der Schweizer Emmentaler Käse ist voller Löcher → Doch noch mehr Löcher gibt es in der Information, die Mainstream-Medien über die Schweiz verbreiten.

Löcher im Käse beeinträchtigen den Genuss nicht → Doch Löcher in der Information verfälschen die Wahrnehmung, zementieren Vorurteile und führen die Öffentlichkeit in die Irre.

Deshalb gibt es die gemeinnützige Informations-Plattform



DER PRIVATINVESTOR

www.privatinvestor.de

»Aktien sind gerade jetzt unverzichtbar«

[Prof. Dr. Max Otte, Börsianer des Jahres 2009, 2010 und 2011]



Investieren Sie nach der erfolgreichen Methode von Prof. Dr. Max Otte

Prof. Dr. Max Otte ist der Experte für wertorientierte Kapitalanlage (Value Investing). Mit seiner Strategie macht er seit Jahren vor, dass es möglich ist, mit einfachen und nachvollziehbaren Anlageprinzipien den Markt langfristig zu schlagen.

Kern seines Ansatzes ist dabei sein Reinheitsgebot der Kapitalanlage: In ein Depot gehören nur Top-Aktien, Anleihen, Termingelder (oder rein aus diesen Zutaten zusammengesetzte Fonds) sowie Gold.

Mit seinem Börsenbrief DER PRIVATINVESTOR liefert er Privatanlegern, die ihren Vermögensaufbau selbst in die Hand nehmen wollen, das ideale Handwerkszeug.

DER PRIVATINVESTOR – der Börsenbrief von Prof. Dr. Max Otte

- ✓ Wöchentliche Informationen zu Top-Aktien
- ✓ Prof. Ottes Einschätzung zur Wirtschaft und den Kapitalmärkten
- ✓ Unternehmensanalysen, Musterdepots
- ✓ Datenbank mit über 90 Aktientiteln
- ✓ Online-Sprechstunde mit Prof. Dr. Max Otte
- ✓ Frage-Antwort-Ecke mit großem Archiv und Recherchefunktion

TESTEN: 4 AUSGABEN GRATIS - JETZT TESTEN: 4 AUSGABEN GRATIS - JETZT TESTEN: 4 AUSGABEN GRATIS

- Ja, ich möchte DER PRIVATINVESTOR anhand von 4 Gratis-Ausgaben unverbindlich und kostenlos testen. Die Zustellung erfolgt per E-Mail. Ich gehe hiermit keine Verpflichtungen ein.**
- Ja, ich möchte per E-Mail aktuelle Informationen und Produktangebote erhalten.**

Informationen erhalten Sie unter:
IFVE Institut für Vermögensentwicklung GmbH
Aachener Str. 197-199
50931 Köln
Telefon: +49 (0)221 99 80 19-16
Email: service@privatinvestor.de

www.privatinvestor.de

Vorname*			Name*			Geburtsdatum*		
Straße/Nr.*			PLZ/Ort*			Land*		
Telefon			E-Mail*			Datum/Unterschrift*		

* Pflichtfelder, bitte gut lesbar in Druckbuchstaben ausfüllen.
** Bitte beachten Sie unsere AGB, Verbraucherinformationen und Datenschutzhinweise, abrufbar unter www.privatinvestor.de

Bestellung bitte per Fax senden an: +49 (0)221 271 1214
oder per Post an: IFVE Institut für Vermögensentwicklung GmbH,
Aachener Str. 197-199, 50931 Köln